DIE ÖKONOMISIERUNG DES SOZIALEN

Masterarbeit zur Abschlussprüfung an der Hochschule Darmstadt, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Soziale Arbeit

vorgelegt von

Manuel Wieczorek

Matrikel-Nr.: 703075

Gießen, 15.06.2009

Erstreferent: Prof. Dr. Thilo Naumann
Zweitreferent: Prof. Dr. Manfred Gerspach

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 1

2 Zur kritischen Theorie der Postmoderne 6

2.1 Ökonomie und Politik zwischen Kapital und Bürger 6

2.2 Der flexible Mensch zwischen System- und Lebenswelt 13

2.3 Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied 15

2.4 Die Imagination eines nationalen Gemeinwohls 19

Exkurs: Die Neoliberalisierung der Postmoderne? 20

3 Zur kritischen Theorie des Subjekts 33

3.1 Ausgangslage 34

3.2 Sozialisationstheoretische Überlegungen 36

3.3 Der narzisstische Sozialcharakter 38

3.3.1 Die Ökonomisierung des Privaten 42

3.3.2 Vom Warenfetischismus zur narzisstischen Depression ... 44

3.3.3 Enttäuschungsprophylaxe 48

4 Diskursanalytische Beiträge 52

4.1 Ausgangslage 52

4.2 Diskursanalyse I: Job weg, Zukunft weg 53

4.3 Diskursanalyse II: Yes, we Kahn 63

4.4 Schlussbemerkungen zu den Diskursanalysen 66

5 Moralisch-ethische Positionierung einer emanzipierten Sozialen Arbeit 67

5.1 Moralisch-ethische Diskussion vs. Moralisieren 68

5.2 Das strukturelle und moralisch-ethische Dilemma 72

5.2.1 Soziale Arbeit zwischen Fördern und Fordern 73

5.2.2 Soziale Arbeit zwischen Emanzipation und Anpassung 79

6 Schlussbemerkungen 83

7 Literatur- und Quellenverzeichnis 86

1 Einleitung

Der Titel dieser Arbeit mag vielleicht eine Auseinandersetzung mit der Kategorie „Ökonomie“ im technischen Sinne erwarten lassen, die in den sozialen Kontext gestellt und kritisch hinterfragt werden soll. Eine solche Herangehensweise befasst sich mit den Auswirkungen der ökonomisch-systemstrukturellen Dysfunktionalitäten auf das Soziale. Das „Soziale“ kann dabei etwa die (Entwicklung von) Subjektivität, soziale Dienste, die Lebensverhältnisse der Menschen sowie die Profession Soziale Arbeit umfassen. Meinen Beobachtungen zufolge konzentrieren sich viele sozialwissenschaftliche Auseinandersetzungen gerade auf diese Themen. Jene werden in dieser Arbeit durchaus befragt. Dennoch möchte ich eine emanzipatorische Abgrenzung von der Ökonomisierung des Sozialen eher auf der Subjektebene begründen, dazu hinter die ideologischen Strategien der Vertreter von Politik und Ökonomie blicken, die ihrerseits – scheinbar aufgrund subjektiver (Einzel-) Interessen – die Ökonomisierung des Sozialen vorantreiben. Welche ideologischen Strategien wenden die Vertreter eines immer inhumaner sich zeigenden Wirtschaftssystems an, um jeden Widerstand aus der Gesellschaft gegen das Wirtschaftssystem vorauseilend zu unterbinden? Mit diesen Überlegungen geht schon eine erste These einher: dass der Spätkapitalismus zum einen aus sich selbst heraus Armut und Ausgrenzung, mithin problematische und prekäre Lebensverhältnisse produziert und dass zum anderen diese ökonomischen Verhältnisse ideologisch abgesichert werden müssen, um sie ungestört immerzu weiter und inhumaner implementieren zu können.

Im Hinblick auf den Schwerpunkt dieser Arbeit möchte ich eine weitere These formulieren: Grundsätzlich leben die ideologischen Agitationen im Spätkapitalismus von Kommunikationsverweigerung, von der Verweigerung dessen, die Verständigung suchende Auseinandersetzung, mithin die Analyse ökonomischer Kategorien und psychosozialer Folgen für Ausgegrenzte dieser Gesellschaft zuzulassen und damit kritischen Äußerungen zugänglich zu machen. Dafür bedienen sich die Vertreter von Politik und Ökonomie bestimmter subjektfundierter Strategien, auf die ich speziell und beständig im Verlauf dieser Arbeit zu sprechen kommen werde.

Die vorliegende Kritik zur Ökonomisierung des Sozialen verfolgt den Anspruch, gegenüber den ideologischen Verhältnissen eine emanzipierte postmoderne Perspektive anzubieten. Dazu werden die technisch-ökonomischen und strukturellen Bedingungen immer wieder angesprochen, freilich ohne diese ausführlich zu explizieren. Was die wachsenden Verwaltungstendenzen innerhalb der Profession „Soziale Arbeit“ betrifft, so ist unstrittig, dass diese die Soziale Arbeit immer mehr beeinträchtigen. Es ist wichtig, auf diesem Felde die Probleme zu benennen, zu reflektieren und nicht aus den Augen zu verlieren. Denn die Gefahren der puren Reproduktion postmoderner Missstände und der Reduktion der Sozialen Arbeit zur „bloßen Sozialtechnologie“ (Naumann 2009, S. 14) sind leider nicht zu unterschätzen. Protagonisten der Sozialen Arbeit arbeiten und wirken innerhalb hegemonialer Verhältnisse; sie befinden sich in einer Vermittlerrolle zwischen Gesellschaft (Systemwelt) und Subjektivität (Lebenswelt). Auf der einen Seite vertreten sie die normativen, ethisch-moralischen Prinzipien von Politik und Ökonomie; und auf der anderen Seite sollen sie die sozialen Missstände regulieren, die sich aus den ökonomisch-systemstrukturellen Dysfunktionalitäten ergeben, um diese, eine Absurdität, sozialtechnologisch zu verschleiern. Unter diesen nicht gerade rosigen Systemvoraussetzungen erheben viele Professionelle der Hilfesysteme den ideellen Anspruch, dem Hilfebedürftigen eine empathische und selbstlose Unterstützung bieten zu wollen.

Methodisch bediene ich mich verschiedener sozialwissenschaftlicher Disziplinen, um die hier formulierten Thesen zu begründen. Das grundlegende Paradigma ist hierbei die hermeneutisch ausgerichtete kritische Theorie der Frankfurter Schule, die mittels der Orientierung an Freudscher Psychoanalyse und Marxscher Gesellschaftstheorie die gesellschaftlichen Verhältnisse und deren Auswirkungen auf die darin lebenden Menschen wie Ausbeutung, Entfremdung und sozialer Ungleichheiten zu untersuchen versucht (vgl. ebd.). Komplexe soziale Sachverhalte, wie zum Beispiel die Auswirkungen sozioökonomischer Strukturen, respektive Dysfunktionalitäten des Spätkapitalismus auf die psychosoziale Situation der Menschen, sollen verobjektiviert werden. Sie sind der argumentativ-interpretativen Analyse zugänglich, wohl wissend, dass die komplette objektive Erfassung sozialer Sachverhalte nicht gelingen kann, zudem nicht angestrebt werden sollte, will sich die hermeneutische Wissenschaft der

weiteren Auseinandersetzung nicht verweigern und sich damit selbst ad absurdum führen. Gerade diese auf Verständigung basierte zirkuläre Form des Auseinandersetzens (hermeneutischer Zirkel) macht es möglich, sich den sozialen Sachverhalten möglichst weit anzunähern. Damit hebt sich die kritische Theorie vom kritischen Rationalismus ab. Dieser möchte sich aus dem Postulat der Werturteilsfreiheit heraus ausschließlich innerhalb aktueller hegemonialer Verhältnisse bewegen und lediglich dort isolierbare Wirklichkeiten mit Hilfe quantitativer Methoden verifizieren oder falsifizieren. Durch die Beschränkung und Fixierung auf Wirklichkeiten lediglich aus der Perspektive der hegemonialen Verhältnisse werden diese auf einen Sockel gehoben und sind der kritischen Auseinandersetzung nicht mehr zugänglich. Die geforderte Werturteilsfreiheit des kritischen Rationalismus ist alles andere als werturteilsfrei, spielt er sich doch selbst als „Legitimator“ bestehender Normen auf. Er darf daher zu Recht als Wissenschaft, die sich dank der Negation alles Abweichenden der weiteren kommunikativen Auseinandersetzung verweigern möchte, kritisch betrachtet werden (vgl. a. a. O., S. 13f).

Die kritische Theorie als grundlegendes Paradigma wird in der postmodernen Debatte mittels der kombinierten Herangehensweise mit kritischer Gesellschaftstheorie und kritischer Subjekttheorie weiterentwickelt (vgl. ders. 2003, S. 266f). Ziel ist mitunter die Rekonstruktion eines Sozialcharakters, der sich vom Individualcharakter abhebt. Es geht darum, die beobachtbaren psychischen Merkmale bei möglichst vielen Menschen der Postmoderne herauszukristallisieren und dadurch das wechselseitige Verhältnis zwischen Subjekt und Gesellschaft zu verdeutlichen. Die Interpretation der isolierten psychischen Merkmale der postmodernen Subjekte helfen hierbei die Interaktionsdynamiken der individuellen psychischen Struktur mit der gesellschaftlichen sozioökonomischen Struktur besser verstehen zu können (vgl. Haubl 2007, S. 113f). Intentionen und Verhaltensweisen der Subjekte werden dadurch innerhalb von hegemonialen gesellschaftlichen Verhältnissen der Analyse zugänglich. Die psychoanalytisch orientierte Subjekttheorie distanziert sich mit der Rekonstruktion des Sozialcharakters von ihrer ursprünglich starken Fixierung auf die Triebtheorie. Jene setzt sich vordergründig mit libidinösen Strukturen auseinander (vgl. Naumann 2003, S. 269f). Aktuelle Studien der psychoanalytischen Sozialforschung versuchen hingegen unter den schwierigen Bedingungen einer sich immer weiter ausdifferenzierten post-

modernen Gesellschaft mit ihren pluralisierten Lebensformen sowie wachsenden sozialen wie kulturellen Ungleichheiten, einen möglichst einheitlichen Sozialcharakter zu rekonstruieren. Dabei ist zunächst die gesellschaftskritische Annäherung an die bestehenden ökonomischen, politischen und ideologischen Verhältnisse des Spätkapitalismus vorauszusetzen (vgl. a. a. O., S. 278f), denn es liegt mir fern, eine Kritik zur Ökonomisierung des Sozialen nur auf die Berücksichtigung ökonomischer Kategorien zu begrenzen. Die Untersuchungen ideologischer Formationen – wie der liberal geprägte Individualismus – erlauben die Ambivalenzen und Widersprüche in den gesellschaftlichen Verhältnissen, vor allem „die Spuren von Macht und Herrschaft, aber auch von Protest und Widerstand, im Inneren von Subjektivität begrifflich zu verorten“ (Keupp / Hohl 2006, S. 24). Grundsätzlich soll es darum gehen, die Ambivalenz der Entwicklung postmoderner Subjektivität herauszuarbeiten, mithin auf die psychosozialen Dynamiken und Risiken hinzuweisen, die postmoderne Subjektivität kennzeichnen.

Die Auseinandersetzung mit ideologischen Formationen erfordert freilich die Isolation dahinter liegender kommunikativer Strategien, sind diese – wie ich zeigen möchte – doch unentwegt bemüht, sich jeder Kritik zu entziehen, um damit hegemoniale Verhältnisse und deren Reproduktion zu legitimieren. Die universale Gültigkeit ideologischer Agitationen zu kritisieren erfordert eine moralisch-ethische Diskussion, die leider zu selten in der Sozialwissenschaft Gegenstand der Auseinandersetzung wird (vgl. Flickinger 2007, S. 19). Erst die moralisch-ethische Diskussion, die der weiteren kommunikativen Überprüfung zugänglich bleibt, und die eine klare Positionierung gegenüber hegemonialen Verhältnissen erlaubt, komplettiert dem Ansatz dieser Arbeit zufolge eine substanzielle Kritik zur Ökonomisierung des Sozialen. Der Weg soll frei werden für eine emanzipierte, konstruktive und hoffentlich auch reflexive Position gegenüber postmoderner, hegemonialer Verhältnisse nicht nur der Sozialwissenschaft im Allgemeinen, sondern auch der Sozialen Arbeit und deren Protagonisten im Speziellen.

Um die hier formulierten Thesen zu begründen, bedarf es, zusammengefasst, zunächst eines kritischen Blickes auf die politischen, ökonomischen und speziell ideologischen Verhältnisse der Postmoderne (Kapitel 2), verknüpft mit einer historisch-spezifischen Betrachtung und Analyse von Subjektivität (Kapitel 3). Es gilt, die

gesellschaftlichen Verhältnisse der Postmoderne im Spannungsfeld zwischen Subjekt und gesellschaftlichen Anforderungen, respektive von System- und Lebenswelt (des Subjekts) zu analysieren, dazu mithilfe subjekttheoretischer Überlegungen die Subjektentwicklung in der spätkapitalistischen Gesellschaft herauszuarbeiten. Dabei steht im Vordergrund, inwiefern die ausgegrenzten und hilfebedürftigen Menschen in ihrer Entwicklung mit den Folgen kapitalistischer Reproduktionsbedingungen zu kämpfen haben, unter welchen psychosozialen Folgen sie zu leiden haben und welche Strategien sie anwenden, um dennoch (psychosozial) zu überleben. Diese kritische Herangehensweise an die reziproke Dynamik zwischen Gesellschaft und Subjektivität erlaubt es erst, sich vom liberalen Individualismus, der das flexible Individuum als völlig autonom in seinen Entscheidungen propagieren will, sowie von weiteren (neo-) liberalen Positionen abzugrenzen.

Um die theoretischen Ergebnisse an der sozialen Praxis zu überprüfen, bedarf es der kritischen Auseinandersetzung mit postmodernen Kommunikationsformen (Kapitel 4). Hierzu werden diskursanalytische Beiträge herangezogen. Mit öffentlich geführten Diskursen, die zuhauf im Internet in Form von Polit-Talksendungen oder Streitgesprächen für Dritte nachvollziehbar der interpretativen Analyse zugänglich sind, soll ein Theorie-Praxis-Bezug gelingen. An dieser Stelle sollen die wesentlichen Merkmale postmoderner Kommunikationsformen herausgearbeitet werden. Strategien, die letztendlich dazu beitragen, die verständigungsorientierte Kommunikation zu verweigern, bzw. zirkelschlüssig abzubrechen, sollen in diesem Kapitel analysiert werden.

Das fünfte Kapitel stellt sich konsequent der moralisch-ethischen Diskussion der zuvor kritisch beschriebenen ideologielastigen postmodernen Kommunikationsformen und versucht eine emanzipative ethisch-moralische Gegenpositionierung zu formulieren. Schließlich wird in diesem letzten Kapitel noch einmal der Akzent auf die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit gelegt. Ziel ist die kritische Darstellung der Folgen einer ökonomisierten Sozialen Arbeit sowohl für die Profession als auch für die Hilfebedürftigen.

2 Zur kritischen Theorie der Postmoderne

In diesem Kapitel werden zunächst die ökonomischen, politischen und ideologischen Verhältnisse der Postmoderne beschrieben, nahe am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland. Die Erfassung hegemonialer Kräfte kann erst durch die Analyse der reziproken Dynamik dieser drei Faktoren gelingen (vgl. Naumann 2000, S. 93).

2.1 Ökonomie und Politik zwischen Kapital und Bürger

Die ökonomischen Verhältnisse in der Postmoderne sind gekennzeichnet durch die Globalisierung des Kapitals und der Finanzmärkte, mithin der Globalisierung ökonomischer Krisen. Die grenzenlose, auf Wettbewerb und Kapitalverwertung gründende Ökonomie besitzt dabei eine widersprüchliche Charakteristik: einerseits ist man um Wohlstandsmehrung durch kontinuierliches Wirtschaftswachstum bemüht, andererseits sind Ausgrenzungsprozesse zu beobachten, die sich notgedrungen und unvermeidlich aus den Verlierern von Globalisierungsprozessen ergeben (vgl. Huster 1997, S. 66f). Dabei ist eine Ökonomie ohne Grenzen eine wesentliche Bedingung von globaler, nationaler und lokaler Verarmung, die in allen drei Bereichen zunimmt. Auf globaler Ebene ist die Armut in der Dritten Welt im Vergleich zum Reichtum der Industriestaaten offensichtlich. Auf nationaler Ebene sind die sozialen Spaltungen von Ost und West in Deutschland hinsichtlich Einkommen, Berufschancen und Arbeitslosenstatistiken hinreichend bekannt. Und auch auf der lokalen Ebene ist eine soziale und sozialräumliche Polarisierung zu beobachten, zum Beispiel durch Bildung von Problemquartieren (räumliche Segregation) sowie zunehmende soziale Ungleichheit bei Einkommens- und Vermögenswerten (soziale Segregation) (vgl. Häußermann 2002, S. 72 / Freyberg 1996, S. 61). Konkurrenzprozesse lassen sich auf allen Ebenen insbesondere anhand des Standortwettbewerbs und der sich daraus verändernden Arbeitsbedingungen beobachten. Neue Informations-, Telekommunikations- und Datenverarbeitungstechnologien eröffnen der Produktion effiziente, effektive und expansive

Entwicklungsfortschritte. Der freie globale Markt ermöglicht es profitorientierten Unternehmen, ihren Produktionsstandort anhand der Produktionsverhältnisse vor Ort auszurichten. Die Folge ist die Privilegierung der „global players“, die international die Produktion sowie die Gewinne und Verluste verschieben können, so dass betriebliche und steuerliche Kosten minimiert, im Gegenzug die Gewinne maximiert werden können (vgl. Häußermann 2002, S. 73). Die Produktionsverhältnisse differieren je nach Standort vor allem durch die unterschiedlichen Lohn- und Qualifikationsbedingungen der potentiellen Arbeitskräfte sowie durch unterschiedlich hohe Subventionen und steuerlichen Vergünstigungen durch die Nationen (vgl. hierzu Naumann 2009, S. 49f / ders. 2000, S. 127). Primär profitieren die Unternehmen von einem starken Produktivitätszuwachs, der neben der weitgehenden technischen Automatisierung der Produktion zusätzlich aus der Ausbeutung und flexiblen Handhabung der Arbeitskräfte ermöglicht wird (vgl. a. a. O., S. 128). Zum einen verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen, zum anderen verlangt die flexible Arbeitsteilung nach immer höheren Qualifikationen für Jobs auf mittleren Hierarchieebenen. Die Unternehmen fordern die Bereitschaft der Arbeitnehmer, sich in die Unternehmen langfristig einbinden zu lassen und weitere Qualifikationen im Rahmen von „Qualitätszirkeln“ und „Lerngemeinschaften“ zu erwerben (vgl. ebd.). Würde der Arbeitnehmer auf seine berufliche Weiterqualifizierung im Sinne eines „lebenslangen Lernens“ verzichten, könnte er mit dem ökonomisch-technischen Fortschritt unter Umständen nicht mehr Schritt halten. Kurzum, der klassische Weg, seinen Beruf zu lernen und anschließend einfach auszuführen, wird immer weniger möglich (vgl. Busch 2006, S. 208).

Hinzu kommt, höhere Flexibilität, aber auch die Bereitschaft, sich von seinem vertrauten sozialen Umfeld, von seinen Freunden und seiner Familie zu distanzieren, wird selbstverständlich vorausgesetzt. Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen sind Methoden sich ausbreitender Bürokratien und Technokratien, mittels struktureller Gewalt einen generellen Disziplinierungsdruck auf abhängige Arbeitnehmer auszuüben (vgl. a. a. O., S. 218). Die große Gruppe der in der Regel solide qualifizierten und sozial abgesicherten Kernbelegschaftsangehörigen setzen sich diesem Disziplinierungsdruck und auch den oft stressigen, computeroptimierten beschleunigten Arbeitsprozessen notgedrungen aus (vgl. Naumann 2009, S. 50). Nur wer sich diesen Bedingungen unterwirft, darf auf den Erhalt eines „sicheren“ Arbeitsplatzes hoffen.

Die Ausbeutung von Arbeitskräften trotz wachsender Profitabilität der Unternehmen lässt sich des Weiteren an dem immer größer werdenden Niedriglohnsektor beobachten, dem die prekär Beschäftigten (z. B. Leih- und Zeitarbeiter, Scheinselbstständige und Gelegenheitsjobber) angehören, die durch geringes Einkommen und fehlende soziale Absicherung gekennzeichnet sind (vgl. ders. 2000, S. 128f). Es ist bekannt, dass viele prekär Beschäftigte zu ihrem Einkommen zusätzlich „Hartz-IV"-Leistungen beantragen müssen, weil das Niveau der sozialen Mindestsicherung trotz eines Arbeitsplatzes nicht erreicht wird. Nicht zu vergessen die Millionen von registrierten Arbeitslosen, die neben dem Verlust von sozialer Anerkennung mit starken psychosozialen Problemen zu kämpfen haben. Die Folge ist der resignative Rückzug ins Private (vgl. Kapitel 3.3.2 und 3.3.3.).

Soweit die sichtbaren Auswirkungen des ökonomisch-gesellschaftlichen Gegensatzes zwischen Lohnarbeit und Kapital; er kann illustrativ mit dem Begriff „Glokalisierung" zusammengefasst werden: der Arbeitnehmer verkauft auf lokaler Ebene seine Arbeitskraft unter verschärften Lebensbedingungen, während die Unternehmen auf globaler Ebene ihren günstigsten Produktionsstandort wählen können (vgl. Naumann 2009, S. 50f).

Wie stark Ökonomie und Politik einer Wechselwirkung und starker gegenseitiger Abhängigkeit unterliegen, zeigt die beschriebene Thematik des Standortwettbewerbs. Die politischen Wettbewerbsstaaten stehen in einem Konkurrenzverhältnis zueinander. Sie werben um die Niederlassungen von Unternehmen und versprechen sich dadurch insbesondere langfristig mehr Arbeitsplätze und damit sozialversicherungspflichtige, Steuern zahlende Beschäftigte an ihren Standorten. Die Privilegierung der „global players" ist politisch gewollt, mithin aus ihrer Perspektive und unter den systemstrukturellen Bedingungen kapitalistischer Produktion alternativlos, will man international wettbewerbsfähig bleiben (vgl. ders. 2000, S. 129f).

Die politische Krise zeigt sich meines Erachtens primär in der Abgabe politischer Verantwortung an eine Wirtschaftsordnung, die sich zugleich aufgrund der beschriebenen ökonomischen Sachzwänge nicht zur Verantwortung ziehen lässt, das heißt, die beschriebenen sozialen Verhältnisse sind mit der globalen Ökonomie und deren Gesetzmäßigkeiten tief verwurzelt. Vor ihnen kapitulieren auch die meisten sogenannten Experten, während die Resignation der „einfachen" Bürger, oftmals

gepaart mit wachsender Wut, steigt. Das zeigt sich in der aktuelle Wirtschaftskrise. Gesellschaftliche Missstände, die politisch nicht beseitigt werden, gefühlte Ungerechtigkeiten wie die kreditinduzierte Bewirtschaftung des internationalen Bankensektors bei parallelem, als alternativlos geltenden Sozialabbau, können in der politischen Verantwortung nicht direkt verortet werden. Politik und Ökonomie können sich somit leicht der Kritik entziehen; man würde gegen eine nicht fassbare globale Wirtschaftsordnung argumentieren. Auf diese Weise ist die Politik von ihrem eigentlichen Aufgabenfeld getrennt, eine Trennung, die sich hinter einem Vokabular des pragmatisch-machbaren versteckt. Sie erlaubt es der Politik, befreit von jeglicher realer Verantwortung, nachfolgende Strategien umzusetzen.

Die Subventionierung der Wirtschaft durch den Staat (und damit durch den Steuerzahler) als einziges Mittel, die Unternehmen an den eigenen Standort zu binden, fand schon immer, auch vor der Wirtschaftskrise statt, freilich dem öffentlichen Bewusstsein weniger zugänglich. Seit der Wirtschaftskrise scheinen die öffentlichen Medien mehr daran interessiert zu sein, Transparenz über diesen Sachverhalt in die Gesellschaft zu transportieren. So auch das Polit-Talk-Magazin „hart aber fair“, das in seiner Sendung vom 22.04.2009[1] einen redaktionellen Bericht[2] einspielte, in dem über den Sachverhalt, dass Unternehmen Managergehälter und Abfindungen als Betriebskosten unbegrenzt von der Steuer absetzen können, informiert wird. Ein weiteres prägnantes Beispiel für die Subventionierung der Wirtschaft, im öffentlichen Bewusstsein sehr wahrscheinlich immer noch präsent, ist die Firma Nokia, die durch die endgültige Verlegung eines ihrer Produktionsstätten von Bochum nach Rumänien im Juni 2008 für Aufsehen erregte. Nokia erhielt insgesamt über 80 Millionen Euro aus Bund und Länder für den Standort Deutschland (vgl. Tagesschau online vom 16.01.2008)[3], zugleich warb Rumänien mit eigenen Subventionen in die Infrastruktur Nokias (ca. 30 Millionen Euro in zwei Jahren), mit billigeren Produktionsbedingungen sowie billigeren Arbeitsplätzen. Dass sich das politisch lohnt, rechnete Marius Nicoara, Landrat des rumänischen Landkreises Cluj in Siebenbürgen, vor: "*Wenn das Werk auf höchster Kapazität gefahren wird und 3500 Arbeitnehmer beschäftigt, kassiert der rumänische*

[1] Link zur Sendung: http://www.wdr.de/themen/global/webmedia/webtv/getwebtv.phtml?p=4&b=222
[2] Ab Minute 41

Staat von Nokia etwa 100 Millionen Euro Steuern pro Jahr." (vgl. Spiegel online vom 17.01.2008). Trotz des massiven Drucks von Öffentlichkeit und Politik in Deutschland schloss Nokia das Bochumer Werk am 30.06.2008.

Der postmoderne Staat sieht sich mit einem wachsenden Dilemma konfrontiert: er muss die Wirtschaft finanziell beleben können (seit der Wirtschaftskrise mehr denn je), er muss die Attraktivität des eigenen Standortes erhöhen und zugleich die zunehmenden sozialen Verwerfungen, die oben beschriebenen sozialen Missstände sowie die daraus resultierende Unzufriedenheit der Bevölkerung regulieren (vgl. Naumann 2009, S. 51). Der Wohlfahrtsstaat als zentrales Instrument zur Kompensation sozialer Probleme gerät hierbei zunehmend in Konflikt mit ökonomischen Interessen. Die Kosten, die sozialen Verwerfungen aufzufangen, steigen. Darüber hinaus zahlt der Staat nicht zuletzt seit der Wirtschaftskrise Unsummen in diverse Konjunktur- und Bankenrettungsprogramme oder in Maßnahmen wie die Kurzarbeit, wie mittlerweile in der breiten Öffentlichkeit hinreichend bekannt sein dürfte. Am Ende scheint der Sozialabbau das einzige Mittel des Staates zu sein, Herr der Lage zu werden. Die gesetzliche Verankerung prekärer Beschäftigungsverhältnisse in Form von Mini-Jobs, Leih- bzw. Zeitarbeit und Ein-Euro-Jobs hilft der Politik, den Arbeitsmarkt im Sinne zur weiteren Belebung der Wirtschaft umzustrukturieren (vgl. ebd.). Offiziell wird der Ausbau des Niedriglohnsektors, insbesondere die Zeitarbeit („Arbeitnehmerüberlassung“) und die 1€-Jobs im Rahmen von den Hartz-Reformen mit dem so genannten „Klebe-Effekt“ begründet, der den Einstieg des prekär Beschäftigten oder des Langzeitarbeitslosen langfristig in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ermöglichen soll. Hierbei scheiden sich die Geister zwischen Befürwortern und Gegnern von Niedriglohn-Arbeit, wie hoch die Quote der Übernahmen tatsächlich ist. Gegner warnen darüber hinaus vor Kündigungen von Festangestellten zugunsten der weitaus billigeren Leiharbeiter durch Unternehmen, die sich davon ein Kostenersparnis im Personalbereich versprechen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin nennt immerhin einige Zahlen: Innerhalb von vier Jahren (2004-2008), insbesondere seit dem Wegfall von speziellen Marktregulierungen bei der Arbeit-

[3] Bei kurzen Online-Verweisen findet der interessierte Leser den zugehörigen Link im Quellenverzeichnis.

nehmerüberlassung, hat sich die Zahl der Leiharbeitnehmer fast verdoppelt, Tendenz weiter steigend:

> *„Etwa 60% der ausgeschiedenen Mitarbeiter waren nicht länger als drei Monate bei einem Verleiher beschäftigt; dieser Anteil ist seit mehr als zehn Jahren konstant geblieben. Offensichtlich wechselt ein großer Teil der Leiharbeitnehmer in recht kurzen Zeitabständen von der Beschäftigung in eine Phase ohne Erwerbstätigkeit und wieder zurück."* (DIW 2008, S. 242)

Weiter ist festzuhalten, dass Leiharbeit besonders stark expandiert, wenn sich die allgemeine Beschäftigung schwach entwickelt. Leiharbeiter sind meist männlich und werden für einfache bis mittelschwere Tätigkeiten (z. B. Lagerarbeit oder Call-Agent in Call-Center) eingesetzt, obwohl sie durchaus über höhere Qualifikationen verfügen können. Der Flexibilitätsgedanke spielt hier eine entscheidende Rolle für Unternehmen, die mittels Leiharbeit und aufgrund der Lockerung von Kündigungsschutzregelungen unmittelbar das Personal je nach Auftragslage aufstocken und wieder abbauen können (vgl. a. a. O., S. 250f).

Die Hartz IV-Reformen im Rahmen des SGB II verdeutlichen eine weitere politische Reaktion auf das oben beschriebene strukturelle Dilemma in Form einer Regulierungsstrategie: der Umbau des Sozialstaates vom sorgenden in einen fordernden und gewährleistenden Sozialstaat (vgl. Naumann 2009, S. 51). § 1 SGB II legt den Akzent auf die Eigenverantwortlichkeit von Hilfebedürftigen. Demzufolge umfasst die Grundsicherung in erster Linie Leistungen, die durch Eingliederung in eine reguläre Arbeit die Hilfebedürftigkeit verringern oder beenden sollen. Man setzt dabei auf ein neues Prinzip, „Fördern und Fordern", welches in seinen Grundsätzen in den Paragraphen 2 und 14 im SGB II verankert ist. So „müssen [erwerbsfähige Hilfebedürftige und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen] alle Möglichkeiten zur Beendigung oder Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit ausschöpfen" (§ 2, Abs. 1, Satz 1), „aktiv an allen Maßnahmen zu [ihrer] Eingliederung in Arbeit mitwirken" (Satz 2) und, falls das nicht möglich ist, „eine (…) angebotene *zumutbare* Arbeitsgelegenheit (…) übernehmen" (Satz 3). Bereits in diesem Grundsatz des „Forderns" wird evident, dass es in Hartz IV vorrangig um die Aktivierung von Langzeitarbeitslosen geht, die nun ihre Leistungen von den Arbeitsgemeinschaften erhalten. Langzeitarbeitslose bekommen es mit verschärften Bedürftigkeitsüberprüfungen und „Zumutbarkeitsregelungen" zu

tun. Zum Beispiel wird das Einkommen von Partnern in Bedarfsgemeinschaften angerechnet (vgl. Koch/Walwei 2005, S. 10). Weiter ist gem. § 10 SGB II *„dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen jede Arbeit zumutbar (…)“* (Abs.1):

> *„Eine Arbeit ist nicht allein deshalb unzumutbar, weil sie nicht einer früheren beruflichen Tätigkeit entspricht (…), sie als geringerwertig anzusehen ist, der Beschäftigungsort (…) weiter entfernt ist als ein früherer Beschäftigungs- oder Ausbildungsort* [oder] *die Arbeitsbedingungen ungünstiger sind (…)“*
> (Abs. 2, Nr. 1-4)

Neben den verschärften Bedürftigkeitsüberprüfungen und Zumutbarkeitsregelungen kommt es dem Gesetzgeber auf die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit an (§ 14, Satz 3 SGB II). Kommt es zur Kooperation der SGB II-Träger mit anderen Institutionen, zum Beispiel mit Trägern der freien Wohlfahrtspflege und „wird die Leistung von einem Dritten erbracht (…), sind die [SGB II-Träger] zur Vergütung für die Leistung nur verpflichtet, wenn mit dem Dritten oder seinem Verband eine Vereinbarung insbesondere über Inhalt, Umfang und Qualität der Leistungen, die Vergütung (…) und die Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistungen besteht.“ (§ 17, Abs. 2, Satz 1). „Die Vereinbarungen müssen den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Leistungsfähigkeit entsprechen“ (Satz 2).

Die SGB II-Formulierungen setzen sich dem Verdacht aus, dass die neuen Leistungen dem Kosten-Nutzen-Kalkül entsprechen müssen sowie einen starken Dienstleistungscharakter besitzen. Die Umstrukturierung des sorgenden zum gewährleistenden Sozialstaat geht mit der Ökonomisierung sozialpolitischer und arbeitspolitischer Maßnahmen einher. Das, was für einen Arbeitslosen eine „zumutbare“ Arbeit darstellt, entscheidet nicht der Arbeitslose, sondern der Staat. Sollte der Hilfebedürftige eine Arbeit als würdelos und für ihn unzumutbar empfinden, müsste er – wolle er sich dieser Zwangsmaßnahme entziehen – die Unzumutbarkeit der Arbeit nachweisen und nicht der Staat die Zumutbarkeit der Maßnahme. Nur solange sich der Arbeitslose den Zumutbarkeitsregelungen der Hartz IV-Reform unterwirft, muss er keine Kürzungen der Transferleistungen befürchten (vgl. § 31 SGB II). Die Androhung von Gewalt in Form von Kürzungen bis hin zur kompletten Streichung der Transferleistungen, sowie von Zwangseingliederungen in „zumutbare“ Beschäftigungs-

verhältnisse ist offensichtlich ein entscheidendes Merkmal der Ökonomisierung von arbeits- und sozialpolitischen Maßnahmen.

Nicht zuletzt die Androhung von Gewalt und die wachsenden sozialen Spaltungen erfordern den Ausbau des Sicherheitsstaates als weitere politische Reaktion auf das strukturelle Dilemma der Globalisierung. Neben alltagsnahen Maßnahmen wie die Überwachung von Innenstädten, Bahnhöfen und Shopping-Malls durch Kameras und Sicherheitspersonal (vgl. Naumann 2009, S. 51), versuchen sich insbesondere Unions-Politiker wie Wolfgang Schäuble mit radikaleren Maßnahmen am Ausbau des Sicherheitsstaates zu profilieren; zum einen werden Gesetzesänderungen für die juristisch legitimierte Überwachung privater Telefongespräche und Onlinedurchsuchungen mittels des so genannten Bundestrojaners thematisiert. Darüber hinaus soll eine Änderung im Grundgesetz den Einsatz der Bundeswehr im Inneren ermöglichen. Vordergründig dienen diese Maßnahmen zur Sicherheit der Bundesbürger vor terroristischen Anschlägen (vgl. u. a. Tagesschau online vom 02.07.2007 und 03.03. 2008).

2.2 Der flexible Mensch zwischen System- und Lebenswelt

Die beschriebenen politischen und ökonomischen Entwicklungen in der Postmoderne ermöglichen erste Eindrücke von der „Durchkapitalisierung“ des Privaten und der Ökonomisierung der Lebensverhältnisse (vgl. auch Kapitel 3.3.1.). Denn die „ökonomischen und politischen Tendenzen sind auf widersprüchliche Weise mit den lebensweltlichen Erfahrungen der Menschen verknüpft“ (Naumann 2009, S. 52). In der postmodernen Gesellschaft ist eine Spaltung zwischen Lohnarbeitern und Arbeitslosen zu beobachten, mit den Folgen eines stetig wachsenden Konkurrenzdrucks nun auch im Niedriglohnsektor und dem bedingungslosen Anbieten persönlicher Flexibilität sowie räumlicher Mobilität (vgl. ders. 2000, S. 130). Schlussendlich wird die wachsende Akzeptanz auch unterbezahlter Arbeit mit unwürdigen Arbeitsbedingungen unter Androhung und ggf. Durchführung von Gewalt (§ 31 SGB II) sichergestellt. Die zunehmende ökonomische und juristische Gewalt, denen Ausgegrenzte der

Gesellschaft ausgesetzt sind, führen zu deren systematischen Diskriminierung (vgl. Naumann 2000, S. 130). Die Tendenzen der individuell ausgerichteten Verwaltung und Stigmatisierung von Ausgegrenzten finden sich in den beschriebenen Zumutbarkeitskriterien der Hartz IV-Reform wie auch in der alltäglichen Lebenspraxis der prekär Beschäftigten. Der Leiharbeiter verrichtet für weniger Geld und ohne Kündigungsschutz die gleiche Arbeit wie ein Festangestellter und wird zusätzlich von letzterem als Bedrohung wahrgenommen. Es ist nachvollziehbar, dass der Festangestellte seinen ohnehin unsicheren Arbeitsplatz gerade durch die billigere Arbeitskraft des Leiharbeiters zusätzlich gefährdet sieht.

Doch nicht nur auf dem Arbeitsmarkt lassen sich erste Anzeichen für folgenschwere, weitreichende Veränderungen der Lebensverhältnisse beobachten. Frauen in ihrer Rolle als zweite Einkommensbezieherin müssen sich neu orientieren und sind der Doppelbelastung von Familie und Beruf mehr denn je ausgesetzt. Dadurch erhöht die zur Norm gewordene Berufstätigkeit der Frau den Druck auf die Familie, insbesondere auf die Paarbeziehung. Beziehungen müssen durch die oft geforderte räumliche Mobilität im Berufsleben aufeinander abgestimmt werden. Zusätzliche Belastungen erfahren die Eltern durch die erschwerte Koordination von Kinderbetreuung, Haushaltsführung sowie Freizeit- und Urlaubsgestaltung (vgl. Busch 2006, S. 208). Die traditionale Familie mit nur einem Einkommensbezieher (in der Regel war das der Mann) ist aufgrund dieser Schwierigkeiten und dem zunehmenden finanziellen Risiko einer Familiengründung den neuen Ansprüchen oft nicht mehr gewachsen. An die Stelle der traditionalen Familie treten folglich neue und vielfältige Lebensformen, wie zum Beispiel alleinerziehende Mütter und Väter, neue Wohngemeinschaften resp. Bedarfsgemeinschaften und deutlich mehr Single-Haushalte. An Stelle der traditionalen lebenslangen Bindung tritt nun vermehrt die „sequenzielle Monogamie“ (vgl. ebd.).

Neben der Pluralisierung der Lebensformen ist die Individualisierung der Lebensverhältnisse zu beobachten. Die zunehmend selektive und individualisierte Verwaltung von Ausgegrenzten und Hilfebedürftigen der Gesellschaft und die universal gültigen Grundsätze der „Leistungsgesellschaft“ sind Produkte einer wirtschaftsliberalen Grundhaltung, die das postmoderne Subjekt auf einen Sockel hebt: Der *flexible*

Mensch,[4] gleichwohl bereit, sich räumlich und sozial immer wieder neu zu verorten, sein Leben dem Erwirtschaften und dem Konsum zu widmen, wird zum Vorzeigesymbol des postmodernen Kapitalismus. Der individualisierte, flexible Mensch vermag sein Leben unabhängig von tradierten Zwängen und Vorurteilen gegenüber sozialer Herkunft und Geschlechterrollen zu gestalten. Dass der Individualismus nicht ausschließlich als ein Resultat wirtschaftsliberaler Ideologie (vgl. nachfolgendes Teilkapitel) zu verstehen ist, zeigen die tatsächlichen gewonnenen individuellen Freiheiten zum Beispiel in Form der freien Alltagsgestaltung, der Bildung von sozialen Netzwerken, der freien Meinungsäußerung sowie der freien Nutzung des Internets als Informationsplattform. Auch die mannigfaltigen sozialen Bewegungen, die sich unter anderem für immer noch benachteiligte Gruppierungen wie Homosexuelle und Frauen einsetzen, sowie die beschriebene Bildung vielfältiger Lebensformen können als Produkte individueller Freiheiten verstanden werden (vgl. Naumann 2009, S. 52f). Erst wenn die Vertreter des Individualismus die Auseinandersetzung mit der ungleichen Verteilung von Chancen und Risiken verweigern und nicht bereit sind, sich mit den politischen und ökonomischen Verhältnissen und deren Einflüsse auf postmoderne Subjektivität auseinanderzusetzen, besteht die Gefahr, dass die Rede von der Individualisierung, resp. von der Freiheit des Individuums auf ideologische Agitation reduziert wird (vgl. a. a. O., S. 53).

2.3 Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied

Die Politik scheint aus einer sicheren Distanz zu agieren, denn sie agiert in einem nationalen Rahmen, obwohl sie es mit globalen ökonomischen Problemen zu tun hat. Intakte gesellschaftliche Strukturen werden demzufolge auf nationaler und lokaler Ebene nicht nur sicherheitstechnisch, sondern auch ideologisch – auf der Basis von (weltweiter Markt-) Konkurrenz und Individualisierung – sichergestellt. Hier geht es um eine bestimmte ideologische Ausrichtung des Begriffs Individualisierung, nämlich um

[4] Zu diesem Begriff bietet sich ausführlich Richard Sennetts alltagspraktische Studie an: „Der flexible Mensch – die Kultur des neues Kapitalismus“ (2002)

seine Verknüpfung mit dem Konkurrenzbegriff: *Chancen werden in der Gesellschaft nicht für alle genutzt, sondern der Einzelne wird angehalten, diese vornehmlich gegen andere zu erhöhen.* Um eine Analyse dieser ideologischen Absicherung soll es in diesem zweiten Kapitel schwerpunktmäßig gehen.

Einleitend möchte ich die Ambivalenz und widersprüchliche Tendenz des Individualismus mit dem Sprichwort *„jeder ist seines eigenen Glückes Schmied“* diskutieren. Dieses Sprichwort kann meines Erachtens auf zwei verschiedene Weisen interpretiert und umformuliert werden. Die eine Weise würde in etwa den Satz so deuten: *„Wenn man sich nur genug anstrengt, kann man alles erreichen, was man möchte“*, oder: *„wenn man nur will, kann man Berge versetzen“*. Diese interpretativen Umdeutungen drücken aus, was der Liberale unter der individuellen Freiheit im Spätkapitalismus verstehen möchte. Er bindet die individuelle Freiheit an eine Form von Eigenverantwortung, die alle Hürden des Lebens meistert, so in der Art: *„alles was möglich ist, wird auch Wirklichkeit, sofern man es wirklich will und bereit ist, alles dafür zu tun!“* Die andere Art, das ursprüngliche Sprichwort zu interpretieren, verweist auf den folgenden Umkehrschluss: *„wenn man nicht alles erreicht hat, hat man sich nur nicht genug angestrengt“*, oder, ein wenig schärfer formuliert: *„wer keinen Erfolg, nichts erreicht, sein Glück nicht selbst geschmiedet hat, ist selber schuld“*. Im Sprichwort *„jeder ist seines eigenen Glückes Schmied“* kommt eine Grauzone zum Ausdruck, in der die Rede vom Individualismus zur Ideologie gerinnt. Werden zum Beispiel die neuen Selbstbestimmungschancen der Frauen gepriesen, jedoch deren Doppelbelastung (Integration von Familie und Beruf) sowie deren weiterhin ungleichen Berufs- und Verdienstchancen tabuisiert, wird ideologisch verkürzt nur die eine Seite gesehen: das Individuum, das sich "freiwillig" dem Konkurrenzdruck des Wirtschaftens und Konsumierens aussetzt und darin sein Glück findet. Die alltägliche politische Praxis nutzt den beschriebenen Umkehrschluss für die radikale ideologische Absicherung im Sinne von Stigmatisierung und auf Gewalt setzenden Verwaltung von (Langzeit-) Arbeitslosen. Das hat eine lange Tradition. Schon 1975 war die Rede von *„sozialem Wildwuchs“*, Anfang der 1980er Jahre von *„parasitären Arbeitslosen“*, die das soziale Netz ohne Rücksicht auf die Solidargemeinschaft ausnutzen würden; 1993 nannte Ex-Kanzler Helmut Kohl Deutschland einen *„kollektiven Freizeitpark“* (vgl. Oschmiansky 2003, S. 10). Im Jahr 2001 formulierte Ex-Kanzler Gerhard Schröder das bis heute

bekannte *„Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft“* (ebd.). Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) brachte 2005 im Auftrag des damaligen SPD-Politikers und Wirtschaftsministers Wolfgang Clement einen Report über den Arbeitsmarkt mit dem Titel: *„Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, Abzocke und Selbstbedienung im Sozialstaat“*[5] heraus, in dem Langzeitarbeitslose mit Steuerhinterziehern und Schwarzarbeitern gleichsam als „Parasiten“ denunziert wurden[6] (vgl. Galuske 2007, S. 339f). Als 2006 der SPD-Arbeitsmarktpolitiker Ottmar Schreiner Hartz-IV kritisierte, die Reform würde Arbeitslose stärkeren Kontrollen unterwerfen als Steuerbetrüger, warf ihm sein Parteikollege und heutiger SPD-Chef Franz Müntefering "Moralisierung" vor und reagierte mit dem Satz: *„nur wer arbeitet, soll auch essen!“*. Schreiner entgegnete vorsichtig: *„in Anbetracht von fünf Millionen Arbeitslosen ist das zumindest äußerst missverständlich*.“ (vgl. Zeit-online vom 10.05. 2006).

Hetzkampagnen dieser Art von führenden Politikern und die immer noch praktizierten Hartz-IV-Reformen sollen die Vermutung nähren, soziale Ausgrenzung sei vorrangig ein Resultat mangelnder Arbeitsmotivation und Unverantwortlichkeit der Betroffenen. Tatsächlich festigen Politiker darüber hinaus in der Gesellschaft den Umkehrschluss des oben diskutierten liberalen Sprichworts. Die zunächst konstruktive Rede vom freien, selbstbestimmenden Individuum in der Postmoderne verkommt zur ideologischen Legitimierung von Sozialabbau und Gewalt gegen Ausgegrenzte. Die Beispiele machen deutlich, dass mit der Individualisierung, sobald sie zur Ideologie verkommt, die Gefahr der Vereinzelung der Subjekte im Hinblick auf die Selbstvermarktung und Selbstinstrumentalisierung einhergeht. Bleibt die erfolgreiche Selbstvermarktung aus, besteht für den Gescheiterten zudem die Gefahr der Stigmatisierung und Deklassierung. Gelingt die Selbstvermarktung, bleibt immer noch die Selbstinstrumentalisierung mit dem Preis meist flüchtiger Beziehungen (vgl. Naumann 2009, S. 54).

Neben dem Individualismus als wesentliche ideologische Formation der Postmoderne lassen sich zwei weitere ideologische Formationen in Form von rassistischen und sexistischen Tendenzen beobachten. Nach wie vor sind Frauen schlechteren Ver-

[5] Der vollständige Bericht ist im Internet öffentlich zugänglich (vgl. Link im Quellenverzeichnis).
[6] vgl. auch den nachfolgenden Exkurs zum Neoliberalismus, S. 29

dienstmöglichkeiten ausgesetzt und müssen – angesichts der pluralisierten Lebensverhältnisse oft auch als Alleinerziehende – die Doppelbelastung von Familie und Beruf auf sich nehmen. Homosexuelle Paare dürfen notariell zwar heiraten, doch sind sie steuerlich gegenüber heterosexuellen Paaren nicht gleichgestellt. Auch sind sie in ihren Selbstbestimmungsrechten beschnitten. Beispielsweise darf in einer homosexuellen Ehe der Familienname nicht angepasst werden. Eine Form der ungleichen sozialrechtlichen Behandlung findet sich zudem bei der „rassistischen Exklusion" (ders. 2000, S. 91) von Migrantinnen und Migranten, aber auch von anderen in Deutschland lebenden Ausländern. Neurechte Diskurse lassen weniger eine Differenz der Rasse vermuten, als vielmehr mehr eine der Kultur (vgl. a. a. O., S. 132f). Diskussionen über kulturelle Differenzen verdrängen zunehmend die konstruktive Auseinandersetzung mit der Integrationsproblematik von Migrantinnen und Migranten als Risikogruppe. Hinzu kommen ungleiche Bildungschancen und ungenügende Marktteilnahme, die von sozialer und politischer Teilhabe ausgrenzen. Anstatt die Kriminalitätsbereitschaft von ausländischen Jugendlichen konstruktiv im Zusammenhang mit fehlenden gesellschaftlichen Teilhabechancen und sozialräumlicher Segregation bis hin zur ethnischen Koloniebildung[7] zu diskutieren, legt die neue Rechte den Fokus auf die kulturellen Differenzen und stigmatisiert – ähnlich wie die Arbeitslosen als „faule Sozialparasiten" – die Ausländer als verantwortungslose Gewalttäter.

So auch die offizielle Politik: Roland Kochs (CDU-Politiker und aktueller Ministerpräsident von Hessen) öffentlich kritisierte Hetzkampagne gegen Ausländer zu den Landtagswahlen in Hessen 2008 sind ein beredtes Beispiel dafür. Einfachen polemischen Aussagen wie *„wir haben zu viele kriminelle Ausländer"* sowie *„wir müssen Schluss machen mit bestimmten Lebenslügen. Die deutsche Position in der Integrationspolitik war leider nicht klar genug"* folgte seine Schlussfolgerung: *„wer sich als Ausländer nicht an unsere Regeln hält, ist hier fehl am Platz"* (vgl. Zeit-online vom 28.12.2007).

[7] Unter ethnischer Koloniebildung werden Strukturen formaler und informeller ethnischer Selbstorganisation verstanden, also eine Gruppe von MigrantInnen, die mit Hilfe ökonomischer und sozialkultureller Organisation ihre nationale Identität auf fremdem Territorium zu erhalten versuchen. Ethnische Koloniebildung kann als eine Antwort der MigrantInnen auf mangelnde Integrationsbedingungen interpretiert werden (vgl. Heckmann 1992, S. 96f).

2.4 Die Imagination eines nationalen Gemeinwohls

Die bisherigen Ausführungen der ökonomischen, politischen und ideologischen Verhältnisse sollen einen ersten Eindruck des oft widersprüchlichen Charakters gesellschaftlichen Lebens in der Postmoderne geben. Dabei sticht ins Auge, dass das "Scheitern" individualisiert wird, während zugleich Risiken und soziale Absicherung privatisiert werden (vgl. Naumann 2000, S. 130f). Die wachsenden sozialen Spaltungen lassen vermuten, dass der ökonomische Wettbewerb in der Postmoderne dem Gewinner zwar theoretisch alles eröffnen kann, aber zugleich eine große Zahl von Verlierern hervorbringt (vgl. Sennett 2002, S. 159). Neben einem vornehmlich ökonomisch fundierten Individualismus als zentrale postmoderne Kategorie stehen die moralischen Kategorien „Freiheit“ und „Gleichheit“ als Verbindungspol und Regulator kapitalistischer und demokratischer Verhältnisse. Vergeblich, denn die moralischen Kategorien transportieren auf ihrer „Rückseite“ – für viele Menschen nicht unmittelbar bewusst – nur die Unfreiheit und Ungleichheit eines ökonomisch fundierten Individualismus (vgl. Naumann 2000, S. 90). Das kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass dem postmodernen Staat die weitere Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft vor allem dank ideologisch abgesicherter und juristisch-administrativer Zwänge gelingt, denen sich die Menschen scheinbar freiwillig, tatsächlich aber resignativ-aggressiv unterwerfen (vgl. Kapitel 3.3.2. und 3.3.3.). Postmoderne Hegemonie maskiert sich mit anderen Worten durch die Ambivalenz der „vereinzelnden Vergesellschaftung der Subjekte als freie MarktteilnehmerInnen und ihre [synchrone] Revergemeinschaftung als gleiche StaatsbürgerInnen eines Nationalstaats“ (Naumann 2000, S. 90). Es entsteht die übergreifende Imagination eines „nationalen Interesses“, resp. eines „nationalen Gemeinwohls“ bei gleichzeitigem, schleichenden Abbau der Solidargemeinschaft (vgl. ders. 2003, S. 279). In einer Gesellschaft, in der „jeder sein eigenes Glück schmiedet“, darüber hinaus ethische Fragen des würdevollen Lebens in rein individuelle Fragen transformiert werden (vgl. ders. 2009, S. 52), verkommt bei genauem Hinschauen der politische Appell an die moralische Verantwortung des Einzelnen (z. B. des „faulen Arbeitslosen“) unter Gewaltandrohung zu einer Farce. Die geforderte moralische, solidarische Verantwortung an den Einzelnen ist vielmehr Ausdruck eines Begehrens, den Ausgegrenzten den hegemonialen Verhältnissen

unterzuordnen (vgl. hierzu Bauman 1995, S. 73). Der Ausgegrenzte ist tatsächlich sozialen Zwängen und „Situationen quasi-ethischer Erpressung ausgesetzt, die alle darauf zielen, dem einzelnen sein Recht auf moralische Entscheidung abzunehmen“ (a. a. O., S. 74).

Geht man von der Hegemonie einer individualistischen postmodernen Subjektivität aus, die auf prekäre Weise an sozialisatorische und psychische Prozesse gekoppelt ist (vgl. Naumann 2003, S. 281), drängt sich die weitere Auseinandersetzung mit jenen Prozessen auf. Zuvor soll jedoch ein Exkurs zum Neoliberalismus die Herausarbeitung ideologischer postmoderner Verhältnisse ergänzen.

Exkurs: Die Neoliberalisierung der Postmoderne?

Die wirtschaftsideologische Formation des Neoliberalismus wird in der sozialwissenschaftlichen Diskussion als eine solche gesehen, die den Individualismus als klassische liberale Ideologie und den Kapitalismus als Gesellschaftsformation um eine konsequente wirtschaftstheoretisch-ethische Positionierung erweitert. Der Neoliberalismus ist hierbei nicht wirklich „Neu“, sondern bestärkt lediglich den klassischen Wirtschaftsliberalismus mit seiner wirtschaftstheoretisch-ethischen Positionierung, in der der Markt als Regulierungsmechanismus gesellschaftlicher Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse verabsolutiert wird und dem gegenüber das Subjekt sich bedingungslos unterzuordnen hat (vgl. Butterwegge 2008, S. 11 / Ptak 2008 in ders., S. 16). Verweigert schlimmstenfalls die Ideologie des Individualismus die Auseinandersetzung etwa mit Ungleichheit produzierenden Sachzwängen, versucht der Neoliberalismus sich dieser Auseinandersetzung zu stellen und hierbei Ungleichheit, resp. Ausgrenzung ethisch zu legitimieren. In diesem Exkurs möchte ich die zentralen neoliberalen Positionierungen skizzieren. Diese umfassen das neoliberale Menschenbild, das neoliberale Verhältnis zu Wissenschaft, Staat und Markt und die sich daraus ergebenen ethischen Konsequenzen. Zuletzt möchte ich anhand einiger Beispiele auf die Aktualität des neoliberalen Paradigmas verweisen.

Der Individualismus prägt das neoliberale Menschenbild mit einer Einschränkung: Das Subjekt wird nicht klassisch liberal auf einen Sockel gehoben und als völlig frei angesehen. Der Neoliberalismus sieht das Subjekt zwar grundlegend frei in seinen Entscheidungen und in seinen Zielsetzungen. Dennoch ist das Subjekt nach neoliberalem Verständnis auf den Handlungsspielraum innerhalb des freien Marktes beschränkt und kann sich folgerichtig nur dort entweder als Konsument oder als Produzent reproduzieren (vgl. Ptak 2008, S. 31/S. 58). Der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften (1974) *Friedrich August von Hayek* (1899-1992), der im Wesentlichen die neoliberale Wirtschaftstheorie geprägt hat, sieht die entscheidende Begrenzung im Menschen in dessen intellektuellen Fähigkeiten, die soziale und natürliche Umwelt vernunftgeleitet nutzen zu können. Das Wissen sei auf zu viele Individuen verteilt, es gebe keine hinreichende Weisheit, eine soziale Ordnung zu gestalten, geschweige denn eine Zivilisation erschaffen zu können. Ein gesellschaftliches Wissen existiere nicht. So sei die Vorstellung falsch, dass die erfolgreiche Kombination von Fähigkeiten und Wissen durch kollektive (Lern-) Prozesse ermöglicht werden. Es gebe erfolgreiche und nicht erfolgreiche Menschen und die Regel sei, dass sich die wenig erfolgreichen an den erfolgreichen orientieren und diese nachahmen würden (vgl. a. a. O., S. 43f). Erst der Wettbewerb in ökonomischen Verhältnissen ermögliche vernünftiges Handeln. Hayeks Lehrer, der Ökonom *Ludwig von Mises* (1881-1973), sieht das vernunftgeleitete Denken ausschließlich als das Mittel, eine ökonomische Handlung auszuführen:

> *„Das Gebiet des rationalen Handelns und das der Wirtschaft fallen zusammen; alles rationale Handeln ist Wirtschaften, alles Wirtschaften ist rationales Handeln“*
> (Mises zit. in: Nordmann 2008, S. 115f)

Diese radikale Transformierung des Menschen in den „homo oeconomicus“ verdeutlicht das neoliberale Menschenbild. Der Mensch sei von Grund auf unvernünftig, chaotisch und bestrebt, sein Handeln ausschließlich nach der Maximierung des eigenen (ökonomischen) Nutzens auszurichten. Selbst die Wissenschaft sei nicht in der Lage, gesellschaftliches Wissen zu produzieren, denn die Wissenschaft könne den Wissensansprüchen der Gesellschaft niemals gerecht werden, stattdessen wachse mit

„jedem Fortschritt in der Wissenschaft zugleich das Bewusstsein über das Ausmaß der menschlichen Unkenntnis.“ (Ptak 2008, S. 45).

Hayek hat den Zusammenhang von Mensch, Wissenschaft und Ökonomie aus der neoliberalen Perspektive in seiner „*Theorie der kulturellen Evolution*“ verdeutlicht. Seiner Grundthese nach sei die menschliche Zivilisation mit ihren modernen gesellschaftlichen Institutionen wie Gesetze, Recht, Sprache, Geld und Markt nie ein beabsichtigter Prozess gewesen, in dem sich die Menschen innerhalb von Stammesgesellschaften kraft kollektiver Kooperation organisierten und sich auf moralische Gemeinschaftsziele verständigten. Vielmehr solle man sich von dem Irrglauben freimachen, dass Kultur aus menschlicher Vernunft entstehen könnte. Der Mensch besitze lediglich Instinkte, ein Merkmal der biologischen, resp. genetischen Evolution. Darüber hinaus hätte der Mensch zwar im Rahmen der kulturellen Evolution Traditionen und Vernunft entwickelt, jedoch ausschließlich über seine Anpassungsfähigkeit an seine ihm unbekannte Umwelt über einen andauernden Wettbewerb. Wie es im Tierreich im Sinne der biologischen Evolution ein natürliches Selektionsverfahren von Überleben oder Nicht-Überleben gebe, selektiere der Wettbewerb in der menschlichen kulturellen Evolution in Form von Bestehen oder Untergehen (vgl. a. a. O., S. 54). Der Mensch unterscheide sich vom Tier darin, dass er Erfahrungswissen sammeln könne. Dies könne er jedoch nur durch seine oftmals auch unfreiwillige Unterordnung, resp. Anpassung an vorherrschende Sitten, Bräuche und Traditionen:

> „D*er Mensch nahm nicht neue Verhaltensregeln an, weil er intelligent war. Er wurde intelligent dadurch, dass er sich neuen Verhaltensregeln unterwarf*“
> (Hayek zit. in: Ptak 2008, S. 55).

Hayek sieht Vernunft und Moral als ein Produkt der Evolution:

> „*das Gehirn ist ein Organ, das uns befähigt, Kultur aufzunehmen, aber nicht sie zu entwerfen*“ (a. a. O., S. 57).

Ordnung in das Chaos bringe nur der Wettbewerb. Den freien Markt postuliert Hayek dabei als ein eigenständiges, ethisches Prinzip. Die „*spontane Ordnung der Märkte*“ entpuppt sich als eine entscheidende Säule neoliberaler Theorie, die die unbeschränkte Marktgesellschaft theoretisch rechtfertigen soll. Die Dynamik des freien Wettbewerbs habe sich als das überlegene System herausgestellt. Märkte seien

überlegen, weil sie die Begrenztheit des menschlichen Intellekts überwinden könnten. Es könne keine Alternative geben, schließlich habe sich dieses System von selbst durchgesetzt und damit seine Überlegenheit im evolutionären Prozess bewiesen (vgl. a. a. O., S. 32f). Darüber hinaus positioniert Hayek den freien Markt in seinem Nutzen auch über den der Wissenschaft. Erst der freie Wettbewerb würde die differenzierten Wissensstände und Fähigkeiten der Subjekte zusammenführen und zum Nutzen möglichst Vieler garantieren können. Dies sei das Grundprinzip der *„spontanen Ordnung“* (vgl. a. a. O., S. 45). Umso erstaunlicher angesichts der neoliberalen Verabsolutierung des Marktes ist es, wenn Hayek die *„original thinkers“* in seiner Theorie konstruiert, eine Spitzenelite, auf deren Expertenwissen erst die Machttechniken der marktwirtschaftlich-liberalen Systeme basieren (vgl. a. a. O., S. 61 / Nordmann 2008, S. 112). Durch die Etablierung des elitären Diskurses „von oben herab“ stellt Hayek die Privilegierung der „neoliberalen Elite“ sicher, freilich nicht nur eine Privilegierung am Markt, mehr eine solche, das neoliberale Programm nach eigenen Maßstäben durchsetzen zu können (vgl. Ptak 2008, S. 77).

Das ambivalente Verhältnis zu Staat und Markt liegt beim Neoliberalismus in der Tradition des ihm verwandten *Ordoliberalismus*. Dessen Begründer, der Ökonom *Walter Eucken* (1891-1950), sah in seiner Formel von der *„Interdependenz der Ordnungen“* eine gegenseitige Abhängigkeit zwischen Ökonomie, Politik und Sozialem. Politisches Handeln müsse ihm zufolge alle Ordnungen berücksichtigen und im Sinne einer perfekt organisierten Marktwirtschaft auf die Herstellung und Erhaltung einer gewissen Gesamtordnung ausgerichtet sein. Auf den ersten Blick ein ausgewogenes und differenziertes Vorhaben. Jedoch verkommt dieses Vorhaben zu einem Lippenbekenntnis, wenn Eucken darüber hinaus die Marktwirtschaft als einziges Instrument zur Weiterentwicklung menschlicher Zivilisation postuliert und politische Entscheidungen deshalb grundsätzlich marktwirtschaftliche Prozesse begünstigen müssten (vgl. a. a. O., S. 36f). Darüber hinaus stellt Eucken klar:

> *„Es (ist) da, wo sich der Staat der unmittelbaren Marktlenkung nicht bedient, Pflicht aller Beteiligten, sich dem Wettbewerb zu unterziehen. (...) Die Teilnehmer an einem freien Wettbewerb sind jedenfalls nicht berechtigt, auf Kosten anderer Wirtschaftsgruppen unter sich gegenseitig kollegiale Rücksicht zu nehmen und sich über eine Abschwächung des gegenseitigen Leistungskampfes zu verständigen, sondern es ist*

> *umgekehrt ihre Pflicht der Gesamtwirtschaft gegenüber, in den angespanntesten Leistungswettbewerb miteinander zu treten.*"
> (Eucken zit. in: Ptak 2008, S. 38f)

Der Neoliberalismus unter Hayek positioniert sich konsequenter als der Ordoliberalismus in seiner Haltung zum Verhältnis zwischen Staat und Markt. Ihm zufolge sei der Ordoliberalismus naiv, wenn er glaubt, genügend über die Umstände und Wettbewerbsdynamiken wissen zu können, um sinnvolle ordnungspolitische Maßnahmen einzuleiten. Eine politische Ordnung sei demnach unmöglich, vielmehr solle der Staat ein Minimalstaat sein, der spontanen Ordnung der Märkte untergeordnet. Aber er dürfe auch als ein „starker Staat" auftreten, wenn er seine eigentliche Aufgabe wahrnimmt, die Durchsetzung und Sicherung der marktwirtschaftlichen Ordnung sicherzustellen (vgl. a. a. O., S. 42 u. S. 63). Dabei bezieht sich Hayek auf Widerstände aus der Gesellschaft, die mit der Ideologie einer egalitären Gesellschaft versuchen würden, die Marktwirtschaft zu untergraben:

> *„Die neue Moral des Sozialen, wenn wir das Wort sozial wörtlich als ‚das Gefüge einer Gesellschaft fördernd' nehmen, ist das Gegenteil dessen, was sie vorgibt. Sie ist im Wesentlichen ein willkommener Vorwand für den Politiker geworden, Sonderinteressen zu befriedigen. Das Soziale bezeichnet kein definierbares Ideal, sondern dient heute nur mehr dazu, die Regeln der freien Gesellschaft, der wir unseren Wohlstand verdanken, ihres Inhalts zu berauben*."
> (Hayek zit. in: Ptak 2008, S. 72)

Gemäß dem neoliberalen Menschenbild, nach dem der homo oeconomicus ausschließlich sein Handeln nach dem eigenen Nutzen ausrichtet, können sozialpolitische Handlungen nur dem eigenen politischen Machterhalt dienen und sind nach Hayek zu bekämpfen.

Die beschriebenen neoliberalen Positionen gegenüber dem Individuum und gegenüber den gesellschaftlichen Subsystemen Markt, Politik und Wissenschaft lassen ein hochgradig pessimistisches Menschenbild vermuten. Erst als Konsument und Spieler wird der Mensch zum Idealtyp neoliberaler Marktprozesse. „Der Spieler ist ein Typus, den fast alle (neo-) liberalen Theorien positiv bewerten. Er ist derjenige, der in indirekten Prozessen agiert und das Unwissen über den gesamten Wirtschaftsprozess

akzeptiert. Der Spieler wird nur begrenzt planen und die Regeln nicht in Frage stellen.“ (Nordmann 2008, S. 128).

Interessant ist zudem das neoliberale Verständnis von Gesellschaft. Die neoliberale Wirtschaftstheorie kommt ohne einen Gesellschaftsbegriff aus. Für sie sind Gesellschaft und Markt synonym zu behandelnde Kategorien (vgl. Ptak 2008, S. 50f). Den freien Markt stellt die neoliberale Perspektive götzenhaft auf ein Podest. Insbesondere Friedrich August von Hayek setzt sich dem Verdacht aus, sich selbst und die Welt religiös-missionarisch diesem Glauben bedingungslos unterwerfen zu wollen. Die neoliberale Affinität zu religiös-dogmatischem Gedankengut und der ideologische Anspruch auf universale Gültigkeit wird deutlich, wenn neoliberale Vertreter einerseits das bedingungslose Vertrauen in die Abwesenheit der Vernunft fordern und andererseits zu wissen meinen, dass „nicht eine massenhafte Bekehrung zu liberalen Prinzipien, sondern die erkennbare Unmöglichkeit des Gegenteils dem Liberalismus eine Wiederkehr [beschert]“ (Nordmann 2008, S. 113). Wenn das neoliberale Dogma lediglich das Prinzip des Nichtwissens im Menschen als theoretische Grundlage akzeptiert, verkennt und verbannt es die Chance der menschlichen Entwicklung über auf Verständigung zielende Kommunikation. Der Neoliberalismus als vermeintliche wissenschaftstheoretische Formation ist über die Verständigung suchende, diskursive Auseinandersetzung nicht kritisierbar, wenn dessen Vertreter die menschliche Entwicklung ausschließlich im Wettbewerb verorten und den Markt als alles im besten Sinne regelndes, gar sich selbst regulierendes Element verabsolutieren, kurzum: den Markt zur *Hypostase* stilisieren. Denn die Verabsolutierung des Marktes resultiert aus einem *hypostasierenden* Denken (vgl. hierzu Butterwegge 2008, S. 153f / Neumärker/Goldschmidt 2009, S. 4 / Witsch 2009, S. 63f): zwar ist eine Gesellschaft ohne Markt nicht vorstellbar; das heißt aber noch lange nicht, dass der Markt "alles tut". In der Vorstellung der Neoliberalen soll es aber der Markt sein, der sozialverträgliches Wirtschaften garantiert, als einzige Instanz, die in der Lage sei, Ordnung (Vernunft) herzustellen aus einer Unzahl menschlicher ökonomischer Handlungen, die es aufeinander abzustimmen gelte. Die hypostasierende Vorstellung, der Markt handle von sich aus moralisch und der Mensch füge sich, indem er auf Marktdaten reagiere, vergisst, dass der Markt wie oben beschrieben unentwegt von außen (durch Finanz- und Wirtschaftspolitik) bewirtschaftet wird – zum Vor- und Nachteil irgendwelcher

Klientelinteressen, mit dem Anspruch, im Interesse aller Bürger zu handeln. Die hypostasierende Vorstellung, der Markt mache alles von selbst, scheint ein wesentliches Merkmal neoliberalen Denkens zu sein. Die Folge: wie Gott ist der Mensch, resp. der neoliberale Vertreter als das ausführende Organ von Marktvorgängen substanziell nicht mehr kritisierbar (vgl. hierzu Kapitel 4).

Der oben angesprochene Ordoliberalismus möchte sich nur zu gerne von der offensichtlich ideologischen Agitation des Neoliberalismus (und des Laissez-faire-Liberalismus) abgrenzen. Seine heutigen Vertreter verweisen gerne auf *Eucken* und dessen Kritik an einer Hypostasierung des Kapitalismus. Prof. Bernard Neumärker von der Universität Freiburg gab dazu jüngst einen Artikel heraus: *Kapitalismuskritik als Ideologiekritik: Der Freiburger Ansatz des ‚Ordo-Kapitalismus' als sozialwissenschaftliche Alternative zum Laissez-Faire-Approach*". Im zweiten Kapitel – *„Realität statt Hypostasierung: Wider die Ideologisierung*" – verweisen die Autoren auf Euckens Kritik an der Ideologisierung gesellschaftlicher Prozesse (vgl. Neumärker / Goldschmidt 2009, S. 3):

> *„Nicht selten werden Begriffe personifiziert, zu gestaltenden Kräften umgedeutet und aus deren Wirken das Zustandekommen konkreter Erscheinungen erklärt. (…) Soll (…) durch die Personifikation des Begriffs, durch seine Umgestaltung zu einem bewußt handelnden ‚Wesen', das bestimmte Eigenschaften besitzt, eine Erklärung konkreter Erscheinungen versucht werden, dann verwandelt sich der Empirismus in Mystizismus*." (Eucken zit. in: Neumärker/Goldschmidt 2009, S. 4)

Die Autoren schlussfolgern:

> *„Diesen Prozess der Ideologisierung bzw. Verdinglichung eines allgemeinen Begriffs zur treibenden Kraft gesellschaftlichen Handelns bezeichnet Eucken als „Hypostasierung", die durchaus charakteristisch für den Kapitalismus selbst ist*." (ebd.)

Im nächsten Kapitel, nur eine Seite weiter im Artikel, postulieren die Autoren eine ideologiefreie Ökonomik, die aus ordoliberaler Sicht auf drei Grundpfeilern beruhen müsse:

1. auf einem *„starken Staat*",
2. auf einem *„starken Markt*"

3. auf der „Integration von wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben.“ (vgl. a. a. O., S. 5).

Die Autoren Neumärker und Goldschmidt setzen sich wie auch der Ökonom Walter Eucken dem Verdacht aus, den Begriff der Hypostase zweckrational zu nutzen. Wie ist es sonst zu erklären, dass sie nur eine Seite weiter einen „starken Staat“ und einen „starken Markt“ fordern? Hier ordnen sie einer ökonomischen Kategorie, dem Markt, menschliche Eigenschaften zu und verwandeln ihn damit in eine Hypostase. Die Autoren nutzen ganz offensichtlich dieselben Mittel, die sie bei ihren Gegnern – den Neoliberalen – kritisiert haben. So gesehen verkommt die vermeintlich substanzielle Kritik zu einer pseudo-moralischen Veranstaltung, zu einem moralischen Kampfplatz (vgl. hierzu Schmid Noerr 2001, S. 20).

Zurück zum Neoliberalismus. Inwiefern wirkt dieser in die Postmoderne hinein? Ist es sinnvoll, von einer „Neoliberalisierung der Postmoderne“ zu sprechen, wie so manche „linke“ sozialwissenschaftliche Diskurse vermuten lassen? Auf der politischen Ebene lässt sich das meines Erachtens nicht eindeutig bejahen. Betrachtet man die aktuelle Entwicklung der Wirtschaftskrise, fällt politisch umso mehr der Einfluss der „Keynesianer“ auf. Die kreditinduzierte Belebung der Wirtschaft – freilich in der Annahme, dass jeder Kredit auch zurückgezahlt werden kann – wird als politische Alternative von John M. Keynes (1883-1946) in dessen Hauptwerk[8] zentral behandelt. Als letzte verzweifelte Alternative dient sie nun mehr dazu, die Folgen der Wirtschaftskrise mehr schlecht als recht abzufedern. Auf der ökonomisch-strukturellen Ebene ist es jedoch nicht von der Hand zu weisen, dass der tendenziell unregulierte freie Markt als Instrument kapitalistischer Reproduktion und der rigoros geführte Wettbewerb bis heute nicht an Aktualität eingebüßt haben. Erst seit der Wirtschaftskrise wird öffentlich von allen Seiten geklagt, dass speziell auf der globalen Ebene nicht genügend ordnungspolitische Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte installiert wurden. Noch 1999 präsentierten Gerhard Schröder und Tony Blair dagegen eine gemeinsame Erklärung für ihre politischen Ziele, ganz im Sinne des neoliberalen Paradigmas:

[8] The General Theory of Employment, Interest and Money (1936)

> *„Wettbewerb auf den Produktmärkten und offener Handel sind von wesentlicher Bedeutung für die Stimulierung von Produktivität und Wachstum. Aus diesem Grund sind Rahmenbedingungen, unter denen ein einwandfreies Spiel der Marktkräfte möglich ist, entscheidend für wirtschaftlichen Erfolg und eine Vorbedingung für eine erfolgreichere Beschäftigungspolitik. (…) Wir werden daher nicht zögern, Effizienz-, Wettbewerbs- und Leistungsdenken einzuführen.*“
> (Schröder/Blair zit. in: BerliNews vom 11.06.1999 / vgl. auch Galuske 2007, S. 343)

Der offensichtliche Einfluss (neo-) liberaler Positionen auf die globale Weltwirtschaft und auf vermeintlich bürgernahe Sozialdemokraten verblüffte auch Milton Friedman (1912-2006), Nobelpreisträger (1976) und neoliberaler Ökonom. Im Oktober 2000 äußerte sich Friedman zu den Reformen Gerhard Schröders, einem bekanntlich bekennenden Sozialdemokraten und SPD-Politiker:

> *„Es ist in der Tat erstaunlich, dass es linken Parteien leichter fällt, rechte Reformen durchzusetzen. Das ist nicht nur in Deutschland so, sondern in halb Europa oder in Neuseeland. Reagan und Thatcher als konservative Reformer waren eher eine Ausnahme*.“ (Friedman zit. in: Spiegel-online vom 09.10.2000)

Auf die Frage hin, wie er sich das erkläre, antwortete Friedman:

> „(…) *Vielleicht können* [sich] *die Linken solch schwierige Reformen eher leisten, weil ihre Wähler trotzdem bei der Stange bleiben, schließlich kommt für sie keine andere Partei in Frage. Das ist bei den Konservativen anders. Die jetzigen Reformen in Deutschland entsprechen eigentlich perfekt den Ideen der Regierung Kohl. Und dennoch musste erst Gerhard Schröder kommen, um sie durchzusetzen*.“ (ebd.)

Der wesentlichste Einfluss des Neoliberalismus auf die Postmoderne liegt offensichtlich in seiner ideologischen Agitation. Verfolgt man diese gar bis zu ihrem sozial-darwinistischen Hintergrund, sind die Parallelen zu heutigen Verhältnissen erkennbar. Hayek etwa formulierte 1981 in einem Interview:

> *„Ungleichheit ist nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich. Sie ist einfach nötig. (…) Für eine Welt, die auf egalitäre Ideen gegründet ist, ist das Problem der Überbevölkerung (…) unlösbar. Wenn wir garantieren, dass jeder am Leben erhalten wird, der erst einmal geboren ist, werden wir sehr bald nicht mehr in der Lage sein, dieses Versprechen zu erfüllen. Gegen diese Überbevölkerung gibt es nur eine Bremse,*

> *nämlich dass sich nur die Völker erhalten und vermehren, die sich auch selbst ernähren können*." (Hayek zit. in: Ptak 2008, S. 73)

Im oben bereits genannten Arbeitsmarkt-Report des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit („*Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, Abzocke und Selbstbedienung im Sozialstaat*", 2005) mit einem Vorwort von Wolfgang Clement findet sich folgendes Zitat:

> *„Biologen verwenden für Organismen, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen – ihren Wirten – leben', übereinstimmend die Bezeichnung ‚Parasiten'. Natürlich ist es völlig unstatthaft, Begriffe aus dem Tierreich auf Menschen zu übertragen. Schließlich ist Sozialbetrug nicht durch die Natur bestimmt, sondern vom Willen des Einzelnen gesteuert.*" (BMWA 2005, S. 10)

Die Anmerkung, dass ein Tier-Mensch-Vergleich „unstatthaft" ist, führt sich selbst auf peinliche Weise ad absurdum, denn: wenn der Vergleich unstatthaft ist, warum wird er dann genutzt? Nun, er ist da, um Arbeitslose Hand in Hand mit Schwarzarbeitern und Steuerbetrügern als „Sozialparasiten" zu denunzieren. Des Weiteren machen Publikationen von Politikern wie Friedrich Merz, ehemaliger Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Finanzexperte, auf die Internalisierung neoliberalen Denkens in der Postmoderne aufmerksam. In seinem Bestseller „*Nur wer sich ändert, wird bestehen*" verweist schon der Titel des Buches auf seine sozialdarwinistische Grundhaltung: er betont das Recht des Stärkeren, besser: des Angepassten, des Intelligenteren. Diejenigen, die sich der Leistungsgesellschaft mit ihren marktwirtschaftlichen Regeln unterwerfen und genügend Kräfte mobilisieren, werden bestehen. Die anderen bleiben verdientermaßen auf der Strecke. Dies formulierte Merz ausdrücklich in einer Fernsehdebatte mit Heiner Geißler auf dem Sender Phoenix am 13.07.2008 mit dem Thema „Globalisierung und Gerechtigkeit"[9]:

> *„Wenn Bildung verweigert wird; und ich gehe in meinem Wahlkreis gerne und häufig in Schulen, und ich sage das insbesondere den Hauptschülern, die leider immer noch eine größere Problemgruppe darstellen (…): ‚wenn ihr euch heute nicht anstrengt, richtet*

[9] Die Sendung wurde auf der Internetplattform YouTube veröffentlicht: http://www.youtube.com/watch?v=Vx9NrD1WAXY&feature=related

> *euch morgen auf ein sehr bescheidenes Leben ein!' Das sind die Botschaften, die junge Leute verstehen.*"[10]

Merz, ein gut versorgter Politiker, maßt sich an dieser Stelle an, das, was in und um den Jugendlichen an einer Hauptschule vor sich geht, isolieren zu können. Er meint zu wissen, worin ihre ursächlichsten Probleme bestehen, nämlich in ihrer Verweigerungshaltung, sich zu bilden. Darüber hinaus kennt Merz die pädagogische Lösung für ihre sozialen Probleme: Angst machen, Druck machen. Dann würden sie schon funktionieren. Durch diese Einstellung gelingt es Merz, sich selbst und die Politik von der realen Verantwortung zu entlasten. Diskussionen über fehlende Integrationspolitik oder die Auseinandersetzung mit den psychosozialen Verwerfungen von benachteiligten jungen Menschen, verursacht auch durch systemstrukturelle Defizite, brauchen erst gar nicht anzulaufen. Im Falle weiterer Armut und Ausgrenzung der Betroffenen ist der Verursacher bereits lokalisiert: der bildungsunwillige Hauptschüler.

Auch Merz verzichtet gemäß dem neoliberalen Paradigma auf einen Gesellschaftsbegriff: er verwendet die Kategorien „Gesellschaft" und „Ökonomie" synonym:

> *„So bedingen sich Ökonomie und gesellschaftlicher Raum gegenseitig. Wirtschaft ist nicht alles, aber (…) ohne Wirtschaft ist alles nichts. Zu viele träumen sich eine bessere Welt herbei, frei von Streit, Konkurrenz, Neid, Eifersucht und Habgier. Es werden Wunschträume bleiben. Der Mensch ist immer homo oeconomicus (…). Gerade die marktwirtschaftliche* [spontane, Anm. M. W.] *Ordnung ist (…) in der Lage, diese Interessen miteinander zum Ausgleich zu bringen.*" (Merz 2006, S. 23f)

Sein Verhältnis zum Wohlfahrtsstaat entspricht ebenfalls dem neoliberalen Verständnis:

> *„Der deutsche Sozialstaat ist längst zum Fürsorgestaat verkommen, der Leistungsbereitschaft bestraft und Faulheit belohnt*." (a. a. O., S. 116).

Das neoliberale Paradigma besitzt in der Tendenz einen nicht zu leugnenden ideologischen Einfluss auf bestehende postmoderne hegemoniale Verhältnisse. Indes tendiert so manche „linke" sozialwissenschaftliche Diskussion dazu, den Neoliberalismus als einziges und übergreifendes Paradigma zu stilisieren, dabei nicht zuletzt „den Neoliberalen" zu stigmatisieren. Das erscheint m. E. verlockend, weil die

[10] nachzuvollziehen in der ersten Minute des oben verlinkten Beitrags auf YouTube

Quelle der strukturellen Gewalt in der globalisierten Postmoderne, denen die Menschen ausgesetzt sind, nicht personalisierbar ist. Die über den Markt sich auslebende Dynamik kapitalistischer Entwicklung ist daher für viele Menschen nicht einfach fassbar. Hinzu kommt, die Verantwortung und Unsicherheit innerhalb der nicht mehr fassbaren Dynamiken wird von den Eliten immer weiter gereicht.[11] Die Politik macht die Wirtschaft und umgekehrt, die Wirtschaft die Politik verantwortlich. So haben wir es mit einer Politik zu tun, die zwar überall wirken möchte, aber zugleich den Eindruck vermittelt, nirgendwo zu sein, jedenfalls nie dort, wo es brenzlig wird: in der Reichweite des Bürgers (vgl. hierzu Bauman 1995, S. 367), wohl eher in der Reichweite der Konzerne. Der verzweifelte Wunsch, einen Verantwortlichen auszumachen, ist nur zu verständlich. Das weiß auch Friedrich Merz, der in seinem Buch „*Mehr Kapitalismus wagen – Wege zu einer gerechten Gesellschaft*“ schreibt:

> *„Die Worte ‚neoliberal‘ und ‚Turbokapitalismus‘ sollen sich (…) gegenseitig infizieren und so ihr (Un-) Werturteil noch weit über die reine Addition von Adjektiv und Substantiv hinaus steigern. ‚Turbokapitalismus‘ für sich genommen scheint bereits die neue Geißel der Menschheit zu sein. Abgrundtiefe Verachtung ist dem Turbokapitalismus jedoch endgültig sicher, wenn er dazu noch im Gewand des Neoliberalen daherkommt. Gut organisierte Ressentiments gegen die Marktwirtschaft und gegen den Wettbewerb sorgen bis weit in die Reihen der Intellektuellen aller Fachrichtungen hinein für Abscheu und Empörung. Und zahlreiche Medien übernehmen kritiklos den neuen, antiliberalen Jargon*.“ (Merz 2008, S. 63).

Friedrich Merz versteht es, die Kritik am (Neo-) Liberalismus in eine zirkuläre ideologische und moralisierende Debatte münden zu lassen. Zirkulär, weil sie über intersubjektive Verständigungsbemühungen nie zu einem Ende geführt werden kann. Jeder besitzt eine Position und wird nicht versuchen, sich verständigungsorientiert mit seinem Gegenüber auseinanderzusetzen. Dies ist meines Erachtens ein zentrales Merkmal mangelnder Substanz in postmodernen Kommunikationsformen (vgl. Kapitel 4).

[11] Die aktuelle Wirtschaftkrise hat dagegen dafür gesorgt, dass Politiker und Ökonomen sogar öffentlich von ihrer Hilflosigkeit, aber zumindest von ihrer Orientierungslosigkeit offen berichtet haben. Es ist nun öffentlich bekannt, dass niemand mit Sicherheit sagen kann, was am Besten gegen die Krise unternommen werden sollte und wie die Krise ausgehen wird. Für meine Begriffe ist gerade der nicht enden wollende Streit der Experten der wesentlichste formale Hinweis für deren Hilflosigkeit.

Meine Position hierzu ist: Aufgrund der nicht übersehbaren Auswirkungen der neoliberalen Theorie auf postmoderne hegemoniale Verhältnisse, ist die Auseinandersetzung mit jener für die vorliegende postmoderne Kritik an der Ökonomisierung des Sozialen wichtig, aber nicht hinreichend. Beschränkt man sich in der Kritik auf die Debatte zum Neoliberalismus, läuft man Gefahr, sich mit den (Neo-) Liberalen in dieser endlosen moralisierenden ideologischen Debatte zu verlieren. Daher möchte ich versuchen, durch die weitere Auseinandersetzung mit postmoderner Subjektivität, diskursanalytische Studien und die abschließende ethische Einordnung aller gewonnenen Erkenntnisse eine konstruktive Distanz zu dieser ins Leere laufenden ideologischen Polarisierung herzustellen. Die weiterführenden Überlegungen möchte ich als ein Angebot verstehen, sich mit den Folgen der Ökonomisierung des Sozialen für die Subjekte der Postmoderne auseinanderzusetzen (Kapitel 3), ja, sich darüber hinaus vielleicht zu fragen, ob die Ökonomisierung des Sozialen durch ein Denken in Hypostasen begleitet wird, das in der (Ver-) Moralisierung ökonomischer Kategorien zum Ausdruck kommt und einen Diskurs schon im Ansatz ins Leere treibt (Kapitel 4 und 5).

3 Zur kritischen Theorie des Subjekts

Die weiterführenden Überlegungen sind einem Leser vermutlich nicht leicht vermittelbar, wenn er sich von der Vorstellung unkritisch leiten lässt, Freiheit und Gleichheit seien im Sinne des Individualismus jedem Subjekt in der Postmoderne grundsätzlich und uneingeschränkt zugänglich; als könne sich der Einzelne gegen alle externen (Markt-) Einflüsse behaupten, wenn er denn nur wolle. Demgegenüber sind die nachfolgenden subjekttheoretischen Überlegungen bemüht, die neoliberale Vorstellung kritisch zu reflektieren, der „homo oeconomicus“ könne sich nur über den Wettbewerb und nicht (unabhängig von Markt und Wettbewerb) über verständigungsorientierte Auseinandersetzung sozial integrieren. Die Vertiefung der Ambivalenz des Individualismus in seiner Autonomie wie in seiner Abhängigkeit vorgegebener sozialer Strukturen sollte zeigen, dass das Subjekt durchaus in seinen Entscheidungen, Bedürfnissen und Handlungen frei agieren kann, dass eine differenzierte Betrachtungsweise dennoch den Blick auf gesellschaftliche Strukturen lenken muss, in die das Subjekt hinein geboren ist.

Um diese differenzierte Betrachtungsweise anzunehmen, bedarf es keiner Positionierung in der Art, ob die zu beschreibenden Verhältnisse als gerecht oder ungerecht zu bewerten sind. Es geht vielmehr um den Versuch einer Annäherung an die soziale Wirklichkeit postmoderner Subjektivität ganz im Sinne der hermeneutischen Wissenschaft. Welche Sozialisationserfahrungen prägen die Menschen? Wie gestaltet sich postmoderne Subjektivität unter den bestehenden hegemonialen Verhältnissen? Welche Strategien wenden die Menschen an, um am postmodernen Leben auf befriedigende Weise teilhaben zu können? Welche Überlebensstrategien wenden sie an, wenn ihnen gesellschaftliche und politische Teilhabe, also Autonomie, verwehrt ist? Um möglichen Antworten dieser Fragen näher zu kommen, soll ein Blick in das Innere von postmoderner Subjektivität geworfen und anschließend im gesellschaftlichen Kontext analysiert werden.

3.1 Ausgangslage

Autonome Individualität ist innerhalb hegemonialer postmoderner Verhältnisse zwar möglich, aber nicht immer wirklich. Die zunehmende Differenz zwischen Möglichkeit und Wirklichkeit ist es, die dem postmodernen Subjekt mehr und mehr zu schaffen macht. Gesellschaftliche Umbrüche, wie sie in der aktuellen Wirtschaftskrise sichtbar werden, mögen zusätzlich das Bewusstsein für gesellschaftliche Problematiken wie die oft schwierigen Mobilitäts- und Flexibilitätsansprüche sowie die Orientierungslosigkeit aller Menschen innerhalb globaler politisch-ökonomischer Strukturen schärfen, überdies das autonome Individuum in seiner universalen Gültigkeit hinterfragen (vgl. hierzu Busch 2006, S. 208). Schon im Begriff des „Subjekts“ kommt bereits die Unmöglichkeit reiner Autonomie des Individuums in den subjekttheoretischen Überlegungen zum Ausdruck. Eine Analyse des Subjekts verweist doch notwendig auf die Interaktionsebene, mithin soziale Sachverhalte, die außerhalb des Subjekts in der intersubjektiven Kommunikation angesiedelt sind, dabei persönliche Erfahrungen, Bedürfnisse und Stimmungen freilich immer einfließen, diese aber auf die gesellschaftliche Ebene verweisen, etwa den Einfluss von Institutionen und Medien auf den Menschen (vgl. hierzu Naumann 2009, S. 7f).

Beide Ebenen, Gesellschaft und Subjekt zusammen genommen, ermöglichen die Beschreibung des Subjekts und dessen Sozialisationserfahrungen, hier historisch-spezifisch in der Postmoderne. Sozialisation meint hierbei „die Gesamtheit der gesellschaftlichen Einflüsse auf die Persönlichkeitsentwicklung“ (a. a. O., S. 6). Begreift man Subjektivität als Ausdruck von individuellen Gefühlen, Bedürfnissen sowie Interaktionserfahrungen, aber auch von Sozialisationserfahrungen im Kontext hegemonialer gesellschaftlicher Verhältnisse, dann kann die historisch-spezifische Subjektivität in Form eines „Sozialcharakters“ herausgearbeitet werden (vgl. a. a. O., S. 8). Der Sozialcharakter ist Ausdruck des Orientierungsstrebens des Subjekts, um individuelle Bedürfnisse innerhalb gesellschaftlicher Verhältnisse verwirklichen zu können. Er besitzt die Funktion, die Interaktion der individuellen psychischen Struktur mit der gesellschaftlichen sozioökonomischen Struktur zu ermöglichen. Anders ausgedrückt: „Er internalisiert äußere Notwendigkeiten und spannt auf diese Weise die menschliche

Energie für die Aufgaben eines bestimmten ökonomischen und gesellschaftlichen Systems ein.“ (Haubl 2007, S. 114). Ein Orientierungsstreben ermöglicht zwar auch der Individualcharakter, der aus mehreren besonderen psychischen Merkmalen eines Individuums besteht (vgl. ebd.). Der Sozialcharakter verweist aber über den Individualcharakter hinaus auf beobachtbare psychische Merkmale der Gesellschaftsmitglieder, die einander ähnlich sind (vgl. a. a. O., S. 113). Das Augenmerk in der interdisziplinären sozialwissenschaftlichen Diskussion liegt sinngemäß auf jenen psychischen Merkmalen der Gesellschaftsmitglieder, die aufgrund ihrer hohen Verbreitung einen besonderen Stellenwert besitzen.

Durch die psychoanalytische Sozialforschung kommt ein entscheidender Aspekt hinein: sie rekonstruiert bei den Subjekten der Postmoderne eine vordergründig narzisstische Persönlichkeitsstruktur. Lustvolles Interagieren ordnet sich dem Bestreben unter, Unlust zu vermeiden, so dass „die Sozialisation nicht mehr unter dem Primat lustvoller Entspannung, sondern unter dem Diktat der Unlustvermeidung [steht]“ (Zepf 1994, S. 133), ein regressiver Impuls, der einer konstruktiven Innen-Außen-Beziehung zuwider läuft. Das Außen (die personale und nicht-personale Außenwelt) wird nicht (mehr) als etwas Eigenständiges vom subjektiven Innenleben erfahren oder akzeptiert.

Doch was heißt hier „Lust“ oder „Unlust“, in welchem Wechselverhältnis stehen beide psychischen Dispositionen zueinander und wie lassen sich Bezüge zu den Sozialisationserfahrungen herleiten? Möchte man sich den Antworten dieser Fragen nähern, müssen psychoanalytische und sozialisationstheoretische Überlegungen herangezogen werden, die neben den Sozialisationserfahrungen des Kindes in seiner Entwicklung den narzisstischen Charakter in der Postmoderne zu rekonstruieren, nicht aber zu diagnostizieren versuchen (vgl. Busch 2006, S. 211). Eine Diagnose würde sich abseits des argumentativ-interpretativen Paradigma der hermeneutischen Wissenschaft bewegen und ist angesichts einer pluralisierten und fragmentierten Gesellschaft mit ihren vielfältigen sozialen Spaltungen und ethnischen Differenzierungen auch nicht erstrebenswert (vgl. Naumann 2003, S. 278). So gesehen, distanzieren sich die folgenden subjekttheoretische Ausführungen von dem klassischen biologistischen Triebmodell der Freudschen Psychoanalyse (vgl. Busch 2006, S. 212).

3.2 Sozialisationstheoretische Überlegungen

Die psychische Entwicklung des Subjekts ist geprägt vom Zusammenspiel zwischen der inneren Natur des Menschen und gesellschaftlicher Praxis (vgl. Naumann 2000, S. 73). Betrachtet man die kindliche Entwicklung aus der sozialisationstheoretischen Perspektive, liegt das Augenmerk zunächst auf den Interaktionen zwischen dem Kind und seinen Eltern. Erst die Interaktionen, auf die das Kind fundamental angewiesen ist, geben Aufschluss darüber, inwiefern die Bedürfnisse des Kindes in einem ständigen Abstimmungsprozess mit den Reaktionen seiner primären Bezugspersonen stehen. Die artikulierten Bedürfnisse können in diesem Abstimmungsprozess von den Eltern befriedigt oder versagt werden (vgl. ders. 2009, S. 24). Ob und inwiefern die Herausbildung der handlungsfähigen Subjektivität, gar die Gestaltungsfähigkeit von Beziehungen gelingt, hängt zunächst von den verinnerlichten Interaktionserfahrungen in der kindlichen Entwicklung ab (vgl. a. a. O., S. 27). Doch im Sinne sozialisationstheoretischer Überlegungen sind über die Beziehungsqualität und Subjektbildung hinaus die sozialen Kontexte und deren Einfluss auf die psychische Strukturbildung von Interesse. Die *beschreibbaren psychischen Repräsentanzen* der gelebten Interaktionserfahrungen werden hier in Anlehnung an *Alfred Lorenzer* (1922-2002) Interaktionsformen genannt (vgl. a. a. O., S. 25). Interaktionsformen repräsentieren, genauer formuliert, „die Resultate vergangenen und die Muster künftigen lustvollen Interagierens.“ (Zepf 1994, S. 127). Über die Betrachtung der Interaktionsformen soll es im Anschluss möglich werden, Folgen einer gelingenden und gescheiterten Subjektentwicklung auch auf der gesellschaftlichen Ebene innerhalb der sozialen Kontexte zu isolieren.

Im Hinblick auf die kindliche Entwicklung werden drei Interaktionsformen differenziert (vgl. detaillierter i. F. Naumann 2009, S. 25ff). Der Säugling, der seine Spannungszustände nur durch unmittelbares Handeln (z. B. durch Schreien) mitteilen kann, erfährt durch die Reaktion seiner primären Bezugspersonen seine ersten Interaktionserfahrungen. Im besten Fall kommt es durch die empathische und fürsorgliche Reaktion der Eltern zu gelingenden Einigungssituationen, die dem Kind als organismische Interaktionsformen im Gedächtnis bleiben, jedoch nur rein affektiv-körperlich,

nicht symbolisch. Die daraus gebildeten ersten Erinnerungsspuren von Interaktionserfahrungen formen das Kind, „das nach und nach auch den symbolischen Umgang mit diesen unbewussten Niederschlägen im Austausch mit den Interaktionspartnern erlernt“ (Busch 2006, S. 211). Diese sinnlich-symbolischen Interaktionsformen sind ein Ausdruck der Gesten, Mimiken und Szenen, die die primären Bezugspersonen dem Kind bis zu diesem Zeitpunkt als Reaktion auf dessen affektive Bedürfnisäußerungen gespiegelt haben. Das Kind kann durch die erlernten sinnlichen Symbole nun direkt auf seine Bedürfnisse aufmerksam machen. Mit dem Erwerb der Sprache (zweites Lebensjahr) können die bisherigen Interaktionsformen noch weiter ausdifferenziert werden. Die Sprache, gleichwohl an Emotionen und Bedürfnisse gekoppelt, dient der autonomen Gestaltung von neuen Beziehungsstrukturen, Interaktionen und Erfahrungen. Es bilden sich weitere sprachsymbolische Interaktionsformen heraus.

Während das Subjekt im Idealfall auf der einen Seite gelungene Interaktionserfahrungen in seiner kindlichen Entwicklung verbuchen kann, dadurch in seiner Persönlichkeitsentwicklung selbstbestimmt zu handeln vermag, ohne Bindungsbedürfnisse verleugnen zu müssen (vgl. Naumann 2009, S. 24), ist es auf der anderen Seite mit gesellschaftlichen Angeboten und Normen konfrontiert, die es unter Anpassungszwang setzen (vgl. Busch 2006, S. 211). Auf der gesellschaftlichen Ebene wird das aus der kindlichen Entwicklung bereits erlebte Spannungsverhältnis zwischen der Artikulation von Bedürfnissen und der Befriedigung oder Versagungen dieser Bedürfnisse in Form von Normen und Verboten fortgesetzt. Das Subjekt muss sich entscheiden, ob es sich den Verboten und Normen unterwirft, dadurch seinen Bedürfnissen abschwört oder ob es sich auflehnt und die Bedürfnisse weiterhin einfordert. Auch kann es einen Kompromiss anstreben (vgl. a. a. O., S. 213). Im Falle eines Auflehnens oder der versuchten Kompromissbildung bleibt das Risiko einer weiteren Versagung bestehen.

3.3 Der narzisstische Sozialcharakter

In der kindlichen Entwicklung entstehen immer lustbestimmte und narzisstische Interaktionsformen. Bei ersteren werden die kindlichen Bedürfnisse von den primären Bezugspersonen als Bestandteil der Außenwelt befriedigt. Diese Erfahrungen werden fortan vom Kind mit einem lustvollen Empfinden verknüpft (vgl. Naumann 2009, S. 29). Wobei klar ist, dass nicht jedes kindliche Bedürfnis zu jeder Zeit befriedigt werden kann (und sollte). Im Falle dieser Kränkungen und Versagungen der kindlichen Bedürfnisse bilden sich narzisstische Interaktionsformen heraus. Das bei der Versagung eines lustvollen Bedürfnisses entstehende Gefühl des Missbehagens versucht das Kind mittels narzisstischer Instrumentalhandlungen abzuschaffen, indem es die Bedingungen für diesen Zustand der Unlust zu korrigieren versucht. Für das Kind gilt es, eine unbefriedigende wieder in eine befriedigende Situation zu wandeln (vgl. ebd.).

Jedoch behandelt das Kind die Zustände der Lust und Unlust, die lustbestimmten und narzisstischen Interaktionsformen, zunächst ‚wie identisch' (vgl. Zepf 1997, S. 50), bzw. das ehemals lustvolle Bedürfnis wird zum Zeitpunkt der Versagung mit dem dann folgenden unlusterregenden Zustand in Verbindung gebracht (vgl. Naumann 2000, S. 75). Die Konsequenz ist, so Zepf (1997, S. 59), dass „diese Bedingung aber – die sich als Bedürfnisgefühl präsentierende (…) Interaktionsform –, die aus [der Sicht des Kindes, Anm. M. W.] für die Unlust verantwortlich ist, und die es deshalb abzuschaffen gilt, (…) zugleich auch diejenige [ist], die zur Lust führt." Hier liegt ein wesentlicher Widerspruch vor und das Kind steht vor einem Dilemma: hält es an den Bedingungen für die mögliche Befriedigung lustvoller Bestrebungen fest, muss es bei deren Versagung durch z. B. die Mutter die daraus resultierende Unlust aushalten. Schafft es stattdessen die Bedingungen für jene Unlust ab (in diesem Fall die Interaktionen mit der Mutter), muss es gänzlich auf lustvolle Erfahrungen verzichten (vgl. ebd.). „Die Lösung (…) ist, die Intension des Bedürfnisgefühls zu verändern" (a. a. O., S. 59f), durch eine Verschiebung (des lustvollen Bedürfnis) im Objektbezug: Durch die erstmalige Schaffung eines vom Kind erlebten „Außen" gelingt es dem Kind, die eigentliche Intension des lustvollen Bedürfnisses etwa auf einen Gegenstand, z. B. ein Plüschtier, zu verschieben, so dass seine Abhängigkeit von der Mutter unangetastet bleiben kann: „Indem das

ehemalige Bedürfnisgefühl zu einem anderen wird, wurde es zugleich abgeschafft und erhalten“ (Zepf 1997, S. 60). Die so gestiftete *Innen-Außen-Differenzierung* verspricht hierbei günstige Aussichten für das Erreichen von Lust (vgl. Naumann 2000, S. 75): „Der Narzißmus, der mit seinem Ziel der Unlustvermeidung die Vorstellung des Außen erzwingt, steht demnach im Dienste der Lustgewinnung, beide, Trieb und Narzißmus stehen in einem dialektischen Verhältnis, in dem die Lustgewinnung die dominierende Rolle spielt.“ (ebd.) Werden Bedürfnisse nicht form- und zeitgerecht befriedigt, kann das Kind die entstehende Unlust verringern, aber wird dennoch künftig weitere Bedürfnisse äußern und die Erfahrung machen, dass auf der Beziehungsebene mit den primären Bezugspersonen lustvolle Bedürfnisse auch wieder befriedigt werden können. Im Idealfall gelingt es so dem Kind, kraft seiner narzisstischen Interaktionsformen befriedigende Beziehungen einzugehen, ohne Angst vor weiteren Kränkungen haben zu müssen. Konstruktiv gesehen, dienen die narzisstischen Interaktionsformen dem Kind als Quelle, seine Bedürfnisse aus eigener Kraft zu befriedigen (vgl. ders. 2009, S. 29). Das Kind lernt mit der Zeit, dass es durch Instrumentalhandlungen Einfluss auf seine Umgebung besitzt, dass es speziell später mit dem Erhalt der Sprachfähigkeiten die Bedingungen der Lust und der Unlust zu steuern vermag. Das Kind ist zunehmend bestrebt, seine instrumentellen Fähigkeiten zu verbessern (vgl. ders. 2000, S. 76f).

Es wird deutlich, dass sich das Spannungsverhältnis zwischen Lust und Unlust, das Wechselspiel zwischen Befriedigung und Versagung von Bedürfnissen, als die zentrale Dynamik der Subjektbildung herausstellt (vgl. a. a. O., S. 74). In jener differenziert sich, zusammengefasst, die psychische Entwicklung in einen aus dem Triebbedürfnis entstehenden lustgewinnenden Anteil und einen der Selbstkohärenz und Sicherheit dienenden unlustvermeidenden Anteil. Gelingt die kindliche Entwicklung, werden beide Anteile im dialektischen Verhältnis in der Entwicklung des Kindes durch lustvolles Interagieren mit Bezugspersonen und wechselseitiger Anerkennung befriedigt (vgl. Zepf 1994, S. 127).

Wenn jedoch in der kindlichen Entwicklung die Wechselseitigkeit von narzisstischen und lustvollen Interaktionsformen etwa im Zuge überfürsorglicher, erkalteter oder gewaltvoller Erfahrungen gar nicht erst entsteht oder durchbrochen wird, steht fortan das dialektische Zusammenspiel zwischen lustvoller und narzisstischer Bedürftigkeit

„nicht mehr unter dem Primat der Lustgewinnung, sondern unter dem der Unlustvermeidung“ (ders. 1997, S. 86). Die Einsicht, dass die begehrten Objekte eine unabhängige Existenz führen, dass die eigenen instrumentellen Fähigkeiten nicht ausreichen, um befriedigende intersubjektive Beziehungen herzustellen, wird im Zuge der fortwährenden unbefriedigenden, resp. gewaltvollen Beziehungen traumatisch erlebt. Das beständige Gefühl der Angst kann nur entweder mittels eigener Allmachts- oder Verschmelzungsphantasien, die die umgebenen Objekte für omnipotent erklären, kompensiert werden (vgl. Naumann 2000, S. 79). Das dominierende Gefühl von zweckgerichteter Aggression erlaubt es, das Primärgefühl der Angst auf eine andere Person zu projizieren. So werden in den Phantasien der Allmacht eigene Schwächen bei anderen verortet, wobei die Aggression nach Außen gerichtet wird. Oder aber die Verschmelzungsphantasien mit identifizierten, als allmächtig angesehenen Objekten richten die Aggression nach Innen (vgl. a. a. O., S. 79f / ders. 2009, S. 33). In beiden Fällen können in der Folge Spannungszustände im intersubjektiven Kontext nicht hinreichend ertragen werden (vgl. Kapitel 4).

Allmachts- und Verschmelzungsphantasien lassen sich auf den ersten Blick leicht differenzieren: das Kind bleibt im einen Fall seinen Größenphantasien überlassen oder im anderen Fall in bleibender Abhängigkeit der Eltern (vgl. ebd.). Dennoch haben beide Fälle miteinander gemein, dass das Kind seinen umgebenen Objekten die (autonome) Subjektivität aberkennt und zu Objekten mit narzisstischem Bezug umfunktioniert (vgl. ders. 2000, S. 79). Das Kind ist unausgesetzt damit beschäftigt, das Auftreten von Unlust und die dabei aufkommende Angst zu bewältigen. Die ursprünglich lustvollen Bedürfnisse werden aufgegeben, die Außenwelt idealisiert und zur Befriedigung der eigenen Zwecke instrumentalisiert (vgl. Zepf 1994, S. 135). Würde sich das Kind dabei dennoch auf der Beziehungsebene mit der personalen Außenwelt bewegen, liefe es in Gefahr, dass die narzisstischen Bedürfnisse zur Befriedigung der Allmachtphantasien ebenfalls verweigert werden und es käme zu einer narzisstischen Kränkung. Die personale Außenwelt könnte in diesem Fall ihrer Autonomie nicht mehr beraubt werden. Um den gleichsam narzisstischen Zwangscharakter aufrecht zu erhalten, bleibt dem Kind nichts anderes übrig, als sich komplett mit der Außenwelt zu identifizieren. Fortan ist das Kind *„für sich selbst (…) die einzige Person auf dieser Welt, welche die Außenwelt nurmehr zur Bestätigung ihrer eigenen Allmachtsvorstellungen*

benötigt“ (a. a. O., S. 136). Subjektivität und Intersubjektivität scheitern im Zuge der *verlorenen Innen-Außen-Differenzierung*, so dass vielfach zwischen Phantasie und Realität nicht mehr unterschieden werden kann (vgl. Naumann 2000, S. 80).

Steht die Subjektentwicklung unter dem Diktat der Unlustvermeidung, erfährt das Subjekt in seinem fortlaufenden Bestreben, Unlust zu vermeiden, eine „andersartige Lustgewinnung“, die Siegfried Zepf in Anlehnung an den Sprachpsychologen Karl Bühler „Funktionslust“ nennt (vgl. Zepf 1997, S. 100). Eine Lust, bei der „das Kind entdeckt, dass es jetzt in der Lage ist, eine Situation ohne Angst zu bewältigen, von der es zuvor mit Angst überwältigt worden wäre“ (a. a. O., S. 101). Beziehungen werden grundsätzlich nur überprüft, inwiefern sie der eigenen narzisstischen Bedürftigkeit von Nutzen sein können (vgl. Naumann 2009, S. 33). Sind sie von Nutzen, dienen sie der Verifizierung des eigenen Größen-Selbst und die Bewältigung der ursprünglich angstbesetzten Situation löst sich in der Funktionslust auf, die damit den Charakter einer „narzisstischen Lust“ aufweist (vgl. Zepf 1997, S. 117). Die sichere Distanz zu interpersonalen Beziehungen in der depersonalisierten Außenwelt ist grundsätzlich gegeben, um sich vor narzisstischen Kränkungen zu schützen. Doch um dauerhafte Sicherheit zu gewährleisten, mithin fortlaufend die Größenphantasien verifizieren zu können, instrumentalisiert das selbstbezogene, narzisstische Subjekt neben den geeigneten personalen Beziehungen das mannigfaltige Angebot an Konsumgütern in der Postmoderne (vgl. Kapitel 3.3.2). Das große Angebot von Sachen „weiß sich zu benehmen" und steht zudem im Gegensatz zur personalen Außenwelt konstant zur Verfügung; es setzt sich den narzisstischen Bestrebungen des Subjekts nicht zur Wehr und lässt sich ohne Ausnahme für die Verifizierung des narzisstischen Größen-Selbst instrumentalisieren. Die Konsequenz: „(…) die innere Abkehr von der personalen geht mit einer Hinwendung zur sachlichen Außenwelt einher“ (Zepf 1994, S. 136). Tragisch hierbei ist, dass das Subjekt den Kontakt zu seinen wahren Bedürfnissen verloren hat und die Außenwelt – Personen und Beziehungen – nicht mehr differenziert wahrzunehmen vermag (vgl. hierzu Naumann 2009, S. 30f).

3.3.1 Die Ökonomisierung des Privaten

Die im zweiten Kapitel umschriebenen postmodernen Verhältnisse besitzen einen entscheidenden Einfluss auf die kindliche Entwicklung. Zudem besitzen die postmodernen ökonomischen Verhältnisse, wie die durchtechnisierte, vollautomatisierte Massenproduktion, einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Arbeitsprozesse der Menschen (vgl. Hartmann 1995, S. 69). Diese sind nunmehr stark technisiert, administrativ durchorganisiert und mittels Einführung effektiver und effizienter ökonomischer Maßstäbe zur Sicherstellung gewinnmaximierender Arbeitsabläufe ökonomisiert. Das postmoderne Subjekt kann unter diesen Bedingungen, insbesondere unter den wachsenden Anforderungen von Flexibilität und Mobilität nur bestehen, wenn es sich ähnlich einer Apparatur selbst instrumentalisiert und sich dem kapitalistischen Wertgesetz unterwirft (vgl. ebd.). Jenem ordnet sich auch das Private unter. Private Verhältnisse können immer weniger gelebt werden: Der Zerfall der bürgerlichen Familie ist gekennzeichnet durch die postmodernen familiären Rollenverschiebungen. Der autoritäre Vater, dessen Autorität durch den Wegfall der ökonomischen Autonomie schon rein sachlich untergraben wurde und für die Kinder zunehmend unsichtbar wird (vgl. Zepf 1994, S. 121), weicht der nunmehr gleichgestellten Mutter, die sich ebenfalls dem kapitalistischen Produktionsgesetz, mithin seinen ökonomisierten Arbeitsabläufen unterwirft. Folglich liegt der Lebensmittelpunkt nicht mehr in der Erziehung der Kinder, sondern – nicht zuletzt wegen der wachsenden ökonomischen Unsicherheit vor allem bei größeren Familien – der Sicherstellung materieller Reproduktionsbedingungen (vgl. Hartmann 1995, S. 70). Die niedrigen Geburtenzahlen in spätkapitalistischen Gesellschaften untermauern diesen Wandel weg von der Familiengründung hin zur rein materiellen Reproduktion. Aus ökonomischer Sicht werden Kinder immer mehr zu einer Belastung, die die sozial-materielle Teilhabe infrage stellt: Arbeitsplätze werden unsicherer, die räumlichen Mobilitätsanforderungen steigen und das Prinzip des lebenslangen Lernens verlangt nach der Bereitschaft, sich ständig weiter zu qualifizieren. Sind Singles oder Paare ökonomisch gewappnet und entscheiden sie sich trotz der familienfeindlichen Umstände für die Gründung einer Familie, dann erscheinen Kinder vordergründig als

ein Luxusgut (vgl. ebd.). Untersuchungen zeigen, dass das Interesse der berufstätigen Mutter am Kind aufgrund ihrer Doppelbelastung halbiert wird, darüber hinaus die bleibenden Beziehungen einen ambivalenten Charakter besitzen (vgl. Zepf 1994, S. 122): zum einen wird das Kind als Kostenfaktor empfunden, das die Teilhabe an Freizeit und Konsum erschwert, zum anderen wird es als „funktionelles Objekt der Repräsentation“ (ebd.), als Sinnstifter, instrumentalisiert.

Die Ökonomisierung des Privaten wird des Weiteren durch die Verbreitung technischer Geräte verschärft. Videospiele, Fernseher und Handys gehören heute zum Standardrepertoire selbst sozial schwacher Familien. Oftmals dienen sie den Eltern als Ersatz für die direkte Kinderbetreuung, wodurch interpersonale Beziehungen und Interaktionen vermieden, gleichsam zum Fremdkörper werden. Es entsteht eine Beziehungslosigkeit durch einen sachlich-kalten Umgang mit den Kindern, einhergehend mit innerer Erkaltung vor allem in der gebildeten Mittelschicht (vgl. a. a. O., S. 123 / Hartmann 1995, S. 71). Die Kinder wachsen als „Niemandskinder“ (Zepf 1997, S. 128) auf: losgelöst von „dem neurotisch-widersinnigen Interaktionspiel ihrer Eltern (…) an [dessen] Stelle aber keineswegs eine eindeutige und einfühlsame Zuwendung [tritt]“ (ebd.). Die technische Routine verhindert jede Chance auf Bildung lustvoller Interaktionsformen; dadurch können unlusterzeugende Situationen durch lustvolle Erfahrungen immer weniger und seltener unterbrochen werden. Damit wird einer Subjektbildung unter dem oben beschriebenen Diktat der Unlustvermeidung der Weg geebnet. Die daraus ergebenen narzisstischen Persönlichkeitsstrukturen fügen sich ohne Schwierigkeiten in die kapitalverwertende Ökonomie mit ihren technisierten und perfektionierten Arbeitsbedingungen ein, in der jeder ein virtueller Konkurrent ist, den es zu instrumentalisieren, resp. auszuschalten gilt (vgl. a. a. O., S. 129).

Die Einseitigkeit des technisch-ökonomischen Fortschritts in der Postmoderne begünstigt die Versachlichung und Rationalisierung aller Lebensbereiche (vgl. Greß 1995, S. 106). Speziell emotionale Bindungen und zwischenmenschliche Beziehungen verkümmern zunehmend. Unter diesen Voraussetzungen lässt sich der narzisstische Sozialcharakter rekonstruieren, der zwar selbstbezogen seine Interessen durchzusetzen versucht, aber auf der anderen Seite eine große Identitätsunsicherheit verbirgt (vgl. ebd.). Auf die Folgen der Identitätsunsicherheit möchte ich im Anschluss eingehen. Es soll gezeigt werden, dass der rekonstruierte narzisstische Sozialcharakter

seine „besten“ Voraussetzungen innerhalb postmoderner, spätkapitalistischer Verhältnisse findet. Die durchtechnisierte Arbeits- und Konsumwelt bietet für das narzisstische Subjekt bei seiner erfolgreichen Vermarktung die Möglichkeit zur Befriedigung narzisstischer Bedürfnisse in Form von Anerkennung bis zur Verifizierung des eigenen Größen-Selbst. Darüber hinaus bietet die Warenwelt die Möglichkeit zur Ersatzbefriedigung lustvoller Bedürfnisse (vgl. Naumann 2009, S. 56).

3.3.2 Vom Warenfetischismus zur narzisstischen Depression

Die totale Identifikation mit der spätkapitalistischen, durchtechnisierten Außenwelt, resp. Arbeits- und Konsumwelt – und einer damit einhergehenden verlorenen Fähigkeit einer Innen-Außen-Differenzierung – bleiben für den narzisstischen Sozialcharakter nicht ohne Folgen. Fortan vernimmt er die gesamte Welt als Warenwelt, die über die illustrativ vermittelnden Eindrücke von Freiheit, Sinnlichkeit und Lust ein großes Arsenal von sinnstiftenden Angeboten bereithält, die als Ersatzbefriedigungen für die ehemals gewünschten liebevollen Beziehungen dienen (vgl. Naumann 2009, S. 56). Das postmoderne Subjekt steht zusammengefasst auf zweierlei Weise in einem Abhängigkeitsverhältnis zu der gelingenden Reproduktion innerhalb spätkapitalistischer Verhältnisse: zum einen agiert es manipulativ mit Menschen und Waren, indem es beide gleichermaßen zur Befriedigung seiner Funktionslust zu kontrollieren und zu instrumentalisieren versucht („manipulativer Typus“) (vgl. Hartmann 1995, S. 72). Zum anderen identifiziert es sich absolut mit der Warenwelt, knüpft mithin seine Identität ganz und gar an den Konsum von Waren („konsumptiver Typus“), die „sich zum Symbol für die gesamte Identität aufschwingen und die Verhältnisse zueinander auch unmittelbar psychologisch zu bestimmen beginnen“ (ebd.). Die Vermutung liegt nahe, dass das postmoderne Subjekt in der Regel beide Abhängigkeitsverhältnisse lebt. Anstatt sich um identitätsstabilisierende sprachgestützte Intersubjektivität zu bemühen, wird es versuchen, Menschen und Dinge für seine narzisstische Bedürftigkeit gleichsam sprach- und fraglos zu instrumentalisieren und darüber hinaus bestrebt sein, zur Stabilisierung seiner Identität eine Warenidentität anzunehmen (vgl. a. a. O.,

S. 72f). Diese Überlegungen lassen die Funktion einer Ware und auch die Funktion eines Werbeclips in einem besonderen Licht erscheinen. Die werbetechnische Manipulationsstrategie weckt keine neuen Wünsche, sondern bedient den bereits vorhandenen narzisstischen Wunsch nach Destinktionsgewinnen. Das Subjekt kommt den Manipulationsversuchen entgegen, will es doch von dem *symbolischen* Gehalt einer Ware profitieren können, mithin rein dinglich profitieren, das heißt, ohne von Beziehungsfragen gestört zu werden. Freilich besitzt die Ware primär keine körperliche Funktion, d. h. es interessiert nicht primär, was sie technisch zu leisten imstande ist. Die psychologische Funktion besteht darin, einerseits den sozialen Status von anderen abzuheben (Selbstdarstellung) und anderseits unlusterzeugende Zustände wie ein geringes Selbstwertgefühl zu kompensieren (symbolische Selbstergänzung) (vgl. Haubl 1996, S. 215). Das weiß auch die Werbeindustrie, die auf die Befriedigung von Allmachtsphantasien der Konsumenten zielt: da wäre „der Marlboro-man, der jedes Abenteuer übersteht, oder der Mann, dessen duftendes Parfüm die Dame willenlos macht und ihm so ausliefert, wie früher seine Spielzeuge ihm ausgeliefert waren“ (Zepf 1994, S. 138). Ein weiteres prägnantes Beispiel ist der Sparkassen-Werbeclip, in dem sich zwei Männer nach langer Zeit wieder sehen und sich mit ihren mitgeführten Fotographien ihrer Besitztümer gegenseitig zu überstechen versuchen, zwar in (selbst-) ironischer Tonlage, dafür umso wirksamer, wobei natürlich derjenige gewinnt, der bei der Sparkasse sein Geld angelegt hat. In allen Fällen besitzt jede angebotene Dienstleistung oder Ware einen starken symbolischen Charakter. Die Identifikation mit den Bildern und Botschaften eines Werbeclips ebnen den Weg zur Bildung einer beziehungsabstinenten Warenidentität. Die Identitätsbildung erfolgt dabei nicht nur über den Besitz einer Ware (Kauf einer Außenausstattung), sondern insbesondere auch über die psychologische Wirkung der Ware (Kauf einer Innenausstattung) (vgl. ebd.).

In Anbetracht der bisherigen Ausführungen wird evident, inwiefern die bestehenden spätkapitalistischen Verhältnisse und die narzisstische Bedürftigkeit der Gesellschaftsmitglieder voneinander profitieren können. So schrieb Adorno einst:

> „[Die Menschen] *sind (…) bis in ihre innersten Verhaltensweisen hinein mit dem identifiziert, was mit ihnen geschieht. Subjekt und Objekt sind (…) versöhnt. Der Prozess zehrt davon, dass die Menschen dem, was ihnen angetan wird, auch ihr Leben*

> *verdanken. (…) Die Fetischisierung der Konsumgüter sind Symptome dieser Tendenz."* (Adorno zit. in: Hartmann 1995, S. 73f)

Auch wenn hier auf den ersten Blick gar ein Wechselverhältnis gegenseitigen Nutzens zwischen postmodernen ökonomischen Verhältnissen und den in ihnen wirkenden Subjekten existiert, können die psychosozialen Kosten nicht übersehen, oder schlimmer: unter Einsatz ideologischer Agitation maskiert werden. Der Technisierung und Versachlichung sämtlicher Lebensbereiche und den zunehmend narzisstischen Persönlichkeitsstrukturen der Subjekte fallen in der Tendenz wichtige lustvolle und liebevolle Beziehungen zum Opfer. Betrachtet man darüber hinaus die Situation der Millionen von Ausgegrenzten in der Gesellschaft, dann erhält die gelingende sozial-ökonomische Teilhabe der Subjekte eine besondere Bedeutung. Das einfache physische Überleben der hier diskutierten *historisch-spezifischen* Subjektbildung befriedigt weder das schlichte Bedürfnis nach kultureller Teilhabe, noch kann es für die psychische Stabilisierung narzisstischer Persönlichkeitsstrukturen ausreichen. Folgerichtig „tritt an die Stelle der Sorge um das physische Überleben die Sorge um das *psychosoziale Überleben* in einer dynamischen Hierarchie von Statusgruppen, in der jeder aufwärts offensiv und abwärts defensiv eingestellt ist" (Haubl 1996, S. 210).

Letzteres ist bei den Ausgegrenzten der Gesellschaft, speziell den Langzeitarbeitslosen zu beobachten. Die notwendig totale Identifikation mit dem unsicheren Arbeitsplatz lässt den Betroffenen bei dessen Verlust verzweifeln. Psychologische Studien (vgl. i. F. Morgenroth 2003, S. 20ff) haben nachgewiesen, dass nach dem ersten Schock bei Verlust des Arbeitsplatzes zunächst sporadisch ein Befreiungsgefühl auftreten kann, ausgelöst durch die empfundene Befreiung von der bisherigen Aufopferung unter den schwierigen Arbeitsbedingungen sowie leistungsorientierten Erwartungen. Dieses Befreiungsgefühl kann zunächst verstärkte Aktivitäten bei erneuten Bewerbungen und Umorientierungen begünstigen. Bleiben diese erfolglos und gerät der Betroffene in die Langzeitarbeitslosigkeit, kommt es zu Symptomen wie Interesselosigkeit, Mattigkeit, Hoffnungslosigkeit und Apathie. Psychosomatische Begleiterscheinungen wie Ess- und Schlafstörungen, aber auch Suchtproblematiken bis hin zu Suizidalität wurden beobachtet. Der Arbeitslose zieht sich zunehmend resignativ-aggressiv zurück. Die einst vielleicht sorgsam erarbeitete individuelle Lebensplanung erscheint ihm fortan bedeutungslos. Der innerliche Rückzug des

Arbeitslosen und seine Distanzierung von Freunden und Familienangehörigen resultieren aufgrund von Gefühlen persönlichen Versagens und Scham. Der Betroffene fühlt sich wie eine Maschine, die nicht mehr gescheit funktioniert, die sich aber nicht selbst reparieren kann. Die einzige Hoffnung bleibt, dass sich jemand findet, der die Macht besitzt, die defekte Maschine zu reparieren. Jene Erwartung wird weiterhin flankiert von Schamgefühlen, die dadurch verstärkt werden, dass eine dauerhafte Auseinandersetzung darüber, wer denn für die prekäre Situation verantwortlich ist, die ohnehin schwierige Situation verschärft. Um sich vor weiteren Kränkungen, aber insbesondere in Folge von Stigmatisierungen und drohender Gewaltanwendung (§ 31 SGB II) in Form der im zweiten Kapitel beschriebenen Zwangsmaßnahmen zu schützen, wird gegenüber den potenziellen „Reparateuren“, etwa gegenüber Fallmanagern von SGB-II-Trägern, eine feindselige Haltung aufgebaut. Diese Feindseligkeit lässt sich beispielsweise von den Fallmanagern oder von Politikern leicht als Demotivation fehlinterpretieren und bis hin zu Faulheitsdebatten funktionalisieren.

Die Antworten auf die Frage, welche Folgen diejenigen erleiden müssen, die von politischer, sozialer, materieller, sprich gesellschaftlicher Teilhabe ausgegrenzt sind, sollen präzisiert werden. Grundsätzlich bewegt sich der Ausgegrenzte wie alle Protagonisten der Postmoderne innerhalb der liberalen ideologischen Verhältnisse, die ihm beständig zuflüstern: *„du hast jederzeit die Möglichkeit, berufliche Lebensentscheidungen korrigieren zu können. Dazu musst du aber psychosozial flexibel genug sein. Dann erhältst du auch eine zweite Chance. Die wird es immer geben*“ (vgl. Haubl 2007, S. 115f). Eine „narzisstische Fantasie“, wie Haubl (S. 116) anmerkt. Die Reversibilität bereits getroffener Lebensentscheidungen hängt vielmehr von den Verfügbarkeiten ökonomischer, kultureller und sozialer Kapitalien ab, der Verfügbarkeit von Geld, Bildung und sozialen Netzwerken (vgl. ebd.). Aber auch die „Erfolgreichen“, diejenigen, die arbeiten und ein geregeltes Einkommen beziehen, leiden unter unsicheren und immer anspruchsvolleren Arbeitsbedingungen. Die postmodern dominierte Angst, die Angst persönlich zu versagen, ist eine Folge der vielfältigen Ansprüche und Möglichkeiten der Postmoderne zur Befriedigung der narzisstischen Bedürfnisse. Das Gefühl des Versagens kann vielleicht so umschrieben werden:

> *„[Ein] Versagen darin, die Gestalt und Form, die man annehmen wollte, tatsächlich zu erlangen, welche Form auch immer dies sein mochte; das Versagen darin, in Bewegung zu bleiben, aber auch darin, an dem Ort seiner Wahl haltzumachen, flexibel und offen zu bleiben, nach Belieben Form anzunehmen, gleichzeitig formbarer Ton und ein vollendeter Bildhauer zu sein."* (Bauman zit. in: Haubl 2007, S. 116f)

Tritt die hier besprochene Versagensangst auf, dann nimmt das Subjekt eine Diskrepanz zwischen seinem „Ideal-Selbst" (was will ich erreichen) und seinem „Real-Selbst" (was habe ich erreicht) trotz aller persönlichen Anstrengungen wahr. Diese Diskrepanz äußert sich in seinem „erschöpften Selbst" als narzisstische Kränkung, grundlegend von resignativ-aggressiven Gefühlen dominiert. Angst (Resignation) und Wut (Aggression) vor Verlust der sozialen Anerkennung sind den Überlegungen zufolge Symptome einer narzisstischen Depression, in der die erlebte Entwertung in eine gesteigerte Selbstentwertung umgesetzt wird (vgl. a. a. O., S. 117).

3.3.3 Enttäuschungsprophylaxe

Das beste Mittel gegen die in der Postmoderne dominierte Angst, persönlich zu versagen ist der gesellschaftliche Erfolg als knappes Gut, der speziell Ausgegrenzten nicht zur Verfügung steht (vgl. Haubl 2007, S. 118). Sie sind gezwungen, andere Strategien zu entwickeln, um die schambesetzten Gefühle in Form der narzisstischen Kränkung zu kompensieren. Haubl versucht angesichts der vorliegenden Problematik die dafür nötigen Schlüsselkompetenzen der Betroffenen zu isolieren. Kompetenzen, die es den Protagonisten der Postmoderne ermöglichen, den unvermeidlichen Enttäuschungen vorzubeugen. Haubl subsummiert diese Kompetenzen unter den so bezeichneten „Habitus der Coolness" (a. a. O., S. 119) als Ausdruck einer Strategie der Betroffenen, gegenüber der narzisstischen Kränkung unempfindlich zu werden. Das Primärgefühl der narzisstischen Kränkung wird ins Unbewusste verlagert; dies geschieht im Wesentlichen durch die Ablegung des emotionalen Gehalts. In diesem sozialen Kontext wird eine sich entwickelnde Distanz zu belastenden Gefühlen, bzw.

Gefühlserfahrungen mit dem gleichzeitigen Verlust solcher Gefühlsdispositionen bezahlt, die für beziehungsorientierte Kommunikationsformen und für auf Empathie angewiesene soziale Kompetenzen unerlässlich sind. Mit der Folge, dass zum Beispiel die Bereitschaft sozialen Engagements notgedrungen einer Ich-bezogenen Grundhaltung Platz macht, in der jeglicher kritische, reflexive Blick in sich selbst als existenzielle Bedrohung für die eigene psychische Stabilität, bzw. Identitätsbildung empfunden wird. Die Verweigerung, sich beziehungsorientierten Kommunikationsformen zu öffnen, die verbunden wären mit einem reflexiven Blick in sich selbst, ermöglicht darüber hinaus den inhumanen Charakter weiterer Strategien im Umgang mit der Außenwelt und mit den darin agierenden Subjekten zu maskieren. Haubl verweist auf das „Pathos der Kälte“ (S. 119f), das im Gewand einer empathischen Grundhaltung daherkommt, im Ergebnis eine „positiv konnotierte Kälte“ (S. 120). Der Betroffene mag glauben, er trete dem Mitmenschen empathisch und selbstlos gegenüber. Er nimmt nicht wahr, dass er seine Empathie für den Hilfebedürftigen an eine Bedingung knüpft, zum Beispiel an die Unterwerfung des Langzeitarbeitslosen unter repressive Maßnahmen der Zumutbarkeitskriterien. Provokant ausgedrückt: der Langzeitarbeitslose erhält einen Tritt in den Allerwertesten nach Gutmenschenart, denn der selbst ernannte Philanthrop wird aus seiner Sicht nur das Beste wollen: durch repressive Maßnahmen die Eigenmotivation des Langzeitarbeitslosen befördern. Dabei koppelt sich die „Unterstützung eines Notleidenden von der Fähigkeit und Bereitschaft seiner Mitmenschen, sich in ihn einzufühlen“ (ebd.), ab. Demgegenüber unterstütze ich die Auffassung, dass aufrichtige Empathie „nur in Verbindung mit einem irreduziblen Respekt vor einem selbstbestimmten Leben ethisch legitimierbar“ (ebd.) ist. Aufrichtige Empathie mag bedeuten, „*für* den Anderen da zu sein noch bevor man *mit* ihm sein kann“ (Bauman 1995, S. 27) ohne nach einer Begründung, einer Ursache oder Notwendigkeit zu suchen (vgl. ebd.).

Ähnlich verläuft es mit der „Ästhetisierung der Gleichgültigkeit“ (Haubl 2007, S. 121) als weitere Form der Enttäuschungsprophylaxe. Die oben angesprochene Tendenz zur Resignation und Aggression spielt hier eine wesentliche Rolle. Das resignativ-gleichgültige Subjekt wirkt nach Außen hin blasiert, wenn es sich zum Beispiel aus der eigenen Kränkung heraus politisch in der Öffentlichkeit für sozial Schwache einsetzt, hierbei jedoch die Hilfebedürftigen für seine Selbstinszenierung instrumentalisiert, die

ihm in Wahrheit gleichgültig sind. Nahe an der Blasiertheit bewegt sich auch das zynische Subjekt, das, sich seiner resignativen Aggression bewusst, die verspürte Wut nach Außen richtet. Jener versucht sich zum Beispiel mit merkwürdigen Begriffskonstruktionen wie etwa „Heuschrecke“ und „neoliberaler Turbokapitalismus“ auf der einen Seite zu profilieren sowie „Sozialparasit“ und „sozialem Wildwuchs“ auf der anderen Seite. Beide, das blasierte und das zynische Subjekt, verweigern die moralisch-politische und insbesondere die Verständigung suchende Auseinandersetzung. Zu aufrichtiger Empathie für Ausgegrenzte sind sie nicht imstande. Kurzum, Blasiertheit und Zynismus maskieren nur resignative Gleichgültigkeit.

Eine weitere Reaktion zur Stabilisierung narzisstischer Kränkungen ist die Flucht in die Langeweile, ein „Deckgefühl, das aktualisierte unbewältigte Konflikte in Schach hält, indem es den konfligierenden Bestrebungen die emotionale Besetzung entzieht“ (a. a. O., S. 122). Es läuft auf die Unfähigkeit hinaus, überhaupt etwas zu empfinden und zieht unerträgliche Leere, ein verlorenes Realitätsgefühl nach sich. Nicht selten gehen Betroffene in die Aggression, um dieses Realitätsgefühl wieder zurückzugewinnen. Die Aggression gegenüber anderen Menschen kann als verzweifelter wie vergeblicher Versuch interpretiert werden, verloren gegangene Beziehungsebenen wieder zu betreten. Die Beziehung, die zuvor nicht mehr gespürt wurde, gewinnt durch Gewalt (wieder) emotionalen Gehalt (vgl. a. a. O., S. 123f).

Unter Berücksichtigung bisheriger Ausführungen liegt es nahe, Resignation und Aggression als bevorzugte Reaktionen auf narzisstische Kränkungen dem postmodernen Sozialcharakter zuzuschreiben. Resignation und Aggression können m. E. als Deck- resp. Sekundärgefühle verstanden werden, hinter denen sich die primären Gefühle der Angst und der Scham verbergen. Bemühungen um verständigungsorientierte Kommunikation sind unter diesen Bedingungen ebenso erschwert wie unmöglich im Kontext politisch-moralischer Argumentation oder auf der Beziehungsebene. Leidtragende, das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen, sind vor allem die Ausgegrenzten der Gesellschaft, die frei von jeglicher Einflussnahme hegemonialen Verhältnissen besonders schutzlos ausgesetzt sind und sich, wollen sie überleben, beinahe bedingungslos den gewaltvollen Bemühungen sozialer Integration von Seiten staatlicher Institutionen unterwerfen müssen. „Aber selbst diejenigen, die im individualisierten Wettbewerb recht erfolgreich bestehen, zahlen den Preis nur mehr

flüchtiger Beziehungen, permanenter Selbstinstrumentalisierung sowie der Verleugnung aller Regungen, die die Leistungsbereitschaft, den Lebensstil und letztlich die soziale Anerkennung bedrohen“ (Naumann 2009, S. 54). Damit einher geht m. E. die Unfähigkeit, auch kleinste Spannungszustände im Kontext einer auf Verständigung zielenden Auseinandersetzung auszuhalten – mit zwei Worten: *vollständige Konfliktunfähigkeit*. Dies und mehr möchte ich anhand nachfolgender Diskursanalysen zu zeigen versuchen.

4 Diskursanalytische Beiträge

Im Folgenden möchte ich anhand einer Dialogstudie einen diskursanalytischen Blick unter Anwendung der bisherigen herausgearbeiteten sozialtheoretischen Ergebnisse versuchen. Hierzu werde ich zunächst einige Ausschnitte aus einer Sendung des bekannten Polit-Talk-Magazins „hart aber fair“ heranziehen. Im Anschluss soll ein kleiner Beitrag aus „Maybrit Illner“ ein wesentliches Ergebnis der ersten Studie untermauern.

4.1 Ausgangslage

Meine Annäherung an den zu untersuchenden sozialen Sachverhalt ist, von der Methode her, argumentativ und hermeneutisch; ich möchte politische Auseinandersetzungen kritisch herausarbeiten. Es geht um ein Andocken theoretischer Konstrukte an soziale Wirklichkeit. Es geht nicht um ihre objektive Erfassung, weil zu einer in Frage stehenden "Sache" zwangsläufig die Metaebene des Zwischenmenschlichen zur Disposition steht, unabhängig davon, ob dies den Diskursteilnehmern bewusst ist. Anders gesagt, es geht um *Verobjektivierungen* sozialer Sachverhalte, die einer Kritik zugänglich bleiben müssen. Das sind sie nur, wenn Kommunikation von allen Beteiligten als kommunikativ-interpretativer Prozess begriffen wird. Erst die Verständigung suchende Auseinandersetzung möglichst vieler Perspektiven erlaubt die *möglichst nahe* Erfassung sozialer Wirklichkeit. Zusammengefasst gehe ich folgerichtig vom „Bild des selbstbestimmten, sinnvoll handelnden Menschen [aus], dessen Erleben und Verhalten man nicht durch Benennen äußerer, objektiv beobachtbarer Wirkfaktoren ‚erklären‘, sondern nur durch kommunikatives Nachvollziehen der subjektiven Weltsicht und inneren Gründe der Akteure ‚verstehen‘ [kann]“ (Bortz/Döring 2006, S. 301).

Grundsätzlich bedeutet das, dass alle Handlungen, Meinungen und Ausdrucksformen des Subjekts aus dessen Sicht sinnbehaftet sind. Diesen Sinn anhand von Beobachtungen interpretativ zu rekonstruieren, mithin – als Voraussetzung jeglicher

Verobjektivierung – in einen sozialen Kontext zu stellen, ist die eigentliche Herausforderung nachfolgender diskursanalytischer Bemühungen.

4.2 Diskursanalyse I: Job weg, Zukunft weg

„Hart aber fair“[12] versteht sich als ein Polit-Talkmagazin und wird im ersten deutschen Fernsehen ausgestrahlt. Die Indexseite[13] bietet nur spärliche Informationen über die Sendung. Dort heißt es: „hartaberfair hat es sich zum Ziel gesetzt, ein aktuelles Thema für jeden verständlich aufzuarbeiten und darüber umfassend zu informieren. Filme und Reportagen liefern wichtige Hintergründe, bereichern die Diskussion mit harten Fakten und beleuchten das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln.“ Der Untertitel „wenn Politik auf Wirklichkeit trifft“ lässt zumindest den eigenen Anspruch erahnen, Politik einer „Wirklichkeit“ auszusetzen, die selbiger Politik nicht unmittelbar zugänglich ist. Moderiert wird jede Sendung von Frank Plasberg.

Die Sendung *„Job weg, Zukunft weg – was hilft gegen die Geißel Arbeitslosigkeit“*[14] wurde am 06.05.2009 mit den folgenden Gästen ausgestrahlt:

- Michael Hüther (Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft)
- Ernst Prost (Familienunternehmer; Inhaber des Motorenölherstellers „Liqui Moly“)
- Ekhard Klomfaß (Diplom-Ingenieur; verlor kürzlich seinen Job als Projektleiter)
- Hellmut Patzelt (stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Arcandor AG)
- Laurenz Meyer (CDU-Politiker; wirtschaftspolitischer Sprecher)

[12] Unter dem Reiter „Sendungsrückschau“ auf der Indexseite lassen sich die meisten der bisher ausgestrahlten Sendungen in voller Länge (ca. 75 Minuten pro Folge) anschauen. Alle in dieser Arbeit besprochenen Szenen einer Sendung werden mit Minutenangaben kenntlich gemacht. Dies dient dazu, die entsprechende Szene im Internet schnell finden zu können, sofern man die Szene im Original nachverfolgen möchte. Direkte Links, die jeweils zu der besprochenen Szene führen, sind aus technischen Gründen leider nicht möglich. Ich behalte mir der besseren Lesbarkeit und Sinnhaftigkeit wegen das Recht auf Kürzungen in den Dialogen und/oder dem Ablauf der Sendung vor. Diese sind nach bestem Wissen und Gewissen kenntlich gemacht.

[13] Link zur Indexseite: http://www.wdr.de/tv/hartaberfair/sendung/index.php5

[14] Link zur Sendung: http://www.wdr.de/themen/global/webmedia/webtv/getwebtv.phtml?p=4&b=224

Vordergründig lässt der Titel der Sendung lediglich eine rein sachliche Diskussion über Arbeitnehmer erwarten, die ihren Arbeitsplatz gerade verloren haben und darüber hinaus, wie sie sich formal gegen drohende Arbeitslosigkeit schützen können. Tatsächlich wird viel darüber debattiert, wie auf Unternehmer-Seite in Krisenzeiten mit den Arbeitnehmern umgegangen wird und umgegangen werden sollte. Dabei ist ein ständiges Wechselspiel zwischen pragmatisch-technischer und moralisch-praktischer Kommunikationsformen zu beobachten. Auf der pragmatisch-technischen Seite fühlt sich insbesondere Herr Hüther wohl. Die Herren Klomfaß und Meyer versuchen zwar, den Anschluss an moralisch-ethische Fragen halten zu können; sie steuern in ihrer Argumentation jedoch immer wieder recht schnell die pragmatisch-technische Ebene an. Hier fühlen sie sich ganz offensichtlich wohler. Anders Herr Patzelt und speziell Herr Prost: sie sind sichtlich bemüht, die Debatten auf der moralisch-praktischen Ebene zu dominieren; für meine Begriffe die wesentlich zu beobachteten Tendenzen hinsichtlich der Affinität der Diskursteilnehmer für bestimmte Kommunikationsformen. Für das Thema der vorliegenden Arbeit sind mir speziell die Dialoge zwischen Herrn Hüther und Herrn Prost aufgefallen, die ich nun im Einzelnen exemplarisch heranziehen möchte.

Zunächst versucht Herr Prost die moralische Frage aufzuwerfen, wie Unternehmen auch in Zeiten der Wirtschaftskrise mit ihren Arbeitnehmern umgehen sollten. Herr Prost als Familienunternehmer vertritt die Auffassung, auch in solch schwierigen Zeiten müsse man als Unternehmer keine Mitarbeiter entlassen. Erst durch die konsequente Mobilisierung aller vorhandenen und ggf. noch zusätzlichen Arbeitskräfte könne weiteres ökonomisches Scheitern vermieden werden. Darüber hinaus sagt er:

> *„Ich finde es höchst unanständig, wenn Unternehmen (…) in guten Zeiten viel Gewinne machen. Diese Gewinne werden erwirtschaftet von den Menschen in den Fabriken, in den Büros (…) wenn es dann mal nicht so gut läuft, dann werden genau diese Menschen entlassen. Das ist unanständig, das ist unfair und ungerecht. Ich finde es auch höchst bedauerlich, wenn Unternehmen zeitgleich Massenentlassungen vornehmen, sich auch noch trauen, dies zu publizieren in den Medien und zugleich Dividenden erhöhen (…).“* (06:55-07:35).

Herr Hüther entgegnet:

> *„(…) wir müssen einfach sehen, diese gesamtwirtschaftliche Situation ist keine normale rezessive Bereinigung wie wir das immer mal erlebt haben, das einem Investitionszyklus die Luft ausgeht. Wir haben ein Verfall der Auftragseingänge 30, 40, 50% (…). In einer solchen Situation versuchen Unternehmen in der ganz überwiegenden Zahl sehr verantwortlich damit umzugehen. Ich kann mir nicht vorstellen (…) dass es leicht ist, Arbeitsplätze abzubauen und freizusetzen. Man weiß ja auch, man muss in der Phase nach der Krise wieder wettbewerbsfähig sein, man muss sich wieder in den Markt wieder rein begeben (…). Wenn ihnen die Aufträge wegbrechen, dann haben sie eine Liquiditätsproblematik (…)*“ (07:44-08:33).

Moderator Plasberg verweist darauf, dass Herr Prost in derselben Situation steckt und spielt einen kleinen Beitrag ab, in dem gezeigt wird, dass der Unternehmer noch zusätzlich in mehrere Anzeigen in der Bild-Zeitung für 361.813 € pro Anzeige investiert hat. Herr Prost verweist auf die in der Tat auch sein Unternehmen bedrohende Absatzkrise und postuliert statt Entlassungen

> *„(…). mehr Verkäufer rekrutieren, mehr Werbung machen (…) neue Produkte entwickeln, Forschung und Entwicklung unterstützen, kreativer sein, mehr schaffen, Gas geben, mehr leisten, härter arbeiten, länger arbeiten (…). Gott sei Dank gibt es noch verantwortungsvolle Unternehmer (…) Menschen, die sich für ihre Menschen einsetzen und die nicht einfach die Arbeiter als Rationalisierungspotenzial raus setzen (…).*“ (09:45-10:26).

Ein weiterer kurzer Beitrag zeigt den Wohnsitz Herrn Prosts, ein gelinde gesagt luxuriöses Anwesen. Auf die Frage Herrn Plasbergs, ob Herr Prost dieses Anwesen einsetzen würde, um die Krise zu überstehen, bejaht er und fügt hinzu, dass er sein Schloss verkaufen würde, bevor er jemanden entlassen würde (11:05-11:15).

Herr Prost bietet ein werteorientiertes, moralisches Thema zur Diskussion an. Auffällig ist sein Bezug zu sich selbst, der sich darin äußert, dass er sich traut, eine Meinung zu äußern („ich finde…“). Er benutzt viele moralisch behaftete, negativ konnotierte Begriffe (unfair, ungerecht, unanständig) und möchte damit in die Konfrontation gehen. Seine Motive dafür bleiben unklar. Offen drückt Herr Prost lediglich seinen Frust über die seiner Meinung nach unmoralischen Verhältnisse innerhalb der deutschen Privatwirtschaft aus. Seine versuchte Konfrontation, die in

einen Konflikt münden könnte, sofern sie denn angenommen wird, spielt sich notgedrungen auf der Beziehungsebene ab. Herr Hüther nimmt weder die Wertediskussion noch die Konfrontation an. Seine Argumentation verharrt pragmatisch auf der technisch-ökonomischen Sachebene, in sicherer Distanz zu Herr Prost. Auffällig ist, dass Herr Hüther ständig in der „Wir-Form“ spricht. Das lässt darauf schließen, dass er sich stark mit dem herrschenden ökonomischen Wirtschaftssystem identifiziert.[15] Diese totale Identifikation mit den herrschenden Verhältnissen, von denen er materiell und psychosozial profitiert, erlaubt es ihm nicht, eine Diskussion zu führen, die das Wirtschaftssystem und damit seine psychische Stabilität gefährden könnte. Der fehlende Innen-Außen-Bezug Herrn Hüthers wird deutlich: Der (kritische) Blick nach Innen bleibt aus, wodurch seine Ausführungen über die äußeren Verhältnisse undifferenziert erscheinen. Bemerkenswert ist, dass Herr Hüther an einer Stelle moralisch argumentiert („In einer solchen Situation versuchen Unternehmen in der ganz überwiegenden Zahl sehr *verantwortlich* damit umzugehen. Ich kann mir nicht vorstellen (…) *dass es leicht ist*, Arbeitsplätze abzubauen und freizusetzen“). Seine moralischen Argumente zielen jedoch nicht auf die moralische Verantwortlichkeit einzelner Unternehmer. Stattdessen verweist er unkritisch auf die Situation der Unternehmen, während er jenen als technisch-ökonomische Kategorien quasi-moralische Fähigkeiten andichtet. Sein Verständnis von Verantwortung ist nicht nur ein ökonomisches, sondern – genauer gesagt – einem *hypostasierenden* Denken[16] verpflichtet: Es sei, so Hüther, für ein *Unternehmen* unverantwortlich und schwierig, Arbeitsplätze abzubauen, weil es nach der Krise wieder wettbewerbsfähig sein müsse, nicht weil es für den *Unternehmer* unmoralisch wäre, einen verzweifelten Menschen auf die Straße zu setzen. Herr Hüther offenbart eine Beschränkung im Denken in Hypostasen. Das entlastet ihn, sich mit der moralischen Verantwortung der Unternehmer auseinanderzusetzen. Es ist zu vermuten, dass es Herrn Hüther aufgrund seiner Identifikation mit den Unternehmern ebenfalls entlastet, sich mit seiner eigenen moralischen Verantwortung auseinanderzusetzen.

[15] Herr Hüther ist der Direktor des Instituts für Deutsche Wirtschaft, ein arbeitgebernahes Institut, das von der Privatwirtschaft subventioniert wird.
[16] vgl. den Exkurs zum Neoliberalismus, S. 25f

Bemerkenswert ist m. E. auch, dass die weiteren (recht aufgeregten) Formulierungen von Herrn Prost ebenfalls auf dessen Identifikation mit herrschenden Verhältnissen schließen lassen. Mag er moralisches Fehlverhalten an den Pranger stellen wollen, scheint er stark identifiziert mit dem (neo-) liberalen Wettbewerbs- und Leistungsprinzip, das das flexible, leistungsorientierte Subjekt auf einen Sockel hebt („mehr schaffen, Gas geben, mehr leisten, härter arbeiten, länger arbeiten“).[17]

Ich möchte nunmehr versuchen, die bisherigen Überlegungen anhand weiterer Dialoge zwischen Herr Hüther und Herr Prost zu untermauern und zu präzisieren. Etwa fünf Minuten später nach dem obigen Dialog führt Herr Prost aus:

> „*(…) ich war schon mal arbeitslos, ich weiß wie bitter es ist, nicht arbeiten zu dürfen, kein Geld zu verdienen (…) man ist ausgeschlossen aus der Gesellschaft, man ist ausgeschlossen von Freunden, es tut alles sehr, sehr weh. Ich bin Kfz-Mechaniker von Beruf, ich habe mich, wie man so schön sagt, hochgearbeitet, fleißig, anständig und hab nur versucht, gut zu den Menschen zu sein. Und heute sind die Menschen immer auch gut zu mir, sind gut zur Firma und das ist unser Erfolgsgeheimnis. (…).*“ (16:05-16:34).

Herr Hüther entgegnet:

> „(…) *es seien mir zwei Hinweise gestattet. Von dieser Krise gibt es Differenzierungen. Es gibt Unternehmen, die solche Möglichkeiten haben (…). Und sie haben andere, die einfach 80% zum Teil Wegbruch haben (…). Das Zweite, ich bin nicht ganz glücklich mit diesem immer so einfachen Gegenüberstellen von Familienunternehmen und Kapitalgesellschaften. Es gibt in beiden Bereichen große Geschichten des Erfolgs und große Geschichten auch des Versagens (…). Es ist ja gar kein Wunder, dass wir dort* [in Familienunternehmen, Anm. M. W.] *auch sehr viel mehr wahrnehmen, hier ist eine längere Tradition, das ist ja auch sehr wichtig und bedeutungsvoll, aber: (…). Im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung brauchen wir einfach Großunternehmen. Das ist aus dem Wettbewerb, aus den Spezialisierungsmustern abzuleiten (…). Ich bitte das mal sehr viel genauer zu betrachten (…)*“ (17:48-19:15).

[17] An dieser Stelle wäre meiner Ansicht nach die Frage berechtigt, wie Herr Prost denn mit Menschen umgehen würde, die diesem Idealbild aus welchen Gründen auch immer nicht entsprechen.

Herr Plasberg versucht Herrn Hüther klar zu machen, dass es nicht darum ginge, Kapitalgesellschaften gegen Familienunternehmen auszuspielen (19:20), wird aber von Herrn Hüther unterbrochen:

> *„(…) doch, doch, die Konnotation ist ganz klar ‚Familienunternehmen sind per se gut' (…)"*. (19:30)

Herr Plasberg startet einen zweiten Versuch, die Debatte von der sachlich-pragmatischen Kommunikationsebene Hüthers auf eine Verständigung suchende Wertediskussion umzuleiten:

> *„(…) wir haben ja gesehen, wenn wir eine Wertediskussion führen, dass (…) durch Quartalsergebnisse und andere Zwänge (…) eine Unkultur eingezogen ist. Jetzt sind wir auf der Suche, wo sollen denn die Werte her kommen (…)?"* (19:39-19:50).

Herr Hüther erwidert seinem Muster entsprechend konsequent, aber leicht irritiert:

> *„Es gilt ja in jedem Unternehmen, dass sie sich gemeinsam den Problemen stellen, nur wo diese Unternehmenskultur nicht da ist – aber das ist auch keine Gewähr, dass sie diese zwingend in Familienunternehmen nur finden – das ist immer der erfolgs-entscheidende Faktor letztlich. Klar, das ist in größeren Strukturen sehr viel schwieriger zu organisieren (…). Man kann sich zusammenfinden. Wenn sie mit ein paar tausend Beschäftigten was machen, haben sie diese prägenden Möglichkeiten der Unternehmenskultur so nicht*." (19:55-20:18).

Auf Seiten Herrn Hüthers ist eine klare Verweigerungshaltung erkennbar, an einer Verständigung suchenden Auseinandersetzung etwa über Unternehmerwerte oder über den „moralisch richtigen" Umgang mit Arbeitnehmern teilzunehmen. Darüber hinaus fühlt sich Herr Hüther ganz offensichtlich genötigt, Großunternehmen und deren angeblich unmoralischeres Handeln in Schutz zu nehmen. Die für ihn notwendige totale Idealisierung des kapitalistischen Systems und den darin agierenden (Groß-) Unternehmen wäre gefährdet, würde Herr Hüther sich auf einen Diskurs einlassen, der dieses Idealbild in Frage stellen könnte. Würde Herr Hüther sich und seine Außenwelt kritisch betrachten, müsste er sein narzisstisches Größen-Selbst, das in der Idealisierung des herrschenden Wirtschaftssystems gründet, in Frage stellen. Er könnte damit einhergehende Unsicherheiten, resp. Angst und unlusterzeugende Befindlichkeiten nicht mehr durch die Instrumentalisierung der idealisierten Außen-

welt vermeiden. Die Gefahr einer narzisstischen Kränkung wäre die Folge. Die antrainierte Selbstsicherheit, die sich aus der erfolgreichen Instrumentalisierung einer idealisierten Außenwelt ergibt, ein Gefühl der Selbstsicherheit, das seine psychische Stabilität garantiert, liefe Gefahr, verloren zu gehen. Aus dieser Sicht bleibt Herrn Hüther nichts anderes übrig, Wege zu finden, sich gegen die konfrontativen Versuche der Herren Prost und Plasberg, seine idealisierte Außenwelt zu infiltrieren, erfolgreich abzuschirmen. Herr Hüther ist offensichtlich darum bemüht, sich konsequent und nur in der technisch-pragmatischen Logik zu bewegen, ohne freilich diese wirklich von der moralischen Ebene zu lösen. Die technisch-pragmatische Logik lässt sich weder auf der Beziehungsebene noch mit moralischen Debatten problematisieren und schafft dadurch, dass sie nie und nimmer der Verständigung suchenden Auseinandersetzung zugänglich wird, eine sichere Distanz.

Verständigung suchende Diskussionen über moralische Maßstäbe und deren Reflexion (ethische Diskussion) erfordern die Akzeptanz autonomer, anders denkender Subjekte und die Bereitschaft, sich konfrontieren, d. h. auch kritisieren zu lassen. Das setzt aber voraus, dass alles in Frage stehen darf, auch das herrschende Wirtschaftssystem. Herr Hüther ist in den vorliegenden Dialogauszügen nicht in der Lage, eine Innen-Außen-Differenzierung herzustellen, so dass intersubjektive, beziehungsorientierte Kommunikation möglich werden könnte. Stattdessen kennt er seinen Gesprächspartnern zum Schutz seines narzisstischen Instrumentalisierungswahns die autonome Subjektivität ab. Er selbst versucht sich vordergründig in moralischem Argumentieren, wenn er etwa die Bedeutung der Familienunternehmen und ein gegenseitiges Wahrnehmen hervorhebt. Oder wenn er wie oben beschrieben die (ökonomische) Verantwortung von Großunternehmen hervorzuheben versucht. In beiden Fällen folgt unvermittelt die Rückkehr zu zweckrationalen ökonomischen Argumentationsmustern, ohne dass er eine Grenzziehung zwischen Moral und Ökonomie ziehen oder begründen würde. Zweckrational deshalb, weil Herr Hüther so die Sicherstellung kommunikativer Verweigerung mit moralischem Argumentieren gelingt und durch jene versucht, eine Debatte über eine systemverändernde Praxis zu verhindern (vgl. hierzu Greß 1995, S. 114). Durch die gemeinsame Nutzung von technisch-ökonomisch-pragmatischer Logik und moralischer Begriffe gelingt Herr Hüther die *(Ver-)Moralisierung ökonomischer Kategorien*, eine Strategie, mit der unter-

schwellig die Zweckrationalität ökonomischer inhumaner Entscheidungen – auf der Grundlage des herrschenden Wirtschaftssystems – legitimiert wird. Man denke wieder an den Begriff der „Zumutbarkeit“ im SGB II, ein moralischer Begriff im Kontext ökonomischer Rationalität, der juristisch abgesichert nicht weiter diskutiert werden kann.

Herr Prost scheint sich neben seiner offensichtlichen Identifizierung mit dem leistungsorientierten, flexiblen Individuum auch mit den von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern identifizieren zu können. Grundsätzlich scheint er nicht von einem demotivierten, „faulen Sozialparasiten“ auszugehen. Überdies spricht er von seiner eigenen Arbeitslosigkeit und von den Gefühlen, die er dabei empfunden hat, etwa dass es „bitter war“, nicht arbeiten zu dürfen, dass es „weh getan hat“, von der Gesellschaft und von Freunden ausgeschlossen gewesen zu sein. Sein Blick geht sichtbar nach Innen, wenn er seine damaligen Gefühle nochmals aktualisiert, um sie anschließend in den neuen Kontext der Auseinandersetzung (nach Außen) fließen zu lassen. Das ist dem Ansatz dieser Arbeit zufolge zumindest ein wichtiger Anfang, eine wichtige Fähigkeit, eine Voraussetzung, soziale Kompetenz zu entwickeln, zumindest der Ansatz und die Voraussetzung für eine gelingende Innen-Außen-Differenzierung. Kurzum, rückt man die Kommunikationsebene ins Zentrum der Analyse, sind die beschriebenen Differenzen zwischen Herrn Hüther und Herrn Prost unübersehbar. Nachfolgender Dialog, etwas später in der Sendung, soll die bisherigen Interpretationen weiter untermauern.

Zunächst wendet Herr Hüther ein:

> *„(…). Wir müssen uns eines auch klar machen: wir reden so ein bisschen, als könnten wir uns eine heile Welt vorstellen, wo niemand entlassen wird. Im normalen wirtschaftlichen Ablauf gibt es immer Strukturwandel, wo Unternehmen keine Nachfrage mehr finden, das heißt Arbeitsplätze müssen sich immer im Wettbewerb rechtfertigen und es kann sein, dass das dann halt im Wettbewerb eben nicht mehr so ist (…). Es kann halt passieren, in der Konjunkturkrise, aber auch strukturell bedingt, dass es* [das Unternehmen!, Anm. M. W.] *Arbeitsplätze abbauen muss; das ist nicht ein böser Wille, es kann auch einfach Ausdruck von Notwendigkeit sein*.“ (44:17-44:56).

Daraufhin spielt Herr Plasberg einen redaktionellen Beitrag ein, der eine Studie[18] von Herrn Hüthers "Institut für Deutsche Wirtschaft Köln" näher beleuchtet und die Ergebnisse in Frage stellt. Herr Hüther gerät unter Druck, nicht zuletzt durch die Hartnäckigkeit Plasbergs. Zunächst versucht er die Studie sachlich zu rechtfertigen, und fügt anschließend hinzu:

> *„(…). Diese Studie ist ein Beitrag zu diesem Diskurs (…). Dass das auch immer zu diskutieren ist, das ist völlig unstreitig, da habe ich überhaupt kein Problem damit.“* (48:47-49:25).

Herr Plasberg richtet die anschließende Frage an Herrn Prost:

> *„Herr Prost, welche Wirkung hat der Kündigungsschutz bei Ihnen?“* (49:26-49:28).

Herr Prost scheint die Frage nicht vernommen zu haben:

> *„Das ist genau der Grund, warum die Menschen die Schnauze voll haben, von Führern, von Politikern, von Wirtschaftsweisen (…) die Menschen wissen nicht, wie sie ihre Kinder zum Studium schicken sollen und Sie* [Herr Hüther] *erklären uns den Unterschied bei empirischen Studien (…)“* (49:28-49:45).

Herr Plasberg nimmt Herrn Hüther in Schutz, schließlich habe er nur auf die Frage nach der Studie geantwortet. Herr Patzelt schließt sich jedoch den Ausführungen Herrn Prosts an und drückt auch sein Unverständnis für die sachliche Diskussion über den Kündigungsschutz aus. Herr Hüther reagiert nach altbekanntem Muster: *„Damit wir das auch richtig definiert haben (…).“* (ab 51:18)

Der Dialog beginnt mit den gängigen ökonomischen Argumenten Hüthers, die wieder in einer *(Ver-)Moralisierung technisch-ökonomischer Kategorien* enden: Es sei kein böser *Wille der Unternehmen* (Hypostase), jemanden zu entlassen, vielmehr strukturell bedingt ein Ausdruck von *Notwendigkeit* (Moralisierung). Herrn Hüther gelingt die Unantastbarkeit des herrschenden Wirtschaftssystems, denn das Strukturelle, der ökonomische Kontext, wird der Auseinandersetzung entzogen und kann nicht mehr hinterfragt werden. Die Kategorien „Markt“ und „Wettbewerb“ in der herrschenden Form postuliert Herr Hüther als absolut. Dadurch versucht er alles

[18] Diese Studie will durch Befragungen von Unternehmen gezeigt haben wollen, dass der Kündigungsschutz die Unternehmen davon abhalten würde, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der redaktionelle Beitrag von hart aber fair lässt einen Experten für empirische Befragungen zu Wort kommen, der begründet, warum die Ergebnisse dieser Studie verfälscht und damit ungültig seien.

Abweichende, insbesondere Diskurse über moralische Fragen des Umgangs mit Ausgegrenzten, zu unterbinden, ohne es ausdrücklich zu fordern. Herr Hüther gelingt es vorauseilend, für ihn bedrohliche systemhinterfragende Diskurse zu unterbinden. Er trotzt jedem Versuch der Herren Prost und Patzelt, sich bewusst und ausdrücklich auf der Beziehungsebene zu bewegen, indem er konsequent pragmatisch-technische Argumentationsformen betont und moralische Argumente nur in Gestalt hypostasierenden Denkens eine Chance haben.

Herr Prost mag dies alles leider nur gespürt haben. Und weil er es nur spürt, nimmt er, sichtlich aufgewühlt, frustriert und wütend, die eigentlich rein sachliche Frage Herrn Plasbergs, wie denn in seiner Firma mit dem Kündigungsschutz umgegangen wird, nicht wahr. Stattdessen schimpft er unbesonnen drauf los und versucht wieder Herrn Hüther auf der Beziehungsebene zu treffen. Vergeblich. Die Folge: er sieht sich in der Defensive, er fühlt sich nicht ernst genommen. Jeder Versuch von Herr Prost, aber auch von den Herren Patzelt und Klomfaß, die Diskussion über moralisch-ethische Fragen zu führen, wurde von Herrn Hüther tatsächlich weder ernst genommen noch anerkannt, vielmehr mit einer rational-sachlichen Fassade aus der sicheren Distanz heraus abgewertet (vgl. hierzu Greß 1995, S. 115). Ganz offensichtlich mit Erfolg. Das vermochte auch ein souverän auftretender Moderator Plasberg nicht zu verhindern.

Versucht man bis hinter die Beziehungsebene der beiden Herren Hüther und Prost zu blicken, lassen sich dem subjekttheoretisch-hermeneutischen Ansatz dieser Arbeit zufolge abschließende Überlegungen anstellen: Herr Prost gelingt es nicht, eine zu verhandelnde Sache (z. B. wie gehe ich als Unternehmer mit von Armut und Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen um) konstruktiv und verständigungsorientiert auf der Beziehungsebene zu transportieren. Das kommt durch seine meist aggressiven und von Vorwürfen geprägten Äußerungen zum Ausdruck. Herrn Hüther gelingt das freilich auch nicht, mit dem Unterschied, dass er auch nichts außer ideologische Agitation transportieren möchte: nur die pragmatische Sachebene außerhalb der Beziehungsebene im Blick, ohne freilich die Beziehungsebene jemals ganz zu verlassen: Sie kommt dadurch zum Ausdruck, dass er technisch-ökonomische Kategorien vermoralisiert, in Hypostasen verwandelt, um sich von eigenverantwortlichen, moralischen Erwartungshaltungen zu entlasten. Kurzum, in seinem Denken schwingt die Beziehungsebene mit („ich stehe über dir, Prost, die universell gültigen (Markt) Normen, die wir alle aner-

kennen müssen, auch du, geben mir Recht. Deine Argumente sind also gegenstandslos; dich kann man nicht ernst nehmen.“), nicht zuletzt in und durch die Reaktion seines Gesprächspartners Prost, der spürt, dass Herr Hüther sich für gelebte Moral nicht zuständig fühlt. Gerade dies kann Herr Prost nicht sachlich rüberbringen, schon gar nicht auf der Beziehungsebene. Das mag zum einen an seiner uneingestandenen Identifikation mit dem herrschenden Wirtschaftssystem und dessen Normen liegen: Die Systemfrage darf nicht gestellt werden und wenn, nur scheinbar, sprich: in den Grenzen des zur Disposition stehenden herrschenden Systems. So dass Herr Prost nicht sieht, dass im Kontext des herrschenden Systems Herrn Hüthers Argumente („um im Kontext der auf Kapitalverwertung zielenden herrschenden Wirtschaftsordnung auch langfristig wettbewerbsfähig bleiben zu können, muss ein Unternehmen Leute entlassen“) in sich stimmig sind, wenn auch diese Argumente „nicht kritisierbar“, d. h. zirkelschlüssig daherkommen. Auch das kann Herr Prost im Diskurs nicht transportieren.

Zum anderen nimmt er dadurch, dass er sich nicht ernst genommen fühlt, nur sein erschöpftes Selbst wahr, nicht in der Lage etwas zu transportieren, außer die Beziehungsfrage als solche. Diese formuliert er indirekt aggressiv („das ist der Grund, warum die Menschen die Schnauze voll haben (…)“). Am liebsten würde er vielleicht sagen wollen: „Ich fühle mich nicht ernst genommen. Ich bin gekränkt und sauer!“

4.3 Diskursanalyse II: Yes, we Kahn

Ein wesentliches Ergebnis der diskursanalytischen Studie aus „hart aber fair“ war eine beobachtbare Tendenz auch in sachlich-pragmatischen Kommunikationsformen, und zwar die (Ver-) Moralisierung ökonomischer Kategorien, die jede weitere Analyse uneingestanden abwürgt. Mit einem kleinen Beitrag aus einer Sendung „Maybrit Illner“ möchte ich dies abschließend verdeutlichen.

Die Sendung „*wo sind die neuen Mutmacher*?“[19] wurde am 19.02.2009 anlässlich der Wirtschaftskrise ausgestrahlt. Zu Gast war unter anderem der „Torwart-Titan“ Oliver Kahn.

Moderatorin Maybrit Illner führte in die Sendung wie folgt ein:

> *„(…)angesichts der Wirtschaftskrise ist vielen das Lachen vergangen. (…) Ludwig Erhard (…) hat immer betont, Wirtschaft ist zu 50% Psychologie. Ist sein unverbesserlicher Optimismus (…) das geeignete Rezept (…) oder haben die knallharten Realisten recht? (…) Hilft Optimismus in der Krise oder gar aus der Krise und wenn ja, woher nehmen wir den? Darüber reden wir heute. (…).“* (00:25-01:05)

Nach einem kurzen redaktionellen Beitrag kam gleich Oliver Kahn zu Wort. Er verwies zunächst darauf, dass große Unsicherheit unter den Bürgerinnen und Bürgern herrsche und auch die Experten nicht wüssten, was die genauen Konsequenzen der Wirtschaftskrise seien. Frau Illner wollte aber wissen, wie sich Herr Kahn ganz persönlich fühle; sie fragte:

> *„(…) Hat ein Titan eigentlich Zukunftsangst, machen Sie sich Sorgen?“* (03:18-03:22).

Daraufhin griff Herr Kahn ganz tief ins Nähkästchen seiner beruflichen Erfahrungen als Fußballer und antwortete:

> *„Nein. Ich glaube, dass gerade der Sport einem sehr viele Dinge beibringt. Ich hab ja im Sport sehr viele Dinge auch erlebt. Großartige Erfolge, große Emotionen, aber natürlich auch das Gegenteil davon.* [Ich habe] *auch immer wieder gespürt, was es letztlich heißt, Niederlagen bewältigen zu müssen oder Rückschläge bewältigen zu müssen. Und gerade im Sport ist es ganz eklatant zu spüren, wenn man frustriert ist, wenn man glaubt es geht nicht mehr weiter (…), dann trotzdem immer wieder aufzustehen, immer wieder zu analysieren, immer wieder zu schauen, was kann ich verändern, vielleicht war der Weg, den ich gegangen bin (…) nicht optimal, vielleicht muss ich ein paar Dinge justieren, um weiter auf dem Weg zu meinen Zielen vielleicht voran zu kommen, immer wieder Mut zu schöpfen, immer wieder sich helfen zu lassen, (…). (…) nach Vorne zu schauen und immer an das Machbare zu glauben, immer an das zu glauben, was möglich ist.“* (03:24-04:27).

[19] Link zur Sendung: http://www.zdf.de/ZDFmediathek/content/696996?inPopup=true

Einen Tag nach der Sendung meldete sich das Magazin *„Stern“* kritisch gegenüber jener zu Wort und formulierte ironisch:

> *„Verliert die Wirtschaft, wächst der Mensch. Das* [der Inhalt der Sendung, Anm. M. W.] *war ein Quantum Trost für all jene, die leider keine Millionen im Fußball verdient haben und nun um ihren Job, um die Ausbildung ihrer Kinder, um ihr Auto und ihr Haus bangen müssen. Steht auf! Macht weiter! Ihr werdet wachsen!*“
> (Stern-online vom 20.02.2009)

Dem ist kaum etwas hinzuzufügen. Fragen nach dem herrschenden Wirtschaftssystem, aus dessen systemstrukturellen Defiziten die Wirtschaftskrise hervortrat, Fragen nach den sozialen und ökonomischen Verwerfungen, die die Wirtschaftskrise mit sich bringt, werden durch solche Redewendungen von vornherein abgewürgt. Das technisch-ökonomische System ist der Analyse durch eine (Ver-)Moralisierung technisch-ökonomischer Kategorien, durch deren Hypostasierung, entzogen. Doch verweist nicht nur die Aussage Oliver Kahns auf eine Hypostasierung des Wirtschaftssystems, sondern schon im Ansatz das gewählte Thema der Sendung durch seine Fragestellung (*„wo sind die neuen Mutmacher*?“) im Kontext der Wirtschaftskrise. Die Aussage Herrn Kahns zeigt lediglich symptomatisch das, was in vielen anderen Diskursen zu beobachten ist. Statt sich den ökonomischen Kategorien (Wirtschaftskrise, ökonomischsystem-strukturelle Bedingungen, ökonomische Dysfunktionalitäten und daraus resultierende soziale Verwerfungen) zuzuwenden und der Analyse zugänglich zu machen, wird Oliver Kahn das Wort überlassen, auf dass er seine Erfolgsgeschichte offenbare und damit zeige, wie es in der Wirtschaft wieder aufwärts gehen würde. Der Diskurs lebt von sich selbst, er dreht sich im Kreis; den Aussagen Kahns kann nichts von Substanz folgen. Der Diskurs lässt jeden kritikbedürftigen Zuschauer allein in und mit seinen Fragen, Ängsten und Sorgen. Man nimmt Menschen, die sich Sorgen machen, ausgerechnet in Zeiten der Wirtschaftskrise nicht ernst, wenn Multimillionär Kahn an den Glauben appelliert, dass alles möglich sei, wenn man sich nur genügend anstrenge. Nach dem Motto: „jeder ist seines eigenen Glückes Schmied“; und der Umkehrschluss: „wer sein eigenes Glück nicht schmiedet, bleibt eben verdientermaßen auf der Strecke.“

4.4 Schlussbemerkungen zu den Diskursanalysen

Erst der (idealerweise kritische) Blick nach Innen ermöglicht nach dem Ansatz der vorliegenden Arbeit eine verständigungsorientierte Auseinandersetzung über moralische Fragen, wie wir etwa in der Gesellschaft mit Ausgegrenzten umgehen wollen. Den in der Regel emotionsarmen pragmatischen Äußerungen fehlt ein solcher Bezug nach Innen. Die auf dieser Basis folgende Auseinandersetzung über ein „Außen“ kann demzufolge nicht differenziert erfolgen. Ich möchte es schärfer formulieren: jede Auseinandersetzung, die auf rein sachlich-pragmatischen Argumentationsmustern ohne jeden Bezug nach Innen basiert, muss ohne Substanz bleiben. Fragen werden nicht verständigungsorientiert beantwortet, schon gar nicht im Hinblick auf eine eindeutige Zurechnung von Verantwortlichkeiten. Wie zum Beispiel die Frage, wer denn für die Arbeitslosigkeit verantwortlich sein mag: der Arbeitslose, die Wirtschaft oder der Staat? Behaupten die führenden Politiker: der faule Arbeitslose ist verantwortlich, handelt es sich nicht um ein Ergebnis einer Auseinandersetzung, sondern de facto um die ideologische Legitimierung inhumaner Praktiken. In der Naturwissenschaft freilich mag das nicht so sein: Wasser gefriert immer ab Null Grad Celsius, da kann man noch so viel diskutieren, es wird dabei bleiben. Aber zu glauben, es wäre mit den Kategorien Gesellschaft, Subjektivität, Markt, Wettbewerb und Ökonomie und vor allem der Moral nicht anders, ist auf der Grundlage der bisherigen Ausführungen dieser Arbeit ein Anzeichen für eine narzisstische Phantasie, in der die Fähigkeit zu erkennen und zu fühlen, das, was um einen herum passiert, zunehmend verkümmert (vgl. hierzu Naumann 2000, S. 80). Die moralische Argumentation, die der Auseinandersetzung nicht zugänglich gemacht wird und damit nie und nimmer kritisiert werden kann, wird als universal gültiger ethischer Code verkauft und damit gleichzeitig ideologisch legitimiert (vgl. hierzu Bauman 1995, S. 16). Wie Gesellschaft und Markt im Neoliberalismus, so werden Moral und universale ethische Codes zu synonymen Kategorien. Das Ende vom Lied sind regelmäßige Zirkelschlüsse, Sätze, die für sich selbst sprechen: Der 1€-Job ist „zumutbar“ und *deswegen* ist er bedingungslos anzunehmen. Unterhaltung beendet.

5 Moralisch-ethische Positionierung einer emanzipierten Sozialen Arbeit

Wird die Verständigung suchende Kommunikation in Diskursen von privilegierten Ökonomen und Politikern (anders gesagt: „von oben herab“) verweigert, insbesondere gegenüber den Ausgegrenzten dieser Gesellschaft, so geschieht dies den Ergebnissen des vorangegangenen Kapitels zufolge mit Hilfe einer in Hypostasen denkenden Mentalität. Technisch-ökonomische Kategorien werden moralisiert: ein starker Markt braucht einen starken Staat; jede „zumutbare“ Arbeit muss im Interesse eines funktionierenden (moralischen) Arbeitsmarktes angenommen werden. Kommunikative Verweigerung wird flankiert von ökonomisch-ideologischer Agitation („jeder ist seines eigenen Glückes Schmied; nur der angepasste, flexible Mensch wird bestehen“), sowie hypostasierender Argumentation („nur die spontane Ordnung des freien Wettbewerbs bringt Ordnung in das Chaos; das Unternehmen handelt verantwortlich, es fällt ihm schwer, Menschen zu entlassen, aber es ist nun mal notwendig, um wettbewerbsfähig bleiben zu können…“). Die moralische Verantwortung eines jeden einzelnen Subjekts auf der Handlungsebene, insbesondere eines Unternehmers oder Politikers, entzieht sich dadurch jeder weiteren Problematisierung.

Nicht dass das hypostasierende Gemüt des Politikers auf Moral verzichten würde. Im Gegenteil. Moralinsauer appellieren (wie im zweiten Kapitel beschrieben) viele Politiker über Faulheitsdebatten an die solidarische Moral des Ausgegrenzten, auf jedes noch so prekäre Beschäftigungsverhältnis einzugehen, um „den Steuerzahlern nicht auf der Tasche zu liegen“; notfalls mit Hilfe juristisch-administrativer Gewalt gegen den sogenannten Arbeitsunwilligen. Grundsätzlich steht dahinter (wie im dritten Kapitel beschrieben) die totale Identifizierung mit dem herrschenden Wirtschaftssystem von in der Regel auf der Beziehungsebene sehr unsicher agierenden Subjekten. Jene Identifikation erlaubt es den meist Privilegierten, ihr narzisstisches Größen-Selbst zu verifizieren, mithin ihre psychologische Stabilität durch die Instrumentalisierung der nun depersonalisierten Außenwelt zu gewährleisten. Anderen Menschen, insbesondere den Ausgegrenzten, wird dabei die autonome Subjektivität aberkannt.

Von diesen moralinsauren Denkmustern gilt es sich m. E. emanzipatorisch abzugrenzen; dazu bedarf es einer eigenen moralisch-ethischen Positionierung, die ich weiter präzisieren möchte, um sie schließlich in den Kontext der Profession „Soziale Arbeit“ zu stellen.

5.1 Moralisch-ethische Diskussion vs. Moralisieren

Die Moral, die sich auf all das bezieht, was die Sitten und Gebräuche einer Gesellschaft ausmachen, kann auf zweierlei Weise zum Ausdruck kommen: Zunächst als festes Muster von Verhaltensweisen, die von bestimmten Gruppierungen und Menschen geteilt werden (vgl. Rhefus 2003: Handwörterbuch der Philosophie, S. 473). Weiter kann Moral eine Erwartung an bestimmte Einstellungen und Haltungen von Menschen implizieren. Der zuerst beschriebene Ausdruck von Moral hegt idealerweise keinen Anspruch auf universale Gültigkeit. Der zweite Ausdruck von Moral besitzt allerdings die Tendenz zur Verallgemeinerung; die Tendenz zu einer universellen Erwartung dessen, welche Einstellungen und Haltung alle Menschen innerhalb einer Gemeinschaft ausnahmslos einnehmen müssen: „die überall anders ausgeprägte Sitte (*mos*) wird dann zur Sittlichkeit (*moralitas*), zu der jedermann aufgefordert werden kann” (ebd.). So kann die Erwartung universell gelten, dass jede Arbeit als zumutbar zu empfinden ist. Oder der „flexible Mensch“ gilt fortan universell; er kann diskursiv, mittels einer ethischen Diskussion, die Moral reflektieren möchte, nicht mehr in Frage gestellt werden. Dies zu tun, würde dann als unverzeihliche Verletzung einer moralischen Norm aufgefasst. Wir sehen: moralische Normen und ethische Werte, gehören in hegemonialen Gesellschaften unauflöslich zusammen und verstehen sich „von selbst“.

Geht man auf die *abstrakte* Ebene einer Kultur oder Gesellschaft, sind unverrückbare moralische Normen (wie z. B. „Du sollst nicht töten!” aus dem alten Testament) ein wichtiger Aspekt, ein wesentlicher Maßstab, an dem sich die Menschen orientieren können. Eine solche Aussage bezieht sich auf *alle* Menschen und ist in diesem Fall m. E. zurecht nicht mehr kritisierbar. Beziehen sich allerdings moralische Aussagen wie „jede Arbeit ist zumutbar!” auf die *konkrete* Handlungsebene sozialer

Akteure, muss eine moralisch-ethische Gegenpositionierung möglich sein, gemäß den Ergebnissen dieser Arbeit sogar zwingend, auch wenn diese Aussagen bereits in sich geschlossen legitimiert sind, etwa durch juristische Absicherung im SGB II. Jede dann angebotenen moralischen Argumente und darüber reflektierende ethische Diskussionen müssen aber kritisierbar bleiben. In jedem Fall muss an dem Punkt angesetzt werden, wo dieses „sich von selbst verstehen“ eines ethisch-moralischen Systems in hegemonialen Gesellschaften in Frage gestellt werden kann (vgl. hierzu Wieland 1996, S. 11).

Wir sehen, die moralisierende Beurteilung von Menschen und deren Handlungen birgt generell die Gefahr einer universal gültigen Sichtweise des Beurteilenden („der Arbeitslose ist ein fauler Sozialparasit!“). Dennoch müssen ethische Überlegungen moralische Urteile reflektieren können und zwar im Sinne einer Ethik, die um kommunikative Verständigung bemüht ist, mit dem Ziel, Maßstäbe in Gestalt moralischer Werte zu (re)konstruieren, die der weiteren kommunikativen Überprüfbarkeit und Kritik zugänglich sind. Praxisbezogen formuliert: „Ethische Kommunikation besteht darin, von den problematischen oder konfliktbehafteten Lebenssituationen auf die dahinter liegenden, individuellen oder kollektiven Lebensentwürfe zurückzugehen und die darin enthaltenen grundlegenden Wertungen der Begründung, Kritik und Abwägung *zugänglich zu machen*.“ (Schmid Noerr 2001, S. 25). In diesem kommunikativen Prozess sollen Fragen der Grundlegung menschlichen Handelns geklärt werden, die abhängig sind von Gesinnungen und inneren Einstellungen (vgl. Wieland 1996, S. 12). Jedoch um Gesinnungen und innere Einstellungen rekonstruieren zu können, braucht es dem Ansatz dieser Arbeit zufolge der Fähigkeit des reflexiven (moralischen) Blicks nach Innen, der in den Kontext der (ethischen) Auseinandersetzung fließen soll (gelungene Innen-Außen-Differenzierung). Fehlt diese Fähigkeit, die auf eine Differenzierung von Moral und Ethik zielt, kann eine substanzielle ethische Diskussion nicht stattfinden. Die pure Reproduktion bestehender normativer Grundsätze und hegemonialer Verhältnisse wäre die Folge. Mit anderen Worten herrscht absoluter Stillstand dort, wo in Zeiten wachsender sozialer Spaltungen und sozialökonomischer Missstände Bewegung wichtig wäre. Stillstand garantiert im Sinne der Privilegierten deren Status quo und die sichere Distanz, sich verständigungsorientiert nicht auseinandersetzen zu müssen. Folgerichtig kann es für diejenigen, die sich mit

den Umständen nicht anfreunden wollen (z. B. Vertreter der Sozialen Arbeit) oder können (z. B. Langzeitarbeitslose; Ausgegrenzte), nur darum gehen, nicht stehen zu bleiben und die Auseinandersetzungen zu suchen.

Hinzu kommt, in einer ethischen Auseinandersetzung besteht die Gefahr, sich in rein moralischen Argumentationsmustern zu verbeißen, also die ethische Auseinandersetzung uneingestanden zu verlassen, in der Absicht, die bestehenden (ideologiebehafteten) Verhältnisse, die man zu kritisieren glaubt, mit moralischen Argumenten zu bestärken. Eine Absurdität, die der Pädagoge und Kriminologe Michael Lindenberg scheinbar nicht wahrgenommen hat, der in seinem Sammelband „Von der Sorge zur Härte“ (2000) kritische Beiträge zur Ökonomisierung der Sozialen Arbeit anbietet. Darunter zwei eigene Beiträge, in denen er sich mit dem Begriff Ökonomie auseinandersetzt, um ihn in einen (moralischen) Kontext sozialer Integration zu stellen:

> *„In diesem etymologischen Wortsinn wird ‚Ökonomie‘ noch heute auf diese Weise gebraucht: Wirtschaft, Wirtschaftlichkeit, sparsame Lebensführung. Im sozialwissenschaftlichen Sprachgebrauch finden wir diese Verwendung heute etwa unter dem Begriff der ‚moralischen Ökonomie‘. Moralische Ökonomie bezeichnet die traditionsgebundenen Übereinkünfte darüber, welches die angemessene, das heißt an den tatsächlichen Erfordernissen orientierte Versorgung innerhalb eines kommunalen Zusammenhanges ist. Diese Übereinkunft (…) ist nicht monetär ausgerichtet, sondern an dem (moralischen) Begriff der Angemessenheit orientiert.“*
> (Lindenberg 2000, S. 38)

Lindenberg versucht anschließend darauf hinzuweisen, dass Ökonomie für ein Kind etwas anderes sei als für einen Bankangestellten. Und für den Sozialarbeiter wäre Ökonomie wieder etwas anderes. Die Soziale Arbeit müsse sich leider ausschließlich der monetären Ökonomie unterwerfen und könne dabei ihre eigene „moralische Ökonomie“ nicht durchsetzen (vgl. a. a. O., S. 38f). Zweifellos besitzt der Autor die besten Absichten, um der kalten Rationalität „monetärer Ökonomie“ eine „moralische Ökonomie“ entgegenzusetzen. Finden sich solche Absichten, eine „moralische Ökonomie“, nicht auch in den Zumutbarkeitskriterien der Hartz IV-Reformen? Gerade dort wurden die „Zumutbarkeit“, resp. die „Angemessenheit“ einer angebotenen Arbeit im Gesetz verankert und der Weg für die gewaltvolle Verwaltung „überflüssiger“ und ausgegrenzter Menschen wurde geebnet. Handelt es sich bei einer so genannten „moralischen Ökonomie“ nicht auch um den Versuch, eine Moral zu entwerfen und sie in das menschliche Verhalten einzuführen, einen geschlossenen ethischen Code

moralischer Regeln zu formulieren, dessen Einhaltung man, sollte es *„notwendig“* werden, erzwingen möchte (vgl. Bauman 1995, S. 16)?

Beziehen sich moralische Begriffe wie „Angemessenheit“, „Notwendigkeit“ oder „Zumutbarkeit“ als *universal gültig* auf die interaktive Ebene der sozialen Praxis (auf ein Subjekt oder eine bestimmte Lebensform), können sie nicht mehr in jener überprüft werden. Das, was „angemessen“, resp. „zumutbar“ ist, kann nicht für einen Betroffenen überprüft werden, der womöglich ein völlig anderes Verständnis oder (Lebens-) Gefühl von Angemessenheit besitzt als derjenige, der seine Vorstellung von *der* „Angemessenheit“ angewandt, resp. universal durchgesetzt sehen möchte.

Schon die Bezeichnung „moralische Ökonomie“ ist vor einem hypostasierenden Denken nicht gefeit, zumal wenn die (system-) technische Kategorie „Ökonomie“ personalisiert, bzw. ihr eine moralische, also menschliche Eigenschaft zugeschrieben wird. Wie in den vorigen Kapiteln beschrieben, besteht die Gefahr, dass durch ein Denken in Hypostasen ideologisch geprägte zirkuläre Debatten entstehen (hier: monetäre vs. moralische Ökonomie), ein moralischer Kampfplatz (vgl. Schmid Noerr 2001, S. 20), in dem die Verantwortung des Einzelnen nicht mehr problematisierbar ist. In diesem Fall verselbständigen sich moralische Argumente, um sich „bei Bedarf“ der weiteren kritischen (ethischen) Auseinandersetzung zu entziehen. Der kritische (moralische) Blick nach Innen und die (ethische) Auseinandersetzung im Außen sind für den Einzelnen oder die Gruppe dann unter Umständen – wenn sie genügend gesellschaftlichen Einfluss besitzen – nicht mehr gewollt. Indem Lindenberg eine „moralische Ökonomie“ postuliert, entzieht er sich sowohl der ethischen wie moralischen Auseinandersetzung, sei es mit den besten Absichten für sein Klientel, die Ausgegrenzten, ohne es vielleicht zu merken. Es muss deutlich werden: *„Ethik kann und soll nicht moralisieren“* (ebd.); und: *„es ist wichtig, ethische Überlegungen nicht mit Moralisieren zu verwechseln.“* (ebd.). Eine „moralische Ökonomie“ zu postulieren kann demzufolge nicht hinreichend sein, um einer emanzipativen ethischen Gegenpositionierung gegenüber den bestehenden ökonomisch-ideologischen Verhältnissen gerecht zu werden. Eine solche muss kritisierbar bleiben und sich in einem ständigen kommunikativen Prozess bewegen, der nicht einseitig, von oben herab, für beendet erklärt werden darf, weil er unbequem wird.

5.2 Das strukturelle und moralisch-ethische Dilemma

Die Profession „Soziale Arbeit“ bewegt sich grundsätzlich innerhalb der in dieser Arbeit beschriebenen politisch-ökonomischen und (neo-) liberal dominierten ideologischen Verhältnisse. Der postmoderne Lebensraum ist von diesen Verhältnissen und nicht zuletzt durch die Imagination eines nationalen Gemeinwohls geprägt. Die sich in diesen widersprüchlichen Verhältnissen bewegenden und wirkenden Subjekte sind tendenziell von den im dritten Kapiteln beschriebenen Auswirkungen betroffen. Oft geht es lediglich darum, psychosozial zu überleben, dabei sein Größenselbst zu schützen und zu verifizieren, nicht auf der Strecke zu bleiben, die Lebenschancen kontinuierlich gegen andere zu erhöhen. Oft bleibt dann nur die Enttäuschungsprophylaxe. Dies alles bleibt nicht ohne Folgen für die Soziale Arbeit, die es im Kontext der gesellschaftlichen Missstände vorwiegend mit gescheiterten Hilfebedürftigen und ihrer Lebenswelten zu tun bekommt. Sie steht zudem im Dienste einer dysfunktionalen Systemwelt, die das Amoralische aus sich selbst heraus produziert. Hinzu kommt: Hilfebedürftige, die von den sozial-ökonomischen Verwerfungen betroffen sind, treffen im Feld der Sozialen Arbeit auf einen „Teil der juristisch-administrativ-therapeutischen Staatsapparate, die jede Lebenslage in eine Verwaltungslogik pressen, bevor evtl. Hilfe zuteil wird.“ (Naumann 2009, S. 59). Die Soziale Arbeit kämpft jedoch auf der anderen Seite buchstäblich um jede noch so kleine Leistung des sogenannten Wohlfahrtstaates (vgl. ebd.). Sie reibt sich auf in den Auseinandersetzungen mit staatlichen Instanzen, die diese Leistungen aufgrund prekärer Haushaltslagen verweigern oder abbauen wollen. Es wird deutlich: Den meisten ambivalenten, hilfesuchenden Subjekten steht eine ebenso ambivalente, hilfesuchende Soziale Arbeit gegenüber, die mit Glaubwürdigkeitsproblemen zu kämpfen hat: Auf der einen Seite möchte sie die Ökonomisierung des Sozialen, insbesondere der sozialen Dienste der (konstruktiven) Kritik unterziehen. Auf der anderen Seite jedoch bedient sie sich in der sozialen Praxis zunehmend betriebswirtschaftlicher Instrumente wie z. B. dem Case Management (vgl. Galuske 2007, S. 351). Sich diesem Glaubwürdigkeitsproblem zu stellen, kann m. E. nur durch eine moralisch-ethische Auseinandersetzung geschehen. Diese umfasst zunächst die Auseinandersetzung mit dem strukturellen Dilemma, der Ökonomisierung der Sozialen

Arbeit, aber auch – und das ist nach dem Ansatz dieser Arbeit zentral – mit den ideologischen Einflüssen hegemonialer und ideologisierender Strömungen, die auch die vermeintlich aufgeklärten Philanthropen der Sozialen Arbeit zu infiltrieren imstande sind. Dass man nur mit den besten Absichten Hilfestellungen zu leisten glaubt, dabei aber schnell in den Diensten der Staatsapparate die gewaltträchtige Verwaltung von Ausgegrenzten unterstützt und mit vollzieht, habe ich an mehreren Stellen dieser Arbeit deutlich gemacht. Schnell wird eine inhumane Handlung „notwendig“, „alternativlos“, „angemessen“ oder gar „zumutbar“. Natürlich muss jeder selbst entscheiden, wie er sein (berufliches) soziales Engagement verstehen möchte. Er sollte aber wissen, dass die Gefahr ideologischer Agitation und einer (Ver-) Moralisierung ökonomischer Kategorien immerzu virulent ist, dazu angetan, den Professionellen und die sozialen Institutionen von Verantwortung zu entlasten, gegenüber Kritik zu immunisieren, mit der Folge: oftmals dem Hilfsbedürftigen mehr zu schaden als zu helfen.

Die ideologischen Einflüsse wurden bereits beschrieben. Bevor ich mich um eine eigene ethisch-moralische Positionierung mit emanzipativem Anspruch bemühe, möchte ich zunächst das strukturelle Dilemma der Ökonomisierung der Sozialen Arbeit etwas ausführlicher skizzieren.

5.2.1 Soziale Arbeit zwischen Fördern und Fordern

Die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit ist entscheidend durch den Wandel des Sozialstaatsmodells zu einem Wettbewerbsmodell gekennzeichnet (vgl. Hanesch 2005, S. 29). Das Wettbewerbsmodell in Reinkultur sieht vor, sich durch die Neuordnung der Sozial- und Gesundheitsdienste gewinnorientiert am Markt zu positionieren. So sollen etwa gleiche, nun nach Gewinn strebende Produktionsbedingungen für alle Träger, bzw. Anbieter zugelassen werden. Damit einher gehen die Aufhebung des Vorrangprinzips der freien Wohlfahrtspflege, mithin mehr private denn öffentliche Finanzierung, die Dezentralisierung der sozialen Dienste auf kommunaler Ebene und stärkere Kontrollen über Leistungsnachweise (vgl. a. a. O., S. 31f). Waren soziale Hilfen bislang dem Wettbewerb entzogen, gelten nun zunehmend dieselben Regeln des

freien Wettbewerbs. Zieht man exemplarisch die freie Wohlfahrtspflege als freigemeinnützige Trägerschaft heran, kann der Wandel zum Wettbewerbsmodell unter Betrachtung der dort angewendeten fachlichen Instrumentarien beobachtet werden. Jene umfassen bei steigender Markt- und Leistungsorientierung zunehmend betriebswirtschaftliche Steuerungs- und Kontrollinstrumente, die im Dienste von Effektivität und Effizienz des nunmehr so bezeichneten Dienstleistungsangebots stehen (vgl. a. a. O., S. 38).

Dieses Prinzip der „Neuen Steuerung“ kennzeichnet die um sich greifende Verwaltungsmodernisierung der sozialen Dienste. Die neuen Steuerungsmodelle zielen auf das Verhältnis von Politik und Verwaltung nach dem Muster von privaten Geschäftsbeziehungen und gewinnmaximierender Unternehmensführung (vgl. Galuske 2007, S. 346). Zunächst geht es darum, Art, Umfang und Qualität der sozialen Leistungen, resp. Produkte auszuhandeln und mittels einer Zielvereinbarung mit dem zugeordneten Träger / Finanzier festzuhalten. So kann nach Abschluss der gewährten Leistung dessen Qualität unter bestimmten Kriterien überprüft werden (vgl. Naumann 2009, S. 60). Dieser Prozess findet innerhalb des so genannten „Kontraktmanagements“ statt, nach dessen Konzeption die Verwaltungseinheiten („buisiness-units“) ihre Zielvorgaben von der Politik erhalten und anschließend die Zielvereinbarungen getroffen werden (vgl. Galuske 2007, S. 346). Dabei agieren die Verwaltungseinheiten gemäß dem Privatisierungsgedanken in Personal-, Finanz- und Organisationspolitik generell autonom; dennoch müssen sie den (politischen) Auftraggebern, die sich innerhalb der liberalisierten Wettbewerbs- und Wirtschaftsstrukturen bewegen, für alle Entscheidungen Rechenschaft ablegen (vgl. ebd). Die Kontrolle über die Leistungen, resp. Produkte erlangt die Politik über den Wettbewerbscharakter, d. h. über den zunehmenden Konkurrenzdruck zwischen mehreren Anbietern und über die Einführung von betriebswirtschaftlich orientierten Kontrollinstrumenten wie dem Controlling (vgl. Naumann 2009, S. 60).

Die Verwaltungsmodernisierung der neuen Steuerung ist zudem eine Folge der Umwandlung des Wohlfahrtsstaats in einen aktivierenden Sozialstaat. Das Programm einer aktivierten und aktivierenden Pädagogik infiltriert alle Arbeitsbereiche der Sozialen Arbeit (vgl. Galuske 2007, S. 361). Wie im zweiten Kapitel von mir bereits angerissen wurde, geht es nunmehr vorwiegend um die Verwaltung von

Ausgegrenzten. Zieht man die aus systemtheoretischer Sicht drei wesentlichen Funktionen Sozialer Arbeit heran, wird der Wandel deutlicher. Soziale Arbeit betreibt Exklusionsvermeidung dort, wo Menschen gefährdet sind, aus „normalen“ Lebensverhältnissen auszutreten. Sind Menschen bereits von Ausgrenzung und Armut aus welchen Gründen auch immer betroffen, betreibt Soziale Arbeit Inklusionsvermittlung. Ziel ist es dann, diese Menschen wieder in „normale“ Lebensverhältnisse zurückzuführen. Sind Menschen „nicht (mehr) vermittelbar“, wie es ein Fallmanager ausdrücken würde, betreibt Soziale Arbeit Exklusionsmanagement, bzw. Exklusionsverwaltung. Die Funktion der Exklusionsverwaltung dominiert im Zuge der ökonomischen Verwerfungen (vgl. a. a. O., S. 362f): „Vieles spricht mithin dafür, dass Instrumente wie Case- und Quartiersmanagement Ausdruck einer Verlagerung sozialpädagogischen Handelns hin zur Exklusionsverwaltung sind, zur Befriedung sozialer Ungleichheit, um die Verwerfungen des befreiten Kapitalismus unterhalb einer gesellschaftlichen Risikoschwelle zu halten“ (a. a. O., S. 363f). Schärfer formuliert: „Überflüssige“ Menschen, Ausgegrenzte, sollen sich nicht einmischen, keine gesellschaftliche Teilhabe einfordern, sich vielmehr politikverdrossen und resignativ ins Private zurückziehen und sich den von Gewalt geprägten Verwaltungsinstrumentarien bedingungslos unterwerfen, darüber hinaus als Sündenböcke für die gesellschaftlichen, systemstrukturellen Probleme herhalten. Freilich werden diese Forderungen nicht direkt formuliert, grundsätzlich nur aus der sicheren, weil anonymen Distanz. Der Ausgegrenzte erscheint nunmehr als ein „Kollateralopfer ökonomischen Fortschritts“ (Bauman 2005, S. 58). Darüber hinaus gibt

> *„niemand (…) die Befehle, niemand trägt die Verantwortung (…). Die Produktion menschlichen Abfalls ist nur eine Nebenhandlung wirtschaftlichen Fortschritts und trägt alle Kennzeichen eines unpersönlichen, reich technischen Geschehens. Die Hauptakteure des Dramas heißen ‚Terms of Trade‘, ‚Markterfordernisse‘, ‚Konkurrenz-druck‘. ‚Produktivitäts‘- oder Effizienz‘-Erfordernisse, allesamt Begriffe, die jegliche Verbindung mit Absichten, Willen, Entscheidungen und Handlungen wirklicher Menschen mit Namen und Adresse kaschieren oder explizit verneinen*.“ (a. a. O., S. 58f).

Fasst man dies im Zusammenhang mit Sozialer Arbeit und deren Funktion der Exklusionsverwaltung zusammen, muss m. E. auf die Gefahr hingewiesen werden, dass auch Vertreter der Sozialen Arbeit, die glauben, nur das Beste für den Ausgegrenzten

zu wollen, gefährdet sind, diesen Menschen real nicht zu helfen, stattdessen sie „unter der Hand“ als menschlichen Abfall zu behandeln und sie einer Mülldeponie zu überführen (vgl. hierzu a. a. O., S. 14). Sich dabei dennoch auf der sicheren Seite zu wähnen, kann leicht durch ideologische Verkürzungen mittels z. B. der (Ver-) Moralisierung ökonomischer Kategorien gelingen: „Der Markt macht es *erforderlich*; es ist *notwendig*, produktiv und effizient zu sein“. In diesem Kontext dem Hilfebedürftigen seine autonome Subjektivität abzuerkennen, ihn in eine mit Gewalt abgesicherte Verwaltungslogik zu pressen, lässt sich unter der Reproduktion der herrschenden ideologischen Strömungen ebenfalls legitimieren: „den Klienten in eine Maßnahme zu zwingen, ist *angemessen*, denn er ist nicht mehr fähig, autonome konstruktive Entscheidungen zu treffen.“

Hinter der Ökonomisierung der Sozialen Arbeit und ihren Diensten steht den Ausführungen im zweiten Kapitel zufolge grundsätzlich die politische Aufgabe, Kosten zum Zwecke der Belebung der Wirtschaft einzusparen, mithin das politische Bedürfnis, sozialpädagogische Interventionen in deren Qualität sichtbar, messbar und damit vergleichbar zu machen, zusätzlich die ökonomischen Prinzipien Effizienz und Effektivität einzuführen. Mit Hilfe von Instrumentarien des Qualitätsmanagements soll den Kunden gegenüber dokumentiert werden, dass das soziale Dienstleistungsunternehmen „Qualitätsanforderungen festgelegt hat und diese in rationeller Weise erfüllt“ (Galuske 2007, S. 347). An diesem Punkt kommt ein bestimmtes Klientelverständnis zum Ausdruck, das mit dem Wettbewerbscharakter und dem ökonomischen Verständnis einer sozialen Dienstleistung einher geht: Der hilfebedürftige Klient wird nunmehr als Kunde betrachtet, in der Lage, seine Hilfebedürftigkeit anzumelden und seine Leistung einzukaufen. Er wird als rational denkender und handelnder „homo oeconomicus“ gesehen, der sich einer objektiv messbaren sozialen Dienstleistung unterzieht. Würde dieses Verständnis nicht per se diejenigen Hilfebedürftigen ausgrenzen, die die Kriterien eines selbstbestimmenden Kunden nicht erfüllen (können), wäre es gar zu begrüßen: durch den Begriff des „Kunden“ würde dem Hilfebedürftigen die schambesetzte Stigmatisierung „Hilfebedürftiger“ erspart bleiben. Sozialarbeiter und Kunde könnten sich so leichter auf gleicher Augenhöhe begegnen, das Verhältnis von Macht und Ohnmacht wäre ausgewogener (vgl. Naumann 2009, S. 61).

Nun lassen sich einige wesentliche Gegenargumente formulieren: zum einen sind die sozialen Hilfen, abgesehen von den reinen Transferleistungen, ab dem Moment, wo sie von einem Hilfebedürftigen in Anspruch genommen werden, prozess- und entwicklungsorientiert, ein einfacher Sachverhalt, dessen Bedeutung ein Politiker oder Ökonom kaum nachvollziehen kann, zumal dann, wenn er ausschließlich auf ökonomische Interessen fokussiert, darüber hinaus stark mit dem herrschenden Wirtschaftssystem identifiziert und mit technisch-pragmatisch ausgerichteten Kommunikationsformen letztendlich beziehungslos aus der sicheren Distanz zu agieren gewöhnt ist. Ein Beispiel hierfür wäre der Autor Dirk Meyer, dessen wirtschafts-theoretischer Beitrag mit dem Titel *„Zur Notwendigkeit der Versorgung mit sozialen Diensten durch den Mark*t“ Einzug in die Dokumentation des 3. Fachbereichstags Soziale Arbeit an der Fachhochschule Darmstadt (jetzt: Hochschule Darmstadt) im Jahre 2005 fand. Dort wird die „Notwendigkeit“ durchgehend mit ökonomischer Theorie begründet. Da wäre etwa das sogenannte „Moral-Hazard-Verhalten“. Meyer legt viel Wert darauf, die mögliche Selbstverschuldung und Mitnahmementalität eines hilfebedürftigen Ausgegrenzten zu betonen. Private Anbieter wären vorzuziehen, weil dann

> *„die Fremdhilfe (…) lediglich subsidiär zur Abwendung von schweren, ggf. nicht selbst verschuldeten individuellen Notlagen* [greift]. *Ein Missbrauch i. S. eines Moral-Hazard-Verhaltens wird weitgehend vermieden, da eine Kontrolle privater Interessen durch private Interessen (soziale Kontrolle) stattfindet.“* (Meyer 2005, S. 5).

Den Fokus auf den Ausgegrenzten zu legen, die Verantwortung bei ihm abzuladen, um anschließend aus der sicheren Distanz heraus die Ökonomisierung voranzutreiben, ist, wie in dieser Arbeit beschrieben, ein gängiges Mittel der Privilegierten, die Auseinandersetzung mit wirklichen Problemlagen und die Analysen psychosozialer Missstände wie auch systemstruktureller Defizite zu verweigern. Herrn Meyer würde wahrscheinlich das Argument, dass soziale Hilfestellungen prozessorientiert sind, nicht wirklich interessieren. Der interaktive Prozess zwischen Helfer und Hilfebedürftigem legt – wie in dieser Arbeit in anderen Zusammenhängen beschrieben – ganz analog den Akzent auf verständigungsorientierte, fragende, gleichwohl unterstützende und grundsätzlich stark beziehungsorientierte Kommunikation. Vertreter von standardi-

sierten Evaluationsverfahren, die zu schnellen Ergebnissen kommen wollen (sie dürfen ja nicht zu teuer sein), meinen vielleicht, messbare Produkte vorzufinden. Tatsächlich bewegt sich der Verfechter des Qualitätsmanagements in einem Feld, das er nicht versteht, aufgrund seiner ökonomischen Ausrichtung nicht verstehen kann, ein Feld, das mehr einer „Qualitäts*entwicklung* entspricht, die von den Entwicklungsbedürfnissen der Beteiligten ausgeht und dementsprechend eine qualitative sinnverstehende Praxisforschung anstrebt“ (Naumann 2009, S. 61). Es wird deutlich, dass die Ergebnisse der Interventionen nicht ausschließlich der Qualität der Angebote zugeschrieben werden können. Selbst wenn Angebote der Sozialen Arbeit als soziale Dienstleistungen verstanden werden möchten, greift die soziologische Dienstleistungstheorie, die besagt, dass die prozessorientierte, personenbezogene Dienstleistung die aktive Mitarbeit des Konsumenten mit einbezieht. Produktion und Konsumtion fallen zusammen (Uno-Actu-Prinzip). Der Klient, resp. Kunde ist folgerichtig als „Ko-Produzent“ der sozialen Dienstleistung anzusehen (vgl. Galuske 2007, S. 359). Jenes ist ein „Erfahrungsgut“, dessen Erfolg oder Misserfolg erst im Nachhinein verständigungsorientiert erkennbar werden kann. Da sich Helfer und Hilfesuchender in einem gemeinsamen Entwicklungsprozess befinden, kann am Ende einer Intervention nicht herausgefunden werden, wer denn letztendlich den entscheidenden Beitrag geleistet habe, das Angebot der Maßnahme oder der Klient (vgl. Hanesch 2005, S. 30). „Insofern scheitern die Steuerungs- und Machbarkeitsphantasien von Qualitätshandbüchern schon an dieser basalen Hürde“ (Galuske 2007, S. 359).

Nimmt man wieder Abstand von diesen ökonomisch geprägten Formulierungen und Denkrichtungen, lässt sich der beschriebene Widerspruch um ein weiteres Gegenargument ergänzen: das ökonomische Prinzip der Effizienz verträgt sich de facto nicht mit dem Kern sozialpädagogischer Unterstützung, der *Entwicklung* von vertrauensvollen Beziehungen (vgl. a. a. O., S. 360). Jene benötigen Zeit, sich verständigungsorientiert auseinanderzusetzen, eine gemeinsame intersubjektive Basis für eine konstruktive Zusammenarbeit zu schaffen. Ein effizienter Zeittakt wird nicht in der Lage sein, die Beziehungsarbeit ökonomisch zu optimieren; vielmehr wird eine grundlegende Basis für eine qualitativ hochwertige Beziehungsarbeit zerstört. Denn „Vertrauen bedarf auch und gerade der Offenheit von Zeit, der Offenheit für Mögliches und die Zeittakte des anderen“ (ebd.).

Ein weiteres zentrales Gegenargument stellt sich in der bereits oben angerissenen Frage, was – unter der Herrschaft dieser ökonomischen Strukturen – mit denjenigen Hilfebedürftigen passiert, die ihre Hilfebedürftigkeit nicht artikulieren und einfordern können. Man denke an die schwer depressiven, geistig und/oder körperlich behinderten Menschen, ganz zu schweigen von denen, die aus Verzweiflung (Schamgefühle, resp. narzisstische Kränkung) den resignativen Rückzug ins Private angetreten sind. Solche Klienten passen nicht in den Typus des flexiblen Konsumenten, der genau weiß, wann und welche Hilfe für welche Problemlage am besten eingesetzt werden sollte (vgl. Hanesch 2005, S. 33). Ebenso sind sie oft nicht (mehr) in der Lage, eine selbstbestimmte Entscheidung zu fällen oder eine Bedürftigkeit anzumelden (vgl. Naumann 2009, S. 61f).

5.2.2 Soziale Arbeit zwischen Emanzipation und Anpassung

Die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit, ihrer Angebote und ihrer Instrumentarien erinnert an das, was schon auf der Kommunikationsebene zu beobachten war: die beziehungsorientierte und auf Verständigung zielende Arbeit mit Hilfebedürftigen soll ökonomischen Verwaltungstechniken weichen. Es ist für die Profiteure der herrschenden wirtschaftssystemischen Dysfunktionalitäten wichtig, dass sich emanzipative Gegenpositionen erst gar nicht bilden können. Über Stigmatisierungen und Demütigungen gelingt es den herrschenden Eliten, Ausgegrenzte ins private und resignative Abseits zu überführen. Dort verharren sie apathisch, aber auch zunehmend aggressiv. Es geht, wie oben beschrieben, um die Entsorgung überflüssiger Menschen und deren simultane Befriedung. Der resignative Rückzug möglichst vieler Ausgegrenzter soll die Stabilität hegemonialer Verhältnisse garantieren. An dieser Stelle müssen sich die Professionellen der Sozialen Arbeit die Frage stellen, wie sie mit dieser widersprüchlichen Situation umgehen wollen. Passen sie sich an, besteht die Gefahr, die eigene „professionelle Identität und fachliche Autonomie als alltagsorientierte Hilfe an der Grenze von System- und Lebenswelt“ (Galuske 2007, S. 368) aufzugeben. Die schlichte Verweigerung, sich der Verwaltungsinstrumentarien zu bedienen, verspricht

ebenfalls keine guten Aussichten, denn grundsätzlich kann man davon ausgehen, dass jemand anderes die dann entstehende Lücke auf dem sozialen Dienstleistungsmarkt füllen würde. Jener mag einen anderen fachlichen Hintergrund besitzen und wenig aufgeklärt seine inhumane Praktiken durchsetzen (vgl. ebd.). Als einzige Alternative formuliert Galuske, sich aktiv fachlich und politisch in den Prozess einzumischen, sich für die Belange der Ausgegrenzten und Hilfebedürftigen einzusetzen, sich gegen die Durchökonomisierung aller Lebenszusammenhänge zu stellen und über all dem hinaus einen „ehrlichen, ideologiekritischen Umgang mit den eigenen Angeboten, Methoden und Programmen“ (S. 369) zu wagen. Diese Überlegungen möchte ich nun präzisieren.

Dem Ansatz dieser Arbeit zufolge bedarf es dazu zum einen der Analyse bestehender hegemonialer Verhältnisse, mithin der Analyse ideologischer Strategien sowie ökonomischer systemstruktureller Bedingungen. Zum anderen bedarf es der Bereitschaft des kritisch-reflexiven, kontinuierlichen Blicks in sich selbst, resp. des Professionellen und in dessen Selbstverständnis einer professionellen Tätigkeit im Kontext Sozialer Arbeit. Ideologische Agitation, die sich nicht leicht fassbarer Strategien wie dem (Ver-) Moralisieren technisch-ökonomischer Kategorien und dem Hypostasieren bedient, gilt es den hier gewonnenen Erkenntnissen zufolge zu lokalisieren und der Auseinandersetzung zugänglich zu machen. Das bedeutet – und mag dies noch so schwer fallen – den kritischen Blick in sich selbst zu wagen, sich zu fragen, inwiefern man selbst in diese Strategien involviert ist, unbewusst mit den besten Absichten, aber dennoch, bei genauerem Hinschauen, destruktiv im Zusammenhang eines emanzipierten Anspruchs. *Dabei verlangt es nicht nach Verurteilungen oder Schuldzuweisungen.* Denn Menschen sind moralisch ambivalent (vgl. Bauman 1995, S. 23), und sie machen Fehler. Umso verständlicher ist es, wenn gewisse Vorhaben und Vorsätze nicht immer umgesetzt werden können oder scheitern. Gerade deswegen ist der kontinuierliche kritische Blick in sich selbst so wichtig, anstatt zu glauben, sich mittels Rationalität von der „Schwäche“, ambivalent zu sein, befreien zu können (vgl. ebd.).

Gelingt der reflexive, kritische Blick in sich selbst, muss es anschließend darum gehen, die Ergebnisse in einen Kontext der verständigungsorientierten Auseinandersetzung zu stellen, sich mit anderen Worten der Kritik von Außen zugänglich zu machen, eine Art Supervision, die darauf abzielt, Verantwortung im kommunikativen

Prozess zu verorten und zu übernehmen. Jene Verantwortung mögen Ausgegrenzte und Hilfebedürftige nicht (mehr) übernehmen können. Denn wie bereits in ähnlicher Form erwähnt, „passiert (…) nichts anderes als die Einsetzung heteronomer, von außen erzwungener ethischer Regeln, [die] an die Stelle der autonomen Verantwortlichkeit des moralischen Selbst [treten]“ (a. a. O., S. 26). Unter diesen Voraussetzungen ist es die moralische Kompetenz, resp. die ethisch-moralische Integrität auf der Handlungsebene, die in der Sozialen Arbeit zunehmend wichtiger wird (vgl. Schmid Noerr 2001, S. 21).

Möchte man sich zusätzlich, wie Michael Galuske und der Ansatz dieser Arbeit es fordern, in den politischen Prozess mit einmischen, muss es m. E. über die Entwicklung und die Sicherstellung der moralischen Kompetenz hinaus vor allem um das kontinuierliche Infragestellen bestehender hegemonialer und systemstruktureller Verhältnisse gehen. Dies würde bedeuten, den Gegenüber, der mittels ideologischer Agitation systemverändernde und –hinterfragende Praxis zu unterbinden versucht, ständig neu zu konfrontieren, auf dessen ideologische Strategien hinzuweisen, gleichwohl immer zu versuchen, ihn ernst zu nehmen und auf gleicher Augenhöhe die auf Verständigung zielende Auseinandersetzung zu fordern. Mag dies bei einigen, vielleicht gar bei den meisten potenziellen Diskussionspartnern, die stark mit den ökonomisierten Verhältnissen identifiziert sind, nicht gleich gelingen, kommt man nicht drum herum, die Konfrontation dennoch weiter zu (ver)suchen.

Wird jeder Versuch, den Gesprächspartner zu einer verständigungsorientierten Auseinandersetzung zu bewegen, verweigert; verharrt dieser immerzu weiter und hartnäckig in seinen gewohnten Kommunikationsformen, die lediglich einen Diskurs von „oben herab“ und damit ohne Substanz erwarten lassen, dann bleibt leider „nur“ noch der Diskurs „von unten“. Dieser wird in der Sendung „hart aber fair“ „Armutsrisiko Reichtum – Die Gutverdiener als Wahlkampfopfer?“[20] (22.04.2009) von Studiogast Willi Does eindrucksvoll umschrieben. Willi Does, der Betreiber einer Suppenküche für Obdachlose in Köln beschreibt – ganz im Sinne mit den Ergebnissen dieser Arbeit – die Stimmung der Ausgegrenzten als

[20] Link zur Sendung: http://www.wdr.de/themen/global/webmedia/webtv/getwebtv.phtml?p=4&b=222

> *„(…). eine Art Resignation, eine resignative Aggression. Ich kann das gar nicht so genau beschreiben, was sich da in den letzten Jahren entwickelt hat. Was ich schon als sehr explosiv bezeichnen möchte, obwohl es auch resignativ ist.“* (61:50-62:02).

Herr Plasberg fragt provokativ:

> *„Eine Kollegin von Ihnen in Berlin (…) musste sich den Vorwurf anhören, dass sie durch ihre Arbeit verhindert, dass es zu wirklichen Umbrüchen kommt, zu einer richtigen Revolte von unten, die ein System verändert (…).“* (62:10-62:29).

Herr Does erwidert, dass man mit diesem Vorwurf in der Tat kreativ umgehen müsse und meint darüber hinaus:

> *„(…). Es geht darum, den Finger in die Wunde zu legen, wo in den letzten 30 Jahren der neoliberale Markt (…) sagenhafte Gewinne eingefahren* [hat] *(…). Ich bin mal etwas zuversichtlich oder ich prognostiziere mal, dass sich in den nächsten 20 Jahren ganz interessante Dinge von unten her entwickeln werden (…)*“ (62:58-63:48).

Auf der einen Seite sieht Herr Does zwar Politikverdrossenheit,

> *„(…) weil wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass viele Leute resignativ sind und trotzdem angefressen (…)*“. (ab 68:30)

Auf der anderen Seite formuliert er auf Herrn Plasbergs Frage hin, worin er denn die Chancen für den armen Teil der Gesellschaft seit der Wirtschaftskrise sehen würde:

> *„Indem sie begreift, dass Politik ‚von unten‘ möglich ist und man nicht wartet, was in Berlin und Düsseldorf, in unserer Landeshauptstadt, passiert.“* (68:50-69:00)

Politikverdrossene Ausgegrenzte zu aktivieren, mithin nahe an den Ausgegrenzten agierenden Professionelle der Sozialen Dienste wie Sozialarbeiter, Pädagogen, Psychologen und Ärzte in die Auseinandersetzung mit einzubeziehen, mag eine konstruktive Herangehensweise sein, sich gegen die zunehmenden Verwaltungstendenzen, die eben diese Politikverdrossenheit bewirken, zu emanzipieren. Etwa Ausgegrenzte aufzufordern, ihre Bedürfnisse und Wünsche zu äußern, wie „unrealistisch“ sie sich auch anhören mögen. In die Kommunikation zu gehen, sich eben nicht resignativ zurückzuziehen. Menschen, die es gewohnt sind, dass sie nichts mehr zu melden haben, werden sich dabei freilich sehr schwer tun.

6 Schlussbemerkungen

Vielen Vertretern von Ökonomie und Politik geht es nicht um die menschenwürdige Behandlung benachteiligter und hilfebedürftiger Menschen. Das, so glaube ich, hat die Arbeit deutlich zeigen können. Dem neoliberalen Paradigma zufolge muss jeder arbeitslose und hilfebedürftige Mensch den Nachweis erbringen, dass ihm eine menschenwürdige Behandlung durch den Staat zusteht. Dass Hilfebedürftige aufgrund ihrer körperlich-geistig-seelischen Verfassung, zusätzlich aufgrund der gewaltvollen Erfahrungen mit den juristisch-administrativen Staatsapparaten nicht (mehr) in der Lage sind, dem Typus des „flexiblen Menschen“ gerecht zu werden, wird gerne übersehen. Über „Faulheitsdebatten“ versuchen die Vertreter von Politik und Ökonomie, Sozialabbau und Ausgrenzung den Anschein von Legitimität zu verleihen. Und das angesichts dessen, dass wir es mit einem grundlegenden Systemproblem, resp. einer auf Kapitalverwertung zielenden Wirtschaftsordnung zu tun haben, die es, bevor der Konsum ins Spiel kommt, ständig zu bewirtschaften gilt – durch den Steuerzahler, mithin die Arbeit der Bürger. Das zeigt sich jetzt, in der Wirtschaftskrise, besonders deutlich: Nicht Konsum und Arbeitsfähigkeit der Bürger, sondern faule Kredite werden aus der Arbeit der Bürger bedient. Statt sich also auf die Systemprobleme des Kapitalismus zu konzentrieren, geht es darum, diesen zu entlasten – auf Kosten von Langzeitarbeitslosen und Ausgegrenzten, die noch dazu als Sündenböcke herhalten müssen.

Ich habe versucht, um sich greifende „Sündenbockphilosophien“, moralische Diskurse, die in Zirkelschlüssen und Kommunikationsverweigerung enden, auf der Kommunikationsebene evident zu machen. Kommunikationsverweigerungen haben ihre Grundlage in der Postmoderne den gewonnenen Erkenntnissen dieser Arbeit zufolge vor allem in der (Ver-)Moralisierung ökonomischer Kategorien, mithin in einem Denken in und über Hypostasen, die leider nicht immer auf den ersten Blick erkennbar sind, nicht einmal von denen, die der Hypostase ausdrücklich kritisch gegenüber stehen.[21]

[21] vgl. den Exkurs zum Neoliberalismus S. 26f

Repräsentiert der professionelle Helfer eine staatliche Instanz (z. B. eine Arge), nach dessen Regeln eine gewaltvolle Intervention, eine repressive Maßnahme gegen den Hilfebedürftigen durchgesetzt werden soll, greift das oben beschriebene Glaubwürdigkeitsproblem. Hier existiert im Hinblick darauf, wie mit diesem Glaubwürdigkeitsproblem umgegangen werden soll, ein starkes Defizit in der sozialwissenschaftlichen Diskussion, insbesondere in der Praxis der Sozialen Arbeit, die sich m. E. allerdings zu diesem Defizit bislang nicht ausreichend bekannt hat. Ein diesbezüglicher Erkenntnisprozess ist auch durch diese Arbeit nicht abgeschlossen. Das lässt sich schon daran ermessen, dass zwar durchgehend von einem ökonomischen Systemproblem die Rede ist, ohne dieses Problem freilich in einer Weise zu explizieren, wie es eigentlich nötig wäre.[22] Im Sinne der hermeneutischen Methode ist diese Arbeit denn auch nur ein Versuch, sich mit den Problemen der postmodernen, spätkapitalistischen Gesellschaft, der in ihr präsenten historisch-spezifischen Subjektbildung und – speziell – der hegemonial-ideologischen Ausprägungen und Kommunikationsformen auseinanderzusetzen und dies alles in einen kommunikativen Kontext zu stellen. Dazu wurden vor allem subjekttheoretische Überlegungen an der sozialen Praxis, sofern sie in öffentlichen Diskursen zum Ausdruck kommen können, überprüft. Zuletzt wurden die daraus gewonnen Erkenntnisse in eine weiterführende ethisch-moralische Diskussion integriert. Dabei mögen neue Fragen auftauchen, die den Leser zwar unbefriedigt zurücklassen, aber vielleicht auch ein Ansporn sind weiterzudenken. Denn Theorie und Praxis sind m. E. gehalten, sich in der Kritik, in weiteren Auseinandersetzungen, zu entwickeln. Vor allem müssten die ökonomischen Dysfunktionalitäten präziser ins Zentrum der Analyse rücken, denn „es geht mithin darum zu verhindern, dass die durch Kapitalverwertung technisch-ökonomisch bedingte Ausgrenzung die Amoralität unmittelbar und notwendig in die sozialen Beziehungen einer Gesellschaft hineinträgt.“ (Witsch 2009, S. 84). Das heißt, es wäre sicherlich von Bedeutung, näher zu untersuchen, wie Ökonomie unter den bestehenden systemstrukturellen Bedingungen funktioniert; zum Beispiel die Frage zu beantworten, wie es zu verstehen ist, dass eine auf Kapitalverwertung zielende Wirtschaftsordnung grundsätzlich von

[22] In diesem Zusammenhang möchte ich den interessierten Leser auf das Buch „Die Politisierung des Bürgers“ (Witsch 2009) verweisen, das in einem „Exkurs zur Geldtheorie“ versucht, die von mir nur angerissenen systemstrukturellen und ökonomischen Problematiken im Spätkapitalismus zu analysieren.

Außen, resp. durch den Arbeitnehmer bewirtschaftet werden muss und dadurch unvermeidlich zu Sozialabbau und Ausgrenzung führt?

Was die Kommunikations- und Handlungsebene betrifft, so stellen sich weitere Fragen im Hinblick darauf, welche Strategien von den „Profiteuren“ dieses Systems über die in dieser Arbeit gewonnenen Erkenntnisse hinaus noch angewendet werden, um die Analyse systemstruktureller Dysfunktionalitäten und psychosozialer Folgen für Ausgegrenzte in der Öffentlichkeit erfolgreich zu unterbinden? Und lassen sich vielleicht weitere Möglichkeiten für Ausgegrenzte und professionelle Hilfen (Helfer) finden, sich konstruktiv gegenüber den beschriebenen Tendenzen zu emanzipieren, vielleicht Strategien zu entwickeln, einen gegenläufigen Trend einzuleiten? Meine Hoffnung wäre es, dass mit Hilfe weiterführender Analysen das Bild einer emanzipierten Sozialen Arbeit transparenter wird, mit Theorie gefüttert wird, hierbei die Akteure der sozialen Praxis an (moralischer) Kompetenz gewinnen, um eine emanzipierte, aber konstruktive Gegenpositionierung einzunehmen und bestehende Verhältnisse nicht immerzu weiter zu reproduzieren. Durch „Politik von unten“, nicht über Gewalt. Bekanntlich stirbt die Hoffnung zuletzt.

7 Literatur- und Quellenverzeichnis

Bauman, Zygmunt 2005: Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne, Hamburg: HIS-Verlag

Bauman, Zygmunt 1995: Postmoderne Ethik, Hamburg: HIS-Verlag

Bortz, Jürgen / Döring, Nicola 2006: Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler, Heidelberg: Springer Verlag

Busch, Hans-Joachim 2006: Das Unbehagen in der Spätmoderne. Zur gegenwärtigen Lage des Subjekts aus der Sicht einer psychoanalytischen Sozialpsychologie, in: Keupp, Heiner / Hohl, Joachim (Hg.) 2006: Subjektdiskurse im gesellschaftlichen Wandel. Zur Theorie des Subjekts in der Spätmoderne, Bielefeld: transcript Verlag, S. 205-226

Butterwegge, Christoph 2008: Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-) Politik, in: Butterwegge, Christoph / Lösch, Bettina / Ptak, Ralf (Hg.) 2008: Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2. Auflage, S. 135-219

Flickinger, Hans-Georg 2007: Das ethische Fundament der zeitgenössischen Hermeneutik, in: Krauß, Jürgen E. / Möller, Michael / Münchmeier, Richard (Hg.) 2007: Soziale Arbeit zwischen Ökonomisierung und Selbstbestimmung, Universität Kassel, S. 19-34

Freyberg, Thomas von 1996: Der gespaltene Fortschritt. Zur städtischen Modernisierung am Beispiel Frankfurt am Main, Frankfurt am Main / New York: Campus Verlag

Galuske, Michael 2007: „Wenn Soziale Arbeit zum Management wird…“. Anmerkungen zum aktivierenden Umbau der Sozialen Arbeit und seinen Niederschlägen in der Methodendebatte, in: Krauß, Jürgen E. / Möller, Michael / Münchmeier, Richard (Hg.) 2007: Soziale Arbeit zwischen Ökonomisierung und Selbstbestimmung, Universität Kassel, S. 333-375

Greß, Herbert 1995: Ein gesellschaftlich verordneter Rückzug. Über das Verschwinden der Hysterie, in: Zepf, Siegfried (Hg.) 1995: Diskrete Botschaften des Rationalen, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 84-124

Häußermann, Hartmut 2002: Global, lokal, sozial. Von der Unteilbarkeit der Stadt, in: Walther, Uwe-Jens (Hg.) 2002: Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt?, Opladen: Leske + Budrich, S. 71-84

Hanesch, Walter 2005: Sozialstaatliche Grenzen einer Vermarktung des Sozialen, in: Fachbereich Sozialpädagogik (heute Gesellschaftswissenschaften und Soziale Arbeit) der Hochschule Darmstadt (Hg.) 2005: 3. Fachbereichstag Soziale Arbeit – Ökonomisierung des Sozialen und die Zukunft der Sozialen Arbeit, Darmstadt, S. 28-43

Hartmann, Sebastian 1995: Der Tod des Subjekts – Die Vergegenständlichung des Menschen, in: Zepf, Siegfried (hg.) 1995: Diskrete Botschaften des Rationalen, Göttingen/Zürich: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 57-83

Haubl, Rolf 2007: Be Cool! Über die postmoderne Angst, persönlich zu versagen, in: Busch, Hans-Joachim (Hg.) 2007: Spuren des Subjekts. Positionen psychoanalytischer Sozialpsychologie, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 111-133

Haubl, Rolf 1996: Welcome to the pleasure dome. Einkaufen als Zeitvertreib, in: Hartmann, Hans / Haubl, Rolf (Hg.) 1996: Freizeit in der Erlebnisgesellschaft, Opladen, S. 199-224

Heckmann, Friedrich 1992: Ethnische Minderheiten, Volk und Nation: Soziologie interethnischer Beziehungen, Stuttgart: Enke-Verlag

Huster, Ernst-Ulrich 1997: Zentralisierung der Politik und Globalisierung der Ökonomie: Veränderung der Rahmenbedingungen für die soziale Stadt, in: Hanesch, Walter (Hg.) 1997: Überlebt die soziale Stadt?, Opladen: Leske + Budrich, S. 57-75

Keupp, Heiner / Hohl, Joachim 2006: Einleitung, in: ders. (Hg.) 2006: Subjektdiskurse im gesellschaftlichen Wandel. Zur Theorie des Subjekts in der Spätmoderne, Bielefeld: transcript Verlag, S. 7-28

Koch, Susanne / Walwei, Ulrich 2005: Hartz IV: Neue Perspektiven für Langzeitarbeitslose, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) 2005: Das Parlament - Aus Politik und Zeitgeschichte, Ausgabe 16/2005, S. 10-17

Lindenberg, Michael 2000: Kommerzielles Denken und Soziale Arbeit, in: ders. (Hg.) 2000: Von der Sorge zur Härte. Kritische Beiträge zur Ökonomisierung Sozialer Arbeit, Bielefeld: Kleine, S. 33-53

Merz, Friedrich 2008: Mehr Kapitalismus wagen – Wege zu einer gerechten Gesellschaft, München: Piper Verlag

Merz, Friedrich 2006: Nur wer sich ändert, wird bestehen. Vom Ende der Wohlstandsillusion – Kursbestimmung für unsere Zukunft, Freiburg: Herder Verlag, 2. Auflage

Meyer, Dirk 2005: Zur Notwendigkeit der Versorgung mit sozialen Diensten durch den Markt, in: Fachbereich Sozialpädagogik (heute Gesellschaftswissenschaften und Soziale Arbeit) der Hochschule Darmstadt (Hg.) 2005: 3. Fachbereichstag Soziale Arbeit – Ökonomisierung des Sozialen und die Zukunft der Sozialen Arbeit, Darmstadt, S. 4-25

Morgenroth, Christine 2003: Arbeitsidentität und Arbeitslosigkeit – ein depressiver Zirkel, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) 2003: Das Parlament - Aus Politik und Zeitgeschichte, Ausgabe 6-7/2003, S. 17-24

Naumann, Thilo 2009: Entwicklung in Beziehungen. Positionen einer kritischen Elementarpädagogik, unveröffentlicht

Naumann, Thilo 2003: Sozialcharakter zwischen Spätkapitalismus und Postfordismus, in: Demirovic, Alex (Hg.) 2003: Modelle kritischer Gesellschaftstheorie, Stuttgart: Metzler Verlag, S. 266-289

Naumann, Thilo 2000: Das umkämpfte Subjekt. Subjektivität, Hegemonie und Emanzipation im Postfordismus, Tübingen: edition diskord

Nordmann, Jürgen 2008: Das Prinzip des Nichtwissens im Jahrhundert der Wissenschaft. Zum Verhältnis von Neoliberalismus und liberaler Wissenschaftstheorie, in: Butterwegge, Christoph / Lösch, Bettina / Ptak, Ralf (Hg.) 2008: Neoliberalismus – Analysen und Alternativen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 111-131

Oschmiansky, Frank 2003: Faule Arbeitslose? Zur Debatte von Arbeitsunwilligkeit und Leistungsmissbrauch, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) 2003: Das Parlament - Aus Politik und Zeitgeschichte, Ausgabe 6-7/2003, S. 10-16

Ptak, Ralf 2008: Grundlagen des Neoliberalismus, in: Butterwegge, Christoph / Lösch, Bettina / Ptak, Ralf (Hg.) 2008: Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2. Auflage, S. 13-86

Rhefus, Wulff D. (Hg.) 2003: Handwörterbuch Philosophie, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht

Schmid Noerr, Gunzelin 2001: Die Förderung von Selbstbehauptung und moralischer Kompetenz, in: Sozial Extra 2001 (Ausgabe Juli/August). Zeitschrift für Soziale Arbeit & Sozialpolitik, S. 20-25

Sennett, Richard 2002: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin: Berlin Verlag

SGB II - Grundsicherung für Arbeitssuchende / SGB XII - Sozialhilfe 2005, Deutscher Taschenbuch Verlag: München, 2. Auflage

Wieland, Georg 1996: Ethik als praktische Wissenschaft, in: Honnefelder, Ludger / Krieger, Gerhard (Hg.) 1996: Philosophische Propädeutik Band 2: Ethik, Paderborn: Schöningh, S. 9-70

Witsch, Franz 2009: Die Politisierung des Bürgers – Beiträge zur Wahrnehmung und Produktion sozialer Strukturen, Norderstedt: Books on Demand

Zepf, Siegfried 1997: Lust und Narzissmus, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht

Zepf, Siegfried 1994: Formen narzisstischer Identitätsbildung, Gewalt und die neue Rechte, in: Zepf, Siegfried (Hg.) 1994: Abgründige Wahrheiten im Alltäglichen, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 113-170

QUELLEN IM INTERNET

(auf alle unten genannten Quellen wurde von mir zuletzt
erfolgreich online zugegriffen am: 11.06.2009)

BerliNews vom 11.06.1999:
Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair, von:
http://www.berlinews.de/archiv/453.shtml

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005:
Vorrang für die Anständigen – gegen Missbrauch, „Abzocke“ und Selbstbedienung im Sozialstaat, von:
http://www.harald-thome.de/media/files/Gesetzestexte%20SGB%20II%20+%20VO/Gesetzestexte%20SGB%20XII%20+%20VO/Seminare/Clement/Sozialmissbrauch_Bericht_BMWA.pdf

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.):
Das Parlament - Aus Politik und Zeit-geschichte
Ausgabe 6-7/2003, von: http://www.bpb.de/files/7K5SUG.pdf
Ausgabe 16/2005, von: http://www.bpb.de/files/R74OJH.pdf

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin 2008:
Wochenbericht Nr. 19/2008, von:
http://www.diw.de/documents/publikationen/73/82931/08-19-2.pdf

Hart aber fair – wenn Politik auf Wirklichkeit trifft, von:
http://www.wdr.de/tv/hartaberfair/sendung/index.php5

Sendung vom 06.05.2009: Job weg, Zukunft weg – was hilft gegen die Geißel Arbeitslosigkeit?, von:
http://www.wdr.de/themen/global/webmedia/webtv/getwebtv.phtml?p=4&b=224

Sendung vom 22.04.2009: Armutsrisiko Reichtum: Die Gutverdiener als Wahlkampf-Opfer?, von:
http://www.wdr.de/themen/global/webmedia/webtv/getwebtv.phtml?p=4&b=222

Krauß, Jürgen E. / Möller, Michael / Münchmeier, Richard (Hg.) 2007: Soziale Arbeit zwischen Ökonomisierung und Selbstbestimmung, Universität Kassel, von:
http://www.upress.uni-kassel.de/online/frei/978-3-89958-249-9.volltext.frei.pdf

Maybrit Illner, von:
http://maybritillner.zdf.de/ZDFde/inhalt/19/0,1872,1021235,00.html?dr=1

Sendung vom 19.02.2009: Wo sind die neuen Mutmacher?, von:
http://www.zdf.de/ZDFmediathek/content/696996?inPopup=true

Neumärker, Bernhard / Goldschmidt, Nils 2009: Kapitalismus als Ideologiekritik. Der Freiburger Ansatz des „Ordo-Kapitalismus“ als sozialwissenschaftliche Alternative zum Laissez-Faire-Approach, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, von:
http://portal.uni-freiburg.de/wiwi/Unterlagen/Neumaerker/gone_ordokapitalismus_freib.pdf

Spiegel online vom
09.10.2000: Alle Steuern sind zu hoch. Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman, 88, über Gerhard Schröders Reformen, soziale Gerechtigkeit und den Segen der Anarchie (Der Spiegel 41/2000), von:
http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument.html?id=17541231&top=SPIEGEL

17.01.2008: Wie Rumänien Nokia mit einem nagelneuen Industriepark lockt, von:
http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,529270,00.html

Stern online vom 20.02.2009: Yes, we Kahn, von:
http://www.stern.de/wirtschaft/unternehmen/unternehmen/:Maybrit-Illner-Yes%2C-Kahn/655430.html

Tagesschau online vom
02.07.2007: Einsatz der Bundeswehr im Inneren?, von:
http://www.tagesschau.de/inland/meldung16120.html

16.01.2008: Nokia-Umzug nach Rumänien angeblich lange geplant, von:
http://www.tagesschau.de/wirtschaft/nokia18.html

03.03.2008: Wie funktioniert der Bundestrojaner?, von:
http://www.tagesschau.de/inland/meldung490134.html

YouTube 2008:
Globalisierung und Gerechtigkeit – Gespräch zwischen Heiner Geißler und Friedrich Merz (Teil 5/7), von:
http://www.youtube.com/watch?v=Vx9NrD1WAXY&feature=related

Zeit online vom
10.05.2006: Hartz IV. Arbeiten fürs Essen, von:
http://www.zeit.de/online/2006/20/Schreiner

28.12.2007: Wiederholungstäter Koch, von:
http://www.zeit.de/online/2008/01/auslaender-koch

28.12.2007: Jugendkriminalität: Breite Front gegen Verschärfung des Jugendstrafrechts, von:
http://www.zeit.de/news/artikel/2007/12/28/2446125.xml

Danksagung

Ich danke meinem Vater Franz Witsch für seine „Politisierung des Bürgers“, sowie seine mich sehr inspirierende „Politik von unten“ in Hamburg. Weiter danke ich meiner Lebensgefährtin Elli für ihre Geduld, in Zeiten des Entstehungsprozesses dieser Arbeit meine recht niedrige Frustrationstoleranz ertragen zu haben.

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig erstellt und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Soweit ich auf fremde Materialien, Texte oder Gedankengänge zurückgegriffen habe, enthalten meine Ausführungen vollständige und eindeutige Verweise auf die Urheber und Quellen. Alle weiteren Inhalte der vorgelegten Arbeit stammen von mir im urheberrechtlichen Sinn, soweit keine Verweise und Zitate erfolgen. Mir ist bekannt, dass ein Täuschungsversuch vorliegt, wenn die vorstehende Erklärung sich als unrichtig erweist.

Gießen, den 08.08.2011

Nachname: Wieczorek_____ Vorname: Manuel _____

Matrikelnummer: 703075_____ Unterschrift: _____

Student	**Hauptreferent**

Ich stimme der Aufnahme dieser Masterarbeit in die Bibliothek des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften und Soziale Arbeit

☐ zu ☐ nicht zu (bitte ankreuzen)	☐ zu ☐ nicht zu (bitte ankreuzen)
	Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist (3 Jahre) soll diese Masterarbeit ausleihbar in die Bibliothek eingestellt werden. ☐ Ja ☐ Nein (bitte ankreuzen)
_____ Unterschrift Student	_____ Unterschrift Hauptreferent